



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Leitantrag zur Bundesvertreterversammlung in Nürnberg:

Unser Europa: Bessere Rahmen - Mehr Subsidiarität

Am 28. und 29. September finden in Nürnberg Kongress-kommunal und Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) statt. In ihrem Leitantrag „Unser Europa: Bessere Rahmen - Mehr Subsidiarität“ begrüßt die KPV ausdrücklich die Achtung des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung durch die EU sowie die Erfüllung weiterer zentraler Forderungen der Kommunen. In einigen Politikbereichen sieht sie jedoch aufgrund des neuen EU-Vertrages erheblichen Nachbesserungsbedarf.

Die EU-Kommission wird aufgerufen, den Mitgliedsstaaten, ihren Regionen und ihren Kommunen den Handlungsspielraum zu überlassen und nur dort tätig zu werden, wo europäische Regelungen notwendig und verhältnismäßig sind. Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, die Zusammenarbeitsvereinbarung mit Leben zu füllen, um Eingriffe der EU in die deutsche kommunale Selbstverwaltung früh zu erkennen und effektiv abzuwehren.

EU-Vergaberechtsreform

Stichwort EU-Vergaberechtsreform: Die KPV begrüßt das Vorhaben der EU-Kommission, grundsätzlich die europäischen Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe zu modernisieren und für die öffentliche Auftragsvergabe zu modernisieren und für die öffentliche Auftragsvergabe zu modernisieren.

Laut KPV müssen Kommunen zur Erbringung einer öffentlichen Aufgabe ohne Beteiligung Privater und ohne europaweite Ausschreibungsverfahren miteinander kooperieren können. Die von der EU-Kommission vorgeschla-

genen Einschränkungen werden daher abgelehnt. Sie würden kommunale Handlungsfreiräume im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit eingeschränken. Zusätzliche Vergabekriterien, die sich beispielsweise auf ökologische oder soziale Aspekte beziehen, müssten im Sinne kommunaler Handlungsfreiheit in das Ermessen der Entscheidungsträger vor Ort gestellt werden. Zudem müssten Kreditbeschaffungen öffentlicher Auftraggeber weiterhin ausschreibungsfrei erfolgen können. Das kommunale Haushaltsrecht in Deutschland enthält klare Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit. Notwendige kurzfristige Entscheidungen am Kapitalmarkt seien mit langwierigen europaweiten Ausschreibungen nicht vereinbar.

Thema Konzessionsvergabe: Der EuGH hat für alle öffentlichen Auftraggeber die wesentlichen Grundsätze für die Vergabe

von Dienstleistungskonzessionen definiert. Die Kommunen orientieren sich bereits heute in der Vergabepraxis an diesen Grundsätzen. Eine EU-Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen lehnt die KPV grundsätzlich ab und fordert die Bundesregierung und insbesondere das Bundeswirtschaftsministerium auf, entsprechende Vorhaben rechtzeitig zu stoppen.

Die Verhandlungen um den sog. Fiskalpakt haben gezeigt, dass die Bundesländer durch die eingezogene Schuldenbremse mehr denn je ihre Verantwortung

gegenüber den Kommunen wahrnehmen müssen. Das strukturelle Defizit der Kommunen durch Übertragung von Lasten und Aufgaben ohne auskömmliche Gegenfinanzierung muss nach Auffassung der KPV nun schrittweise abgebaut werden. Nach der Grundsicherung im Alter sei für die nächste Legislaturperiode die Eingliederungshilfe für Behinderte zügig auf die Tagesordnung zu setzen. Leistungsgesetze, die von den Kommunen nicht beeinflusst werden können, dürfen in Zukunft auch nicht aus den kommunalen Haushalten finanziert werden. Die KPV begrüßt die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, dass vorerst alle etwaigen Strafzahlungen bei zu hoher Verschuldung von Ländern und Kommunen durch den Bund übernommen werden.

Die Bundesregierung bietet (Fortsetzung auf Seite 4)

DStGB-Hauptausschuss in Münster:

Sicherheit in den Städten

Neue Verbandsspitze gewählt
Dr. Uwe Brandl bleibt Vizepräsident

„Mit sicheren Städten und Gemeinden in die Zukunft“ lautete das Motto der jüngsten Hauptausschusssitzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Münster. Mit namhaften Persönlichkeiten aus Religion, Politik, Wissenschaft und Medien wurde das Thema aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet.

Darüber hinaus wählte das oberste Organ des DStGB seine Verbandsspitze neu. Als neuer Präsident des Verbandes wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2013 der Bautzener Oberbürgermeister Christian Schramm gewählt. Schramm löst Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen ab, der zum ersten Vizepräsidenten bestimmt wurde. Weitere Vizepräsidenten sind Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister der Stadt Abensberg, Roger Kehle, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg und Fritz Wagner, Bürgermeister der Stadt Kirn. Zudem wurde Dr. Gerd Landsberg in seinem Amt als Hauptgeschäftsführer bestätigt.

erwirtschaften können“, sagte Schäfer. Deutschland habe hier die Chance, Vorbild für die anderen Europäischen Staaten zu werden. „Wir sind zwar europäischer Stabilitätsanker, obwohl auch Deutschland mit über zwei Billionen Euro verschuldet ist, aber unser Sozialstaat ist noch nicht zukunftsfest. Jetzt muss die Zusage der Bundesregierung angegangen werden, die Eingliederungshilfe für Behinderte in Höhe von 13,9 Mrd. Euro pro Jahr zu reformieren, in ein Bundesleistungsgesetz zu überführen und damit die Kommunen von dieser gesamtstaatlichen Verantwortung zu entlasten.“

Transparenz

Allein die Verschiebung der Kosten zwischen den föderalen Ebenen mache den Sozialstaat jedoch nicht zukunftsfest, fuhr Schäfer fort. Der große Strauß (Fortsetzung auf Seite 4)

Agenda 2020

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert eine Agenda 2020, mit der die notwendigen Reformen und die Neuausrichtung der Gesellschaft eingeleitet werden. „Wie bei der Energie-wende brauchen wir ein komplettes Umsteuern, um den Weg aus dem Schuldenstaat zu finden und notwendige Investitionen in moderne Infrastrukturen tätigen zu können“, erklärte DStGB-Präsident Roland Schäfer. Die Reformen müssten dazu beitragen, dass der Sozialstaat dauerhaft finanzierbar bleibt und zukunftsfest wird. Schäfer forderte die Bundesregierung auf, noch in dieser Legislaturperiode eine unabhängige Sachverständigenkommission zur Reform der sozialen Leistungen einzusetzen.

„Nach der Verabschiedung des Fiskalpaktes, der Bund, Länder und Gemeinden dazu zwingt, ab 2014 diese neue Superschuldenbremse einzuhalten, dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir brauchen eine grundlegende Reform des Sozialstaates, weil in einer alternden Gesellschaft nicht immer weniger Junge für immer mehr Ältere auch noch bessere Sozialleistungen



... für zwei GZ-Leser, dass sie bei unserem Gewinnspiel gemeinsam mit je einer lieben Begleitung ein Verwöhn-Wochenende im Hotel Westerhof hoch über dem Tegernsee verbringen dürfen. Mehr Informationen dazu gibt's auf der Glückseite 13. □

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Fehlinvestitionen und Kostenexplosionen

Paradebeispiele für öffentliche Verschwendung

Steuergelder in Milliardenhöhe werden aus Sicht des Bundes der Steuerzahler (BdSt) jährlich von Bund, Ländern und Gemeinden leichtfertig verschleudert. In dem jetzt publizierten „Schwarzbuch zur öffentlichen Verschwendung“ präsentierten in München der Präsident des Verbandes, Rolf Baron von Hohenhausen und Vizepräsidentin Maria Ritch gemeinsam zwölf Fälle von Kostenexplosionen bei öffentlichen Bauvorhaben, Fehlinvestitionen, Spekulationsgeschäften zu Lasten der Steuerzahler und bei Schlamereien im Umgang mit Steuergeldern im Freistaat.

Beispiel 1: Bereits in seinem Schwarzbuch 2011 hatte der Bund der Steuerzahler kritisiert, dass am Regionalflughafen Hof-Plauen, insbesondere dem Fluglinienbetrieb Hof-Frankfurt a. Main, der schon lange keine rentable Angelegenheit mehr war, festgehalten wird – koste es, was es wolle. Trotz hoher jährlicher Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln – allein im Jahr 2011 flossen rund 3,6 Mio. Euro – kam in diesem Jahr das „Aus“ für den Fluglinienbetrieb auf dieser Strecke. Infolge erheblich zurückgehender Flugpasszahlen war diese Fluglinie trotz der hohen öffentlichen Subventionen nicht mehr wirtschaft-

lich zu betreiben. „Zu hoffen bleibt, dass sich der Regionalflughafen Hof-Plauen, der künftig für den Geschäftsreise- und Werkluftverkehr sowie für den Privatluftverkehr vorgehalten wird, zu einem guten Standortfaktor entwickelt und nicht als weiteres Millionengrab entpuppt“, so der Bund der Steuerzahler.

Fragwürdige Spekulationsgeschäfte

Auch fragwürdige Spekulationsgeschäfte von Stiftungen und Kommunen kritisiert der Bund der Steuerzahler. So betrieb der Kämmerer in Landsberg am Lech

Finanzderivatgeschäfte und die Stadt verlor damit 3,3 Millionen Euro. Die Bayerische Landesstiftung wiederum musste seit 2007 Vermögensverluste durch Aktienspekulationen in Höhe von 150 Millionen Euro hinnehmen. Trotz entsprechender Warnungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs in seinen Jahresberichten 1996 und 2005, das Vermögen wegen des hohen Verlustrisikos nicht konzentriert in Aktien eines einzigen Unternehmens (UniCredit) anzulegen, hat man die UniCredit-Aktien nicht rechtzeitig verkauft.

Die Misswirtschaft der Bayern-LB nehme kein Ende, monierte der Präsident. Die Bank sei mit rund 52 Millionen US-Dollar der größte Einzelgläubiger der Kommune Jefferson County im US-Bundesstaat Alabama, die inzwischen Insolvenz angemeldet hat. Inwieweit sich kommunale Finanzgeschäfte in den fernen USA mit dem ursprünglichen Auftrag der bayerischen Staatsbank erklären lassen, bleibt für von Hohenhausen ein Rätsel. (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Neues von Sabrina

Glück ist und bleibt etwas Subjektives. Das fiel dem Bürgermeister erst jüngst wieder auf, als er eine riesige Gruppe Technikjünger erblickte, die sehnsüchtig für ein neues Smartphone ihres Lieblingsherstellers Schlange standen. Der Rathauschef hingegen würde Glück recht abstrakt definieren: Glück ist die Suche danach. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtagswahl: Koalitionsfrage bleibt offen	Seite 2
Städtetag: Kinderbetreuung und Energiewende	2
GZ-Kolumne Dr. Georg Simmacher: Nachhaltigkeit - Ein Prinzip ökumenischer Ethik?	3
Krankenhäuser: Weg mit Ungerechtigkeiten und Fehlanreizen!	3
Das Bayerische Zentral-Landwirtschaftsfest 2012	3
GZ-Fachthemen:	
IT für Kommunen	5-8
Kommunikation	9-10
Kommunale Rechtsfragen	11
Aus den bayerischen Kommunen	12-16

Koalitionsfrage bleibt offen

Landtagsfraktionen fixieren Marschrouten in das Wahljahr

Es sei angerechnet für die Landtagswahl am 15. September 2013 und die CSU habe die große Chance, „dieses Finale siegreich zu bestehen.“ So hat Ministerpräsident Horst Seehofer die Klausur seiner Landtagsfraktion in Kloster Banz zusammengefasst. Wie erwartet, hat er sich nicht nur als Direktkandidat in seinem Heimatstimmkreis Neuburg-Schrobenhausen vorgestellt, sondern dann unter stürmischem Beifall der 92 Abgeordneten auch seine Spitzenkandidatur für das höchste Staatsamt in Bayern verkündet. Die satzungsgemäße Bestätigung auf einem Parteitag im Frühjahr ist Formsache.

Grüne und Freie Wähler halten zwar am Ziel fest, die CSU aus der Regierung zu verdrängen, setzten in ihren Klausuren aber auch Fragezeichen vor eine SPD-geführte Staatsregierung mit Münchens Oberbürgermeister Christian Ude an der Spitze. Sie schlossen sogar ein Bündnis mit der CSU nicht aus, wenn sich in entscheidenden Bereichen von der Bildungspolitik bis zur Energiewende die eigenen Wege zum Ziel eines Spitzenlandes öffnen könnten; zumal die Union die derzeit umfragemäßig mögliche Alleinregierung doch nicht schaffen werde.

Bayerisches Profil

Der erklärte CSU-Koalitionspartner FDP bleibt zwar bei diesem Bündnis, verwies jedoch in Herzogenaurach auf die eigene, durchaus erkennbare und erfolgreiche Politik mit Korrekturen früherer CSU-Alleinherrschaft. „Wir wollen mit bayerischem Profil in den Landtagswahlkampf gehen,“ betonte Fraktionschef Thomas Hacker in Herzogenaurach. Wirtschaftsminister Martin Zeil, Seehofers Stellvertreter als Regierungschef, und Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch wollen weiterhin ihre Vorstellungen in Wirtschafts-, Sozial-, Schul- und Hochschulpolitik zur Geltung bringen. Den derzeit rund 47% CSU-Stimmen in einer Umfrage und weniger als 5% für die FDP halten sie entgegen, dass den bayerischen Liberalen vor der letzten Landtagswahl auch kein Sprung über die 5%-Hürde zugetraut wurde. Am Wahlabend waren es dann rund 8%.

Die CSU steht laut Seehofer und Fraktionschef Georg Schmid

zur Koalition, will dem Partner jedoch keine Hilfestellung leisten. Dem Bemühen um jede Stimme zu kämpfen, kam zur Fraktionsklausur die Erklärung von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner gerade recht. Sie will zur Landtagswahl im oberbayerischen Stimmkreis Miesbach antreten. Als Vorsitzende des starken CSU-Bezirks Oberbayern und als Frau wird ihr viel Kraft zugemessen, nachdem ihr Heimatbezirk 2008 hohe Verluste hatte einstecken müssen, „Ilse Aigner ist ein ganz starkes Stück CSU“, betonte Seehofer. Die Mutmaßungen, Aigner könne oder werde Christine Haderthauer und Markus Söder für seine Nachfolge ausstecken gehen weiter. Seehofers Ankündigung, die kommende Legislaturperiode sei seine letzte, vertagte die Spekulationen auf die kommenden Jahre.

Resolution Bayern 3.0

Zunächst geht es in der Sache um Themen wie Wirtschaftskraft und Arbeit, Infrastruktur und Tourismus. „Herz, Heimat, Hightech,“ fasste Schmid als Klausurergebnis zusammen. Einstimmig wurde auch eine Resolution „Bayern 3.0 - Digital in die Zukunft“ verabschiedet. Das bezieht sich auf das in vielen Kleinstädten und aufstrebenden Kommunen beklagte Fehlen des hochleistungsfähigen Digitalnetzes.

Ganz ähnlich die Beschlüsse der SPD-Fraktion. Die Sprecherin für den ländlichen Raum Anette Karl legte der Öffentlichkeit die Kulmbacher Erklärung vor: Aktive Politik für ländliche Politik in Bayern Land im Gleichgewicht. Druck zu machen sei beim Breitbandausbau.

Dazu sollen örtliche Manager eingesetzt werden. Ministerpräsidentenkandidat Ude forderte einen Investitions- und Entschuldungspakt für notleidende Kommunen in „Regionalbudgets“.

Die Grünen machen die Energiewende zu einem zentralen Thema. Hier sei Vieles versäumt worden. Schwarz-Gelb gehe es nur um Taktik, nicht um vernünftige Politik. Fraktionsvorsitzende Margarete Bause und Bundesvorsitzende Claudia Roth verkündeten in Erlangen, Bayern müsse demokratischer und ökologischer werden. Das werde am besten ohne die CSU gehen. Um das zu erreichen, schlossen die Grünen keine Koalition aus, auch nicht mit der CSU „unter grünem Dach“.

Schnittmengensuche

Entsprechend die Freien Wähler. „Wir würden gerne mitregieren, aber nicht um jeden Preis,“ so Vorsitzender Hubert Aiwanger in Bamberg. Das galt nicht nur Seehofer und der CSU, sondern auch SPD und Grünen. Überall gebe es Kapriolen. „Jeden Tag geht es in eine andere Richtung. Stärkung der heimischen Landwirtschaft, Tourismus und Zusammenarbeit mit den Kommunen wird gefordert. Der Flächenverbrauch müsse eingeschränkt werden. Zur Koalitionsfrage: „Für uns wird entscheidend sein, wo ist die größte Schnittmenge der bürgerlichen Mitte.“ **rm**

Deutscher Städtetag:

Kinderbetreuung und Energiewende

Konferenz der Mitgliedsstädte in Berlin

Neue Ideen und Wege sollen nach den Vorstellungen der deutschen Städte dafür sorgen, dass die Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren forciert wird. Wie bei einer Konferenz der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetags in Berlin verlautete, könne das sog. Platzsharing hilfreich sein: Hier werden Plätze geteilt, wenn Eltern nur eine Teilzeitbetreuung für ihre Kinder benötigen. Trotz aller Anstrengungen sieht der Deutsche Städtetag den im August 2013 in Kraft tretenden Rechtsanspruch aber noch lange nicht überall als gesichert an.

Wie der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach aus Heilbronn, hervorhob, konzentrierten sich die Städte mit ganzer Kraft darauf, in den nächsten Monaten möglichst viele weitere Plätze zu schaffen. „Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel erreicht, seit 2006 hat sich das Platzangebot in den westlichen Kommunen mehr als verdoppelt. Vor allem in großen Städten liegt der Bedarf jedoch deutlich über dem bundesweiten Durchschnittswert von 39 Prozent. Die noch bestehende Lücke für die Erfüllung des Rechtsanspruchs wird daher wahrscheinlich nicht überall rechtzeitig geschlossen werden können.“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, der

ebenfalls dem Präsidium des Deutschen Städtetages angehört, sprach den nach wie bestehenden Mangel an Erzieherinnen und Erziehern an: „Unser Ziel ist es, dass möglichst jedes Kind einen Kita-Platz findet und ihn auch nutzt. Gemeinsame Erziehung ist wichtig für die spätere Chancengleichheit im Bildungssystem. Das bedeutet dann aber auch, dass der Ausbau der Kindertagesstätten weiter gehen wird und wir deshalb in Zukunft noch einmal deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher brauchen als bisher.“

Erhöhung der Bundesmittel

Mit Blick auf die Finanzierung der Betreuungsangebote erinnerte Wowereit daran, dass der Bund den Ländern im Juni im Zuge der Fiskalpaktverhandlungen eine Erhöhung der Bundesmittel für den investiven Ausbau der Betreuung um 580 Millionen Euro zugesagt hatte. Er appellierte an den Bund, die Auszahlungsfristen für die Mittel zu verlängern: „Wir erwarten, dass diese Förderung nicht nur kurzfristig abgerufen werden kann. Denn es muss eine reelle Chance bestehen, die neuen Mittel tatsächlich in allen Ländern auch für den Kitausbau einzusetzen.“

Der Deutsche Städtetag kritisierte allerdings, dass in einigen Ländern die schon früher bereitgestellten Mittel des Bundes für Betriebskosten noch nicht in vollem Umfang an die Kommunen weitergeleitet würden. Darüber hinaus kämen auch nicht alle Länder ihren eigenen Finanzierungspflichten gegenüber den Kommunen nach.

Nachdrücklich unterstützen die Städte die im Sommer 2011 beschlossene Energiewende. Dafür engagieren sich Städte und kommunale Energieunternehmen (Stadtwerke) mit innovativen Konzepten und mit einem Bündel erfolgversprechender Projekte. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende sind nach Auffassung des Deutschen Städtetages die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. So müsse Kommunen und kommunalen Unternehmen zum Beispiel die Übernahme lokaler Stromnetze erleichtert werden. Außerdem plädieren die Städte für eine Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms auf 5 Milliarden Euro sowie für einen Masterplan zur Umsetzung der Energiewende.

Nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Städtetags, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, „sind Städte und Stadtwerke wichtige Akteure der Energiewende. Sie engagieren sich massiv beim Aufbau und dem Ausbau einer klimafreundlichen, dezentralen Energieerzeugung, bei Erwerb und Modernisierung von Leitungsnetzen und bei der Einsparung von Energie, etwa durch die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung oder durch die Gebäudesanierung. Damit Kommunen und städtische Unternehmen mit ihren Klimaschutzmaßnahmen erfolgreich sein können, müssen Bund und Länder die rechtlichen Vorgaben verbessern. Außerdem erwarten die Städte, dass der Bund gemeinsam mit Ländern und Kommunen einen Masterplan entwickelt, um die Energiewende zielgerichteter umzusetzen.“

Die Energieerzeugung und die Versorgung mit Energie erfolge immer häufiger dezentral und mittels erneuerbarer Energien. An diesem klimafreundlichen Umbau der Energiewirtschaft seien Städte und kommunale Unternehmen intensiv beteiligt. „Kommunale Energieversorgungsunternehmen investieren derzeit mehrere Milliarden Euro in klimafreundliche und effiziente Strom- und Wärmeezeugung. Vielerorts sind dafür äußerst leistungsfähige regionale und überregionale Kooperationen kommunaler Unternehmen entstanden, die Vorbildcharakter haben“, erklärte Ude.

Leichtere Übernahmen

Damit die Städte mit ihrer klimafreundlichen Energieerzeugung langfristigen Erfolg haben können, sei allerdings eine erleichterte Übernahme der Verteilernetze notwendig. „Kommunen und kommunalen Unternehmen muss in den laufenden Beratungen zur Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes die Übernahme lokaler Stromnetze erleichtert werden. Es sollte zum gesetzlich verbrieften Recht der Städte gehören, die Stromversorgung lokal und in der Region zu übernehmen, wenn das wirtschaftlich ist und zum Schutz des Klimas sinnvoll erscheint“, machte der Präsident deutlich. Dazu gehöre auch eine Anpassung der Gemeindeordnungen in manchen Ländern, damit kommunale Unternehmen gleichberechtigte Wettbewerbschancen am Markt haben.

Der Deutsche Städtetag unterstützt das transparente Konsultationsverfahren für den Netzausbau, den Netzbau auf Übertragungsnetzebene und die Entwicklung eines Netzentwicklungsplanes Strom. Ude: „Wer den beschleunigten Netzausbau will, muss dafür Akzeptanz vor Ort zu schaffen. Bund und Länder sind deshalb gut beraten, die Städte sowie sämtliche vom Netzausbau Betroffenen eng, frühzeitig und fortwährend in die Prozesse des Netzausbaus einzubinden.“

Die Sanierung von Gebäuden ist nach Einschätzung des Deutschen Städtetages ein weiterer, zentraler Ansatz, um Energie einzusparen. Die Mehrzahl klimafreundlicher Sanierungen betreffe aber inzwischen Wohngebäude im Besitz von Einzeligentümern, die damit teilweise finanziell überfordert sind. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb eine deutliche Aufstockung der Mittel für das „KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm“ von derzeit 1,5 Milliarden Euro auf jährlich 5 Milliarden Euro. **DK**

Europäisches Jahr für aktives Altern

Experten diskutierten über die Folgen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel ist eine vieldiskutierte gesellschaftliche Veränderung in Deutschland. Die Bevölkerung Deutschlands wird bis 2060 von derzeit 82 Millionen auf rund 65 Millionen abnehmen, das Durchschnittsalter soll sich von aktuellen 44 auf 52 Jahre erhöhen. Der Europarat und das Europäische Parlament haben das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ ausgerufen. Ziel ist es, in Zeiten, in denen in Europa die Jüngeren immer weniger und die Älteren immer mehr werden, ein Signal zu setzen für eine Kultur des aktiven Alterns.

Wie die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern sind und wie dessen Chancen genutzt werden können, damit beschäftigten sich renommierte Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Konferenzzentrum München der Hanns-Seidel-Stiftung.

„Das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen hat klar gemacht: Europa braucht eine echte, eine nachhaltige Kultur für aktives Altern und kann noch viel mehr tun, um den demografischen Wandel aktiv zu gestalten – etwa durch ein Förderprogramm Senioren in Aktion“, fordert der Sozial- und Entwicklungspolitische Sprecher der CSU-Europagruppe, Martin Kastler.

Mit ihm diskutierten Sabine Wenng, Leiterin der Koordinationsstelle Wohnen im Alter, Prof. Dr. Konrad Weckerle, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU, Prof. Dr. Sebastian Lentz, Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde, Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kruse, Direktor des Instituts für Gerontologie der Uni Heidelberg und Dr. Jana Heinze, Referentin für demografischen Wandel, ecosense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft.

Ein wichtiges Fazit der Veranstaltung lautete: Die für die gesamte Gesellschaft nützlichen Potenziale älterer Menschen sollen angemessen wahrgenommen und gewürdigt werden. Dazu bedarf es eines Altersbildes, das die Stärken älterer Menschen betont und dazu beiträgt, dass diese ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten können. Leistungsfähigkeit, Kreativität und Innovationskraft sind auch jenseits der Lebensmitte vorhanden. **□**

BFH-Urteil zur Steuerpflichtigkeit kommunaler Kitas:

Duppré: Gesetzgeber muss Steuerfreiheit gesetzlich klarstellen

Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) zur Steuerpflichtigkeit von kommunalen Kindertagesstätten hat der Deutsche Landkreistag eine umgehende gesetzliche Klarstellung der Steuerfreiheit dieser Einrichtungen gefordert.

Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Es besteht dringender Handlungsbedarf, sonst werden kommunale Kitas fortan Körperschaftsteuer bezahlen müssen. Das wäre kräftiger Gegenwind für das von allen Seiten propagierte Ziel des notwendigen Ausbaus von Betreuungsangeboten.“

Duppré weiter: „Kitas haben einen sozialpolitischen und sozialrechtlichen Förderungsauftrag, der letztlich prägendes Merkmal dieser Einrichtungen ist. Die Auffassung des BFH, es liege vielmehr ein „Anbieter- und Nachfragewettbewerb“ vor, wird der Hoheitlichkeit der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabe der

Kinderbetreuung nicht gerecht.“

Rechtsanspruch

Und auch vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr an ab dem 1.8.2013 sei diese Beurteilung nicht nachvollziehbar. „Von daher brauchen wir schleunigst eine gesetzliche Klarstellung des Gesetzgebers, dass kommunale Kitas auch in Zukunft steuerfrei bleiben.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Richter
94330 Salching
am 6.10.

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfons Stapf
87637 Eisenberg
am 12.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Heindl
84579 Unterneukirchen
am 12.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Hiebl
84576 Teising
am 3.10.

Bürgermeister Erich Kuhn
63936 Schneeberg
am 5.10.

Bürgermeister Johann Schäfer
92711 Parkstein
am 6.10.

Bürgermeister Karl Hendlmeier
84332 Hebertsfelden
am 10.10.

Bürgermeister
Werner van der Weck
85622 Feldkirchen
am 11.10.

Bürgermeister Johann Jurgovsky
93104 Aufhausen
am 11.10.

Bürgermeister Paul Bauer
85408 Gammelsdorf
am 16.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Friedrich
91743 Unterschwaningen
am 3.10.

Bürgermeister Hans Popp
91732 Merkendorf
am 6.10.

Bürgermeister Roland Bauer
63874 Dammbach
am 12.10.

Bürgermeister Horst Herbert
97509 Koltitzheim
am 12.10.

Bürgermeister
Gerhard Möbner
86507 Oberrotmarshausen
am 13.10.

Oberbürgermeister
Kurt Seggwiß
92637 Weiden
am 14.10.

Bürgermeister
Horst Rehder
91093 Heßdorf
am 15.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Brigitte Schröder
87634 Günzach
am 13.10.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerische Allianz für Krankenhäuser:

Weg mit Ungerechtigkeiten und Fehlanreizen!

Die Lage der Krankenhäuser spitzt sich zu. Die Schere zwischen Kosten und Erlösen klapft stetig auseinander und immer mehr Kliniken geraten in eine finanziell prekäre Situation. Im Jahr 2011 konnte nahezu jedes dritte Krankenhaus in Bayern seine Kosten nicht mehr ausgleichen und verzeichnete ein negatives Geschäftsergebnis. Unter der Führung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) weisen 13 Verbände des Gesundheitswesens in Bayern in einer gemeinsamen Erklärung nunmehr auf die prekäre Situation der Kliniken hin.

An dem außergewöhnlichen Bündnis, das sich zu einer „Bayerischen Allianz für Krankenhäuser“ zusammengeschlossen hat, wird deutlich, wie ernst man die Lage einschätzt. Neben den kommunalen, privaten und kirchlichen Krankenträgern gehört die Gewerkschaft ver.di ebenso zu den Unterzeichnern wie der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern. Die Allianz appelliert an die Politiker in Bund und Ländern „Ungerechtigkeiten und Fehlanreize“ im Finanzierungssystem der Krankenhäuser zu beseitigen.

Schulterschluss

Dass eine solch große Anzahl von Institutionen und Verbänden den Schulterschluss übt, ist für BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein ein unmissverständliches Signal: „Trotz Meinungsunterschieden in mancher Einzelfrage eint uns die Sorge um die negativen Auswirkungen auf die Patienten und Mitarbeiter in den Kliniken.“

Die Bayerische Staatsregierung hat jetzt einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht, der die oben genannten Ziele weitgehend verfolgt. In der Erklärung heißt es: „Wir appellieren an die Mitglieder des Bundesrates und Bundestages sowie an die Bundesregierung, diesem Antrag im Interesse der Patienten und der Krankenhausmitarbeiter zu folgen.“ Vor allem „zwei folgenschwere, seit Jahren kritisierte Irrwege in der Krankenhausfinanzierung“ müssten korrigiert werden:

Keine Kollektivhaftung

1. Es muss Schluss sein mit der Kollektivhaftung aller Krankenhäuser, wenn es landesweit zu einem Anstieg der Krankenhausleistungen kommt. Die Vorschrift, dass für alle Kliniken in einem Bundesland der Behandlungspreis abgesenkt wird, wenn dort die Krankenhausleistungen ansteigen, ist ungerecht, betriebswirtschaftlich absurd und führt zu einem Fehlanreiz im Versorgungssystem. Hinzu kommt, dass jene Krankenhäuser, die Mehrleistungen vereinbaren, zusätzlich mit Vergütungsabschlägen belegt werden. Diese in der Fachsprache „doppelte Degression“ genannte Abstrafung der Krankenhäuser ist nicht länger hinzunehmen. Es

muss der Grundsatz gelten, dass ein bedarfsnotwendiges und wirtschaftliches Krankenhaus aus dem Behandlungspreis (Landesbasisfallwert) ausreichend finanziert wird.

Kostensteigerungen

2. Die tatsächlichen Personal- und Sachkostensteigerungen müssen bei der Krankenhausvergütung berücksichtigt werden. Es ist nicht weiter zumutbar, dass die Erlöse der Krankenhäuser hinter der allgemeinen Kostenentwicklung zurückbleiben. Die immer weiter auseinander gehende Schere gefährdet die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser zunehmend. Mit dem Behandlungspreis (Landesbasisfallwert) muss die allgemeine Personal- und Sachkostenentwicklung finanziert werden können. Der hierzu vom statistischen Bundesamt ermittelte Kostenorientierungswert bietet dafür die Grundlage. Es ist nicht hinzunehmen, dass, wie mit dem PsychEntgG vorgeschrieben, dieser Wert nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft werden darf. Die wirtschaftliche Stabilität der Krankenhäuser und davon abhängig die medizinisch-pflegerische Leistungsfähigkeit sowie motivierende Arbeitsbedingungen für das

hoch qualifizierte Personal müssen im Zentrum aller Überlegungen der Krankenhauspolitik stehen.

Korrekturbedarf

„Die derzeitige Entwicklung gefährdet massiv diesen unabdingbar notwendigen Dreiklang in den Krankenhäusern“, so die Allianz. Der Korrekturbedarf im System der Krankenhausfinanzierung sei offenkundig. Die mit dem PsychEntgG getroffenen Regelungen blieben aber unzureichend oder vertagten die Lösung der Probleme auf ungewisse und damit unzumutbar lange Zeit. Die Krankenhäuser aber benötigten sofort Hilfe, um die hochwertige Versorgung ihrer Patienten aufrechtzuerhalten und ihren Mitarbeitern befriedigende Arbeitsbedingungen bieten zu können.

Weitere Zuspitzung

Mit dem in den Bundesrat eingebrachten Entschließungsantrag stehe das Thema wieder auf der politischen Agenda. Das Bündnis appelliert an alle Politiker in Bund und Ländern, sich dieses Problems jetzt in verantwortungsvoller Weise anzunehmen und den Inhalt des Antrags schnellstmöglich in einem Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen. Schließlich „werden die Krankenhäuser und ihre Mitarbeiter im bevorstehenden Wahljahr kein Verständnis dafür zeigen, wenn sie erneut vertröstet werden und sich die Situation in den Kliniken weiter zuspitzt.“ DK

Gut, saugut, bayerisch

Das Bayerische Zentral-Landwirtschaftsfest 2012

Für eine Woche gastiert wieder „Münchens größter Bauernhof“ zu Füßen der Bavaria. „Das 125. Bayerische Zentral-Landwirtschaftsfest (ZLF) wird ein großes und lebendiges Schaufenster der bayerischen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sein“, sagte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner beim Presse-Rundgang über das 120.000 Quadratmeter große Ausstellungsgelände auf der Theresienwiese.

Das Jubiläumsfest, zu dem die Veranstalter mehr als 400.000 Besucher erwarten, sei ein idealer Ort der Begegnung von Erzeugern und Verbrauchern, von Stadt und Land. „Hier können wir den Menschen zeigen, wie wichtig die Landwirtschaft für ganz Bayern ist“, so Brunner. Schließlich profitiere die gesamte Gesellschaft davon, dass die Bauern gesunde und hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe produzieren. Für den Minister sind deshalb die 700.000 Euro, mit denen sich der Freistaat an der neuntägigen Agrarmesse beteiligt, eine sinnvolle Investition.

Zum Besuchermagneten wird sich nach Einschätzung Brun-

ners heuer die Sonderschau des Landwirtschaftsministeriums in Halle 8 entwickeln. Unter dem Motto „Gut, saugut, bayerisch – Spezialitäten aus Bayern“ präsentiert sich der Freistaat in der komplett neu gestalteten, rund 600 Quadratmeter großen Halle als Land der Genüsse. „Hier können die Besucher nach Herzenslust schmecken, genießen und Landwirtschaft mit allen Sinnen erleben.“ Mit dabei: Vereine, Verbände und Organisationen aus allen Teilen des Landes – Metzger, Bäcker, Fischer, Jäger, Schützen, Jungköche, Landfrauen, Blaskapellen und Trachtengruppen. „Sie präsentieren eine Woche lang die gesamte kul-

Liebe Leserinnen und Leser,

eines der im politischen Alltag am meisten zitierten Ziele ist Nachhaltigkeit. Es stellt sich die Frage, ob diese ein neues Prinzip der Ethik, vielleicht gar auf ökumenischer Grundlage geworden ist. In der katholischen Soziallehre gelten als klassische Prinzipien: Personalität, Gemeinwohlorientierung, Solidarität und Subsidiarität. Bei der Nachhaltigkeit geht es um humane Werte aus Verantwortung für Gottes Schöpfung. Ihre reichhaltige Akzeptanz wirft Zweifel auf, ob es sich um ein neues Sozialprinzip der christlichen Konfessionen handelt.

Bei den unterschiedlichen Auffassungen wird

Nachhaltigkeit - ein Prinzip ökumenischer Ethik?

man sich der Meinung Bernard Sutors (in: Stimmen der Zeit 2012, S.617 ff) anschließen dürfen, dass Nachhaltigkeit zwar kein neues Prinzip der katholischen Soziallehre ist, sondern zum Verständnis des Gemeinwohles gehört und dessen Zukunftsdimension zeitgemäß ausdrückt. Innerhalb dieses Prinzips muss die Verpflichtung im Denken und politischen Handeln in Generationen zu planen, Teil der Gemeinwohlverantwortung sein. In den Bereichen der Ökonomie des Waldes und der Landwirtschaft ist diese Zielsetzung ohnedies seit langem gängig. Die Vereinten Nationen bekannten sich im so genannten Brundtland-Bericht schon 1987 zur Nachhaltigkeit. Papstworte machten sie zum innerkatholischen Bekenntnis.

Im gemeinsamen Wort der Deutschen Bischöfe wurde anschließend daraus ein ethisches Grundkapitel. In ihrem Wort „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“ ist Nachhaltigkeit bereits ein

GZ

Kolumne

Dr. Georg Sinnacher



Hauptthema. Angesichts der gegenseitigen Bedingtheit ökonomischer, ökologischer, sozialkultureller und politischer Faktoren kommt als leitende Handlungsnorm die Vernetzung dieser zentral-ethischen Aufgabe in Betracht. Die naturnahen Grundlagen unseres Lebens und unserer mitschöpfenden Gemeinschaft, aber auch der kulturellen und zivilisatorischen Errungenschaften sind Güter der ganzen Menschheit.

Die Pflicht jedes Einzelnen, der Gesellschaft und der Politik, die Lebensgrundlagen zu schützen und sie weiter zu entwickeln, steht im Mittelpunkt unserer Gemeinwohlverpflichtung, ohne dass es dafür eines neuen Prinzips bedarf. Es ist deshalb keine Überraschung, dass Nachhaltigkeit auch zu den ethischen Grundlagen der evangelischen Kirchen gehört. Unter dem Titel „Gott ist ein Freund des Lebens“ haben 1989 die katholische Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands ein Dokument über Herausforderungen und Aufgaben beim Schutz des Lebens vorgelegt. In diesem Meilenstein ökumenischer Verständigung in ethischen Fragen ist Nachhaltigkeit auch aus ökumenischer Perspektive zum Inhalt der Gemeinsamkeit geworden. Der Umweltschutz ist konkretes Beispiel ethischer Verantwortung für das Leben.

Die Diskussion zwischen den Kirchen, der Politik und der Gesellschaft hat sich zu einer gemeinsamen ökumenischen Sozialoffensive mit wachsenden Herausforderungen für Gottes Auftrag, die Schöpfung zu bewahren, entwickelt. Es gibt Weiterentwicklungen in der ökumenischen Ethik von anerkanntem Format. Nachhaltigkeit ist also kein neues Prinzip. Sie ist in den Prinzipien der katholischen Soziallehre und der evangelischen Gesamtheit ökumenisch gut verankert. Sie ist Auftrag für alle politischen Ebenen, ganz besonders für die Kommunalpolitik mit ihrer menschlichen Nähe.

Ihr Georg Sinnacher



In der Schauküche der Landfrauen wird selbst mit angepackt, um den Gästen die schwäbische Nachspeise „Verstoffene Jungfern“ anzubieten. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, Ministerpräsident Horst Seehofer, BBV-Präsident Walter Heidl und Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (v. r.) Foto: Schmalz

ten Schmankerl wieder abstrampeln und sich unter dem Motto „Kartoffelklauen 2.0“ interaktiv als Kartoffelbauer betätigen.

Vor der Halle zeigt die Holz- und Forstbranche, was alles im vielseitigen Werkstoff Holz steckt und wie wertvoll ein naturnaher Wald ist. Dazu hat die Initiative „pro Holz Bayern“ von Architek-

tur- und Ingenieurstudenten einen eigenen modernen Holzpavillon entwerfen lassen, der nicht nur äußerlich ein Blickfang ist, sondern auch erstaunliche Innendrücke bietet. Geschick und ein gutes Auge können die Besucher wieder beim „pfundigen Sägepiel“ der Bayerischen Forstverwaltung beweisen. □

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

//REGENERATIV
//MODERN
//DYNAMISCH

RMD
www.rmd.de Rhein-Main-Donau AG

Sicherheit in den...

(Fortsetzung von Seite 1)

sozialer Leistungen müsse neu geordnet, auf die wirklich Bedürftigen konzentriert, entbürokratisiert und transparent gestaltet werden. So gebe es zum Beispiel über 152 familienpolitische Leistungen in unterschiedlichster Höhe und Zielrichtung mit einem Gesamtvolumen von 123 Mrd. Euro pro Jahr. Hinzu kämen ehebezogene Leistungen von 73 Mrd. Euro. Hunderte von Familienkassen seien in die Auszahlungsvorgänge eingebunden. Ein lang angekündigtes Gutachten zur Wirkungsweise dieser Leistungen sei bis heute nicht vorgelegt worden. Mit dem Betreuungsgeld werde gerade eine weitere Feder in den Strauß aufgenommen und gleichwohl werde stets die zunehmende Verschlechterung der Situation von Kindern beklagt.

Auch bei der Hilfe für Menschen, die ihren Wohnraum nicht angemessen finanzieren können, gebe es einerseits die Unterkunftskosten, die Kommunen und Bund finanzieren und andererseits das Wohngeld, das nach anderen Kriterien bewilligt und von Bund und Ländern finanziert wird.

Reformbaustellen

Diese riesigen Reformbaustellen müssen nach Schäfers Auffassung jetzt aufgearbeitet, gewichtet, von einer unabhängigen Kommission bewertet und damit Reformvorschläge unterbreitet werden. Wegen der Vielzahl der Beteiligten, der Einbindung aller staatlichen Ebenen, sei eine grundlegende und neutrale Vorbereitung rechtzeitig vor der nächsten Legislaturperiode unverzichtbar. Vorbilder seien insoweit die Kommissionen zur Vorbereitung der Arbeitsmarktreformen und zur Novellierung des Zuwanderungsrechts. So wie Deutschland durch die Arbeitsmarktreformen seine Wettbewerbsfähigkeit vehement gesteigert hat, könne auch eine solche Sozialstaatsreform Vorbild für ein europäisches Modell des Sozialstaates werden.

Aus Sicht des DStGB muss das Reformwerk einen wichtigen Beitrag leisten, dass die Eigenverantwortung und Eigenvorsorge gestärkt werden und das es einen Vorrang für Investitionen (zum Beispiel in Bildung) vor höheren Transferleistungen gibt. Auch ausländische Erfolgsmodelle wie die Familienpolitik der skandinavischen Länder sollten hier berücksichtigt und gewichtet werden.

Standortfaktor Sicherheit

Mit Blick auf das Tagungsthema verwies Schäfer darauf, dass die Zunahme der Straftaten und hier insbesondere Eigentumsdelikte auf inzwischen jährlich fast sechs Millionen, der Rückgang der Aufklärungsquote um 1,4 Prozent, Vandalismus und Fahrrad-diebstähle, Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen sowie neue Anforderungen bei öffentlichen Veranstaltungen die Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen stellten. „Bürger wollen dort wohnen, wo sie sicher leben können. Sicherheit wird zunehmend zu einem Standortfaktor“, so der Präsident.

Schäfer sprach sich für eine stärkere Vernetzung und eine ressort-übergreifende Zusammenarbeit verschiedener Behörden wie Schule, Jugendhilfe, Polizei und Ordnungsamt, Ausländerbehörde sowie Justiz aus. Lösungen könnten auch in modernen Leitstellen liegen, wie zum Beispiel in der Stadt Soest, wo Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Veterinärdienst eng zusammenarbeiten.

Die Polizeipräsenz sei nicht mehr überall gewährleistet, da

Polizeiwachen aufgrund des Personalabbaus ausgedünnt werden. Bundesweit fehlten inzwischen mehr als 10.000 Polizeibeamte. Bewährt hätten sich in den vergangenen Jahren sog. Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Kommunen. In immer mehr Städten gebe es gemeinsame Streifen von Ordnungsamt und Polizei, gemeinsame Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung und Präventionsprojekte. Eine solche Zusammenarbeit stärke gerade das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger.

Akzeptanz

Eine wichtige Aufgabe nehme der kommunale Ordnungsdienst wahr. Allerdings müsse dieser so personell ausgestattet sein, dass dort auch Sicherheitsaufgaben wahrgenommen werden können und der Dienst nicht nur auf die Ahndung von Parkverstößen und Geschwindigkeitsüberwachungen beschränkt bleibt. Dies sei auch ein wichtiger Baustein für die Akzeptanz der Bürger. Es sei auch nicht Aufgabe der Städte, die fehlenden Polizisten durch Ordnungskräfte zu ersetzen. Das Land bleibe in der Pflicht, eine angemessene personelle Ausstattung der Polizei mit geeigneter Ausrüstung sicherzustellen.

In den kommenden Jahren werden Schäfer zufolge die Anforderungen an die Sicherheitsbehörden weiter steigen. Neue Bedrohungslagen wie Cybersicherheit erhöhen die Notwendigkeit des Schutzes moderner Infrastrukturen wie IT-Technologien. Das gesamte Wirtschaftssystem sei auf sichere Infrastrukturen angewiesen. Ein auch nur kurzer Stromausfall habe inzwischen verheerende Auswirkungen auf die ganze Volkswirtschaft. Auch das Thema Veranstaltungssicherheit beschäftige die Städte und Gemeinden, insbesondere als Ort von Großereignissen. Veranstaltungen mit vielen Teilnehmern seien nicht nur auf große Städte beschränkt, sondern solche Festivals fänden auch vermehrt in ländlichen Regionen statt.

„Leben wir heute sicher?“ Mit dieser Frage befassten sich die Teilnehmer der Gesprächsrunde „Sicherheit als zentrale Aufgabe“ unter der Moderation von Franz Reinhard Habel, DStGB. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, beantwortete die Frage, ob die Bürger heute sicherer leben als vor 20 Jahren mit einem eindeutigen „Nein“. Problematisch seien insbesondere die zunehmenden Einbrüche, da diese auch nicht durch Präsenz vermeidbar seien. Mittlerweile könne die Polizei bedauerlicherweise kaum noch präventiv tätig sein. Neben der Kassenlage sei es problematisch, qualifiziertes Personal zu gewinnen, da nach Abschaffung der Wehrpflicht nunmehr die Bundeswehr als Konkurrent auf dem Markt auf trete.

Wendt plädierte für weniger Bürokratie, um Prozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Als Beispiel nannte er seine Forderung nach einer Pkw-Halterhaftung bei Bußgeldern, um aufwendige Ermittlungsverfahren bei Polizei- und Ordnungsbehörden zu vermeiden. Er betonte, dass die Polizei zwar das Gewaltmonopol habe, jedoch kein Monopol auf Sicherheit. Für Sicherheit sollten sich alle Beteiligten gleichermaßen verantwortlich fühlen. Wendt sprach sich indes für eine Vernetzung von Bund, Ländern und Kommunen ohne Monopol einer Stelle aus.

Professor Dr. Wolff-Rüdiger Dombrowsky von der Steinbeis-Hochschule Berlin unterstrich, dass sich die Frage, ob wir heute sicherer leben, nicht pauschal beantworten lasse. Genauso wie

Zahlen sich unterschiedlich interpretieren ließen, gebe es auch regionale Unterschiede, sowie die sogenannte gefühlte Sicherheit. Letztere habe gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine zentrale Bedeutung, da sich gerade viele ältere Menschen gefährdeter fühlen würden, als sie es tatsächlich seien. Dombrowsky hob hervor, dass eine zentrale Herausforderung für die Kommunen sei, dass die Gesellschaft heute in gekoppelten Systemen lebe. So könne ein Anschlag auf die Strom- oder Wasserversorgung in einem Ort Auswirkungen auf die gesamte Region oder weiter haben. Wie der Wissenschaftler prognostizierte, werden die Kommunen „verinseln“. Sie sollten sich in den gekoppelten Systemen darauf vorbereiten. Hierfür müssten entsprechende Planungen vorgehalten werden.

Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Christoph Unger verwies darauf, dass sich die Gefahren im Gegensatz zu früher geändert hätten. Heute seien wesentlich mehr plötzlich auftretende Ereignisse wie Hochwässer

Unser Europa...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Verteilernetze an eine zunehmend dezentralisierte Energieerzeugung aus. Als Beitrag zur Erreichung des Ziels, den Primärenergieverbrauch der EU bis 2020 um 20 Prozent zu senken, hat die EU-Kommission den Entwurf einer EU-Energieeffizienzrichtlinie vorgelegt. Die KPV lehnt eine Verpflichtung der Kommunen ab, jährlich 3 Prozent der öffentlich genutzten Gebäudeflächen entsprechend den nationalen Mindesteffizienzanforderungen ab 2014 zwangsweise zu sanieren. Sie hält eine solche Sanierungspflicht für einen unzulässigen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und in das Vermögen der Kommunen. „Selbst bei geeigneten Fördermaßnahmen wären der energetische Ausgangszustand des jeweiligen Gebäudes und das Verhältnis von Sanierungsaufwand zum Ertrag entscheidend zu berücksichtigen.“

Zuwanderung Stichwort Zuwanderung und Integration: Die demografische Entwicklung in Deutschland kann durch eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Zuwanderung aufgefangen werden. Deshalb fordert die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands eine gesteuerte Zuwanderung insbesondere aus der EU, die den Arbeitskräftebedarf in Deutschland langfristig deckt. Eine Zuwanderung in die Sozialversicherungssysteme dürfe es nicht geben. Die KPV fordert die Bundesregierung auf, im Bereich der beruflichen Bildung ein Pilotprojekt zu erarbeiten, das eine überbetriebliche Berufsausbildung beispielsweise in türkischer Sprache ermöglicht und in Kooperation mit türkischen Unternehmen und dem türkischen Staat einen Einstieg in das Berufsleben verbessert. Für die KPV dürften die jungen Menschen mit ihrer potentiellen Leistungskraft nicht verloren gehen.

Europäischer Sozialfonds Der Europäische Sozialfonds ESF, wichtigstes arbeitsmarktpolitisches Förderinstrument der Europäischen Union, hilft den Menschen in Deutschland und in Europa, ihr Bildungsniveau und ihre Qualifikationen zu verbessern und damit ihre beruflichen Chancen zu erhöhen. Die KPV fordert die Kommunen auf, sich die vorhandenen Programme und Förderinstrumente noch besser zu nutzen. Die KPV spricht sich für den europaweiten Bau neuer Speicheranlagen und die Standardisierung der Übertragungsleistungen sowie die Anpassung

Kommunalfinanzierung zu vernünftigen Konditionen

Was die Umsetzung von Basel III anbelangt, fordert die KPV Bund und Länder auf, die Konsequenzen des geplanten Regelwerks für die Kommunen und Sparkassen darzulegen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, wie eine zukünftige Kommunalfinanzierung zu vernünftigen Konditionen gesichert wird. Die beabsichtigte Kontrolle der Sparkassen und Volksbanken durch die Europäische Zentralbank (EZB) lehnt die KPV ab. Die EZB müsse für die Kontrolle international aufgestellter Institute zuständig sein. Dies trage zur Verstärkung einer EU-weit einheitlichen Aufsicht für grenzüberschreitend tätige Institute bei. „Alles andere sprengt den notwendigen Kontrollrahmen und kostet unnötig viel Geld.“

Mit Blick auf den Umbau der Energieversorgung fordert die KPV die EU-Kommission auf, Projekte zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu entwickeln und die natürlichen Gegebenheiten für den Einsatz der unterschiedlichen Technologien wie z. B. Windkraft- oder Solarenergieanlagen besonders effizient zu nutzen. Die KPV spricht sich für den europaweiten Bau neuer Speicheranlagen und die Standardisierung der Übertragungsleistungen sowie die Anpassung

zur größeren Herausforderung geworden. Unger hob zudem die Bedeutung von IT-Sicherheit hervor. Gerade hier seien große Unterschiede sowohl regional als auch im Grad der Vorsorge erkennbar. Mit Blick auf die Zukunft unterstrich der Präsident, dass auf Vernetzung und integrierte Lösungen zu setzen sei: „Jeder ist aufgefordert mehr zu tun, um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen.“

Negative Entwicklung

Nach Einschätzung von Georg Moenikes, Oberbürgermeister von Emsdetten, hat die Gewalt im öffentlichen Raum zugenommen. Zudem gebe es im Bereich der gefühlten Sicherheit eine negative Entwicklung. Die Polizei könne nicht alles von den Bürgern an Sicherheit geforderte leisten. Möglichkeiten, mit denen in Teilbereichen Abhilfe geschaffen werden könnte, wie Videoanlagen, seien vor dem Hintergrund des Datenschutzes nicht unproblematisch. Dieses müsste den Bürgern auch ehrlich kommuniziert werden. **DK**

Fehlinvestitionen...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ein weiteres Problem könnte auf die Landesbank durch Klagen jüdischer Holocaust-Opfer in Ungarn zukommen, prognostizierte der BdSt. Sie fordern von fünf ungarischen Banken Schadenersatz in Höhe von 75 Milliarden US-Dollar. Eine davon ist die MKB-Bank, an der die BayernLB zu 96 Prozent beteiligt ist. Die Kläger verlangen einen Ausgleich für Wertgegenstände, die Juden während des Nazi-Regimes bei den Banken deponieren mussten und nicht zurückbekamen. Für den erlittenen Vermögensverlust fordern die Kläger zwei Milliarden US-Dollar, plus Zinsen insgesamt 75 Milliarden.

Teure Freiheitshalle

Müssen Bauvorhaben der öffentlichen Hand immer mit Kostensteigerungen verbunden sein? Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls bei der Generalsanierung und dem Teilneubau der Freiheitshalle in der Stadt Hof. So lag die Kostenschätzung für die Generalsanierung der Stadthalle im oberfränkischen Hof zunächst bei 25,9 Millionen Euro. Wegen weiterer energetischer Sanierungsmaßnahmen und allgemeinen Preissteigerungen stiegen die Kosten um etwa 40 Prozent auf 35,85 Millionen Euro. Wenn sich auch der Freistaat Bayern mit rund 11 Mio. Euro und die Oberfrankenstiftung mit 4,8 Mio. Euro an dem Projekt beteiligt, hat die Kostensteigerung nicht unerhebliche Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Hof. So müssen schließlich Kredite in Höhe von 13,9 Mio. Euro statt der ursprünglich geplanten 8,2 Mio. aufgenommen werden.

Versäumte Gewährleistungsansprüche

Gleichsam zu einem Fass ohne Boden wurde für die Landeshauptstadt München die Sanierung der vor 14 Jahren errichteten Tiefgarage der Zentrale ihres Abfallwirtschaftsbetriebs am Georg-Brauchle-Ring. Über die Jahre sickerte Salzwasser in Betonwände und -decken der Tiefgarage, die unter dem „Haupterschließungsknoten“ des Betriebsgeländes liegt, der im Winter eisfrei gehalten werden muss. Infolge offenbar mangelhafter Abdichtung wurden die Wände und Decken der Tiefgarage durch das Salzwasser mehr oder weniger zersetzt. Die Sanierungskosten belaufen sich auf ca. 14 Mio. Euro. Weitere 2,5 Mio. Euro mussten für die Errichtung von Ersatzflächen ausgegeben werden, um den Betrieb der Abfallwirtschaftszentrale während der Sanierungsmaßnahmen weiterhin aufrechtzuerhalten. Dem Bund der Steuerzahler zufolge hatten es die Verantwortlichen versäumt, rechtzeitig Gewährleistungsansprüche an die Baufirmen zu stellen.

Kostspieliges Styling

Ein weiteres Beispiel: Vor rund zehn Jahren hat die Stadt Würzburg einen ehemaligen Getreidespeicher für ca. 20 Mio. Euro zu einem städtischen Museum, dem „Kulturspeicher“ umgebaut. Für die Fassade des Kulturspeichers wurde seinerzeit eine Konstruktion gewählt, bei der die großflächige Fensterfront mit Natursteinlamellen – 1.960 an der Zahl – verkleidet wurde. Doch dadurch gestaltete sich das Putzen der Glasfassade als äußerst schwierig. Denn zu Reinigungs- wie auch Wartungszwecken hätten zahlreiche der je 130 Kilo schweren Steine abgenommen werden müssen. Offenbar auch deswegen unterblieben turnusmäßige Reinigungsarbeiten.

Die zunehmende Taubenpopulation mit entsprechender Ver-

schmutzung tat das Übrige, so dass im letzten Jahr die Steinlamellen demontiert und nach der Reinigung und Wartung der Fensterfront sowie nach Einbau eines Taubenvergrämungssystems erneut montiert wurden. Rund 200.000 Euro waren hierfür anstatt der ursprünglich veranschlagten 110.000 Euro teuren Reinigung zu berappen. Um künftig die Reinigung und Wartung der Glasfassade einfacher und damit auch kostengünstiger zu gestalten, wurde das Aufhängungssystem der Steinlamellen vereinfacht. Durch diesen Umbau des Aufhängungssystems verteuerte sich die ganze Maßnahme auf knapp 400.000 Euro.

Luxuriöser Wildschutz

Einen „sehr teuren Wildschutz“, so der Steuerzahlerbund, habe sich Bayern mit der sogenannten Grünbrücke in der Nähe der Autobahnausfahrt Bad Kissingen geleistet. Um Rotwild und Luchs ein gefahrloses Überqueren der A7 zu ermöglichen, wurde eine fünf Millionen Euro teure Brücke mit einer Breite von 50 Metern errichtet. „Die Golden Gate Bridge in San Francisco ist 27 Meter breit“, merkte Maria Ritch an – „und Luchse“, so Jäger Hohenhau, „Luchse gibt es dort gar nicht“. Den Steuerexperten existiert in gerade mal über hundert Metern Entfernung bereits eine vier Meter breite Brücke, die man bei Bedarf hätte ausbauen können.

Kein glückliches Händchen attestierten die Vertreter der bayerischen Steuerzahler der Gemeinde Stephanskirchen bei der Anschaffung und Installation von sog. Berliner Kissen zur Geschwindigkeitsregulierung im Salinweg. Die Bremsschwellen, einschließlich ihrer Montage, kosteten rund 10.000 Euro. Im Winter wurden die „Kissen“ demontiert. Wegen Lärmbelästigungen durch die Beton-schwellen wehrten sich die Anlieger des Salinwegs gegen den erneuten Einbau der Schwellen im Frühjahr. Seitdem liegen die „Berliner Kissen“ gleichsam nutzlos im Bauhof.

Nach Mitteilung des 1. Bürgermeisters der Gemeinde werden die Bremsschwellen künftig entsprechend ihrem flexiblen Montagesystem „für kurzfristig erforderliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im gesamten Gemeindegebiet nach Bedarf verwendet. Eines dauerhaft festen Standort wird es vermutlich nicht geben“. So hat sich Stephanskirchen mit ihren „Berliner Kissen“ eine rund 10.000 Euro teure Anschaffung geleistet, ohne eine 100-prozentige Verwendung dafür zu haben.

30 Milliarden Euro jährliche Verschwendung

Der Steuerzahlerbund schätzt, dass fünf Prozent aller Ausgaben der öffentlichen Hand in Deutschland nicht sachgerecht sind. Bundesweit würde dies eine jährliche Verschwendung von 30 Milliarden Euro, für Bayern von etwa sieben Milliarden Euro bedeuten.

In einem Gutachten zu „unverzichtbaren Gesetzgebungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Haushaltsuntreue“ hat der Münchner Strafrechtsprofessor Bernd Schünemann im Auftrag des BdSt eine Strafrechtsreform vorgeschlagen. Bisher seien alle Versuche, die beamteten Urheber solcher Verschwendungen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, gescheitert, berichtete der Experte. Kritik übten die Fachleute auch an den teilweise laschen Strafverfolgungs- und Justizbehörden, die zwar jeden Bürger, der mit seinem PKW die zulässige Geschwindigkeit geringfügig überschreitet, zur Kasse bitten, gleichzeitig aber den Staat, seine Beamten und Politiker, die die mühsam verdienten Gelder eben dieser Bürger verprassen, völlig ungeschoren lassen. **DK**

Neue Broschüre:

Bilanz der Breitbandförderung 2008 bis 2011

Ziel: „Förderung von schnellem Internet ist Erfolgsgeschichte“

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil zieht mit einer neuen Broschüre eine Bilanz zum Bayerischen Breitbandförderprogramm 2008 bis 2011. „Noch Mitte 2009 lag die Versorgung für Bandbreiten von mehr als 1 Mbit/s im Freistaat bei unter 94,4 Prozent. Besonders im ländlichen Raum gab es zahlreiche Gemeinden ohne vernünftigen Internetzugang. Innerhalb von nur dreieinhalb Jahren ist es gelungen, den Grundstein für eine Internetversorgung von über 99 Prozent der bayerischen Haushalte zu legen – und das mit Bandbreiten von durchschnittlich sechs bis 16 Mbit/s“, betont Zeil. Das erfolgreiche Bayerische Breitbandprogramm habe einen wichtigen Beitrag geleistet, dass auch die Menschen im ländlichen Raum auf schnelles Internet zugreifen könnten.

„In unserer neuen Broschüre haben wir umfangreiches Faktenmaterial zusammengestellt, das den Verlauf dieses Großprojekts der Bayerischen Staatsregierung von der Zeit der Entstehung der Breitbandinitiative bis hin zum Abschluss des Programms Ende 2011 dokumentiert“, erklärt Zeil.

Positive Entwicklungen

Die Broschüre belege eindrucksvoll, dass seriöse Wirtschaftspolitik sich nicht in Ankündigungen erschöpfe, sondern positive Entwicklungen einleite. „In meiner Zeit als

Wirtschaftsminister haben wir die Mittel von 17 auf über 100 Millionen Euro vervielfacht. Und vor wenigen Wochen habe ich ein neues Programm aufgelegt, das den weiteren Internetausbau im Freistaat forciert. Dafür nehmen wir bis 2014 über 500 Millionen Euro in die Hand“, unterstreicht der Wirtschaftsminister.

Gemeinschaftsleistung

Zeil lobt die erfolgreiche Erschließung Bayerns mit schnellem Internet als herausragende Gemeinschaftsleistung vieler Beteiligter, insbesondere der

Bürgermeister der Kommunen, der Telekommunikationsunternehmen, der Bezirksregierungen und der Ämter für Ländliche Entwicklung. Aber auch die Kommunalen Spitzenverbände und nicht zuletzt die IHK für München und Oberbayern, die das Breitbandportal betrieben hat, haben großen Anteil an diesem Erfolg.

BayernLB setzt auf Digitale Personalakte und TDS

Kooperation umfasst Einführung der Digitalen Personalakte inklusive Digitalisierung und Application Service Providing

Der IT- und HR-Komplettanbieter TDS hat mit der BayernLB einen neuen Kunden im Bereich der Digitalen Personalakte bei der Bayerischen Landesbank übernimmt der Geschäftsbereich TDS HR Services & Solutions im Rahmen eines Application Service Providings (ASP) auch deren fortlaufenden Betrieb in den TDS-eigenen Rechenzentren. Von dem Umstieg auf die Digitale Personalakte und dem Outsourcing an einen externen Partner verspricht sich die BayernLB eine effizientere Personalarbeit.

Die Entscheidung für TDS als Dienstleister fiel vor allem aufgrund der hohen Sicherheitsstandards der vielfach zertifizierten TDS-Rechenzentren sowie aufgrund des umfassenden Portfolios, das sämtliche HR-Services aus einer Hand beinhaltet – von der Digitalisierung über den Betrieb der Software bis hin zu deren Pflege und Wartung.

Hohe Benutzerfreundlichkeit

Zum Einsatz kommt bei der BayernLB die aconso Digitale Personalakte, eine Software des TDS-Partners aconso AG. Sie überzeugte die Landesbank durch eine hohe Benutzerfreundlichkeit sowie eine gute Anbindung an das vorhandene SAP Human Capital Management (SAP HCM). Der Zugriff auf das TDS-Rechenzentrum erfolgt über eine sichere VPN (Virtual Private Network)-Verbindung. Neben der Implementierung der Software und der Anbindung an das SAP HCM übernimmt TDS auch die initiale Digitalisierung der bestehenden Personalunterlagen, die laufende Verscannung neuer Dokumente sowie die direkte digitale Archivierung.

„Wir freuen uns, mit der BayernLB einen weiteren Kunden im Bereich Digitale Personalakte und ASP gewonnen zu haben“, so Thomas Eggert, Geschäftsführer der TDS HR Services & Solutions GmbH. „Ge-

Die neue Broschüre enthält Informationen zum Hintergrund des Programms, Kartenmaterial für ganz Bayern, Bilanzen der Regierungsbezirke, Ländervergleiche, Best Practice Beispiele aus neun bayerischen Gemeinden, Informationen zum LTE-Ausbau in Bayern, eine Übersicht der geförderten Gemeinden sowie einen Ausblick auf die geplante neue Förderung von Hochgeschwindigkeitsnetzen, die das Bayerische Kabinett am 25. April 2012 verabschiedet hat.

Die Broschüre kann kostenlos beim Bayerischen Wirtschaftsministerium angefordert werden. Sie ist auch im Internet abrufbar unter www.stmwivt.bayern.de/neue-eintrage/ □

IT-Fachkonferenz in Nürnberg:

Praxisbezug im Vordergrund

Doppelter Nutzen: Parallel zur IT-Sicherheitsmesse it-sa

Was ist, wenn die Fachmesse Kommunale in Nürnberg turnusgemäß pausiert, die IT-Entscheider aber trotzdem kommen wollen? Wie gehabt zu ihrer Fachkonferenz? Man macht sie! Und so findet die IT-Fachkonferenz der Kommunen dieses Jahr erstmals parallel zur IT-Security-Fachmesse it-sa statt, am 18. Oktober 2012. Gleicher Zeitpunkt im Herbst, gleicher Ort in der NürnbergMesse.

Es ist immer das Gleiche: jeder werkt still in seinem Kämmerlein, mit allen den Wünschen, Bedürfnissen und auch Forderungen, die Bürger und Unternehmen heute an ihre Gemeinde stellen, im Nacken. „Jeder“ sind die IT-Verantwortlichen und EDV-Fachleute in den Gemeinden, die Referatsleiter, aber auch die Kämmerer und letztlich die Bürgermeister selbst – je nach Größe der Kommune und deren Struktur.

Synergieeffekte

Da müssen sich doch Synergieeffekte finden lassen, gemeinsame Lösungen, Arbeitsvereinfachungen und jenes „Wir“-Gefühl, das hilft, auf alle die Wünsche und Bedürfnisse einzugehen im Sinne der Gemeinde und der Bürger, die dort leben. Und hier gibt es das: auf der IT-Fachkonferenz der Kommunen, unter der Leitung des erfahrenen IT-Medien-Spezialisten Eduard Heilmayr (langjähriger Chefredakteur von Markt & Technik, Gründer des AWi-Verlages, ehemaliger Herausgeber der Computer Zeitung und Leiter Heise Events).

Prominent besetzte Eröffnungs-Keynotes

Schon die Eröffnungs-Keynotes haben es in sich. Die Erste hält Prof. Dr. Rüdiger Zarnekow von der Technischen Universität Berlin – Thema: „Cloud-Computing in der öffentlichen Verwaltung“. Der Blick geht dabei über den Tellerrand, mit Praxisbeispielen aus Europa und den USA. Die zweite Keynote hält Techconsult-Senior-Analyst Heiko Henkes: „Welche Anforderungen stellen kleinere und mittelständische

Unternehmen an die öffentliche Verwaltung?“ Digitale Verwaltungsprozesse und die Fragen rund ums eGovernment stehen hier im Fokus, auf Basis aktueller Befragungsergebnisse.

Themenstränge

Zwei große Themenstränge beschäftigen die Konferenzteilnehmer: „Kommunale Rechenzentren und Cloud-Computing“ auf der einen Seite, „Digitale Verwaltungsprozesse“, im Sinne von eGovernment und Open Data, auf der anderen. Während es im Themenstrang Rechenzentren und Cloud-Computing um Grundlagen und Best-Practice-Beispiele geht, dreht sich im zweiten Strang alles um eGovernment und Open Data. Zu den beiden Keynotes gibt es zusätzlich noch sieben Vorträge von je 45 Minuten mit ausreichend Zeit für Fragen und Antworten aus dem Teilnehmerkreis. Zusätzlich werden zwei Workshops zu „Open Data“ und „Kommunale RZ in der Cloud“ angeboten.

Eigenes Workshop-Format

„Dafür wurde ein eigenes Workshop-Format gefunden, in 20-minütigen Impuls-Vorträgen werden drei Thesen aufgestellt und anschließend diskutiert. Das Ganze dauert 135 Minuten, ist teilnehmerbegrenzt und hoch effektiv“, sagt Eduard Heilmayr. „Das stramme Programm ist Anfang September online“, verspricht er und rät: „Einfach reinschauen und anmelden.“

Weitere Informationen und das Programm unter: www.nuernbergmesse.de/it-fachkonferenz □

rade für Organisationen mit vielen Mitarbeitern ist die Digitale Personalakte ein Baustein für eine effiziente Personalarbeit. Hier kann ein Dienstleister wertvolle Unterstützung leisten, indem er alle administrativen Tätigkeiten wie die Verscannung oder den Softwarebetrieb inklusive Pflege und Wartung übernimmt.“

Paradebeispiel

„Die Digitale Personalakte ist ein Paradebeispiel für moderne HR-Arbeit mit effizienten Prozessen und nutzerfreundlichen Strukturen“, erläutert Michael Rutschmann, Leiter des HR Service Centers bei der BayernLB. „Für uns war jedoch genauso wichtig, dass bei der Umsetzung der ASP-Lösung die Sicherheit unserer sensiblen Daten zu jeder Zeit und in höchstem Maße gewährleistet ist. Hier überzeugte uns die TDS durch ihre vielen Zertifizierungen und Auszeichnungen, die ihre Services und Rechenzentren in Deutschland bekommen haben. Gleichzeitig haben ihr umfassendes Portfolio und SAP-Know-how sowie die zahlreichen guten Referenzen unsere Entscheidung bekräftigt.“

Die Digitale Personalakte ist auch ein Thema auf der Veranstaltung „Der Personalkongress“ 2012 am 28. und 29. Dezember 2012 in der Lokhalle Göttingen. www.der-personalkongress.de □

Digitaler Grabungsatlas fördert Breitbandausbau

Mit den Informationen aus dem Grabungsatlas können die Gemeinden den Ausbau der Breitbandversorgung besser und günstiger planen. „Mehrfachmaliges Aufgraben an der gleichen Stelle sollte damit der Vergangenheit angehören. Nahezu 4000 Kilometer geplante Tiefbaumaßnahmen sind bereits erfasst“, teilte der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung Franz Josef Pschierer in München mit.

Seit dem Projektstart bei der Messe „Kommunale“ im Oktober 2011 seien 3776 km geplante Tiefbaumaßnahmen und zusätzlich 1210 km vorhandene Leerrohre erfasst worden. Pschierer bedankte sich bei den Vermessungsämtern und den Gemeinden, die die Daten in enger Zusammenarbeit erfasst haben.

Die Daten sind im Geoinformationssystem RISBY der Bezirksregierungen gespeichert und ste-

hen zusätzlich als Geodienst zur Einbindung in Viewern und Softwaresystemen zur Verfügung. Das Standortinformationssystem SISBY der IHK, der Infrastrukturatlas des Bundes und die Telekom nutzen die Daten bereits.

Nähere Informationen zur Anzeige des Grabungsatlas auf der Internetseite der Geodateninfrastruktur Bayern: www.gdi.bayern.de □



IT-Fachkonferenz der Kommunen 2012

18.10.2012,
Messezentrum Nürnberg

Werden Sie ein Teil der Kommunit!

Tauschen Sie sich mit kommunalen IT-Verantwortlichen, EDV-Fachleuten, Referatsleitern, Kämmerern sowie Bürgermeistern in Vorträgen und Workshops aus.

Die Themen reichen von Cloud Computing bis hin zu digitalen Verwaltungsprozessen im Sinne von eGovernment und Open Data.

Besondere Highlights sind die Keynotes von F.J. Pschierer (CIO Bayern), Prof. Dr. Rüdiger Zarnekow (T.U. Berlin) und Heiko Henkes (Techconsult).



Erfahren Sie mehr unter:
nuernbergmesse.de/it-fachkonferenz

Oder kontaktieren Sie uns:

NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-83 81
lukas.handrich@nuernbergmesse.de

Sponsoren



Parallel zu



Veranstalter

NÜRNBERG MESSE

CeBIT 2013 in Hannover:

„Shareconomy“ als neues Leitthema

Hannover. Nach der Cloud-Technologie im Jahr 2011 und dem Thema Managing Trust 2012 rückt die CeBIT im kommenden Jahr die „Shareconomy“ in den Mittelpunkt. „Cloud-Anwendungen setzen sich immer stärker durch, Nutzer haben Vertrauen gefasst - nun rückt die CeBIT als weltweit wichtigste Veranstaltung der digitalen Wirtschaft das Teilen und gemeinsame Nutzen von Wissen, Ressourcen und Erfahrungen als neue Formen der Zusammenarbeit ins Zentrum“, erklärte Frank Pörschmann, CeBIT-Vorstand der Deutschen Messe AG. „Neue Informations- und Kommunikationslösungen schaffen die technologische Grundlage. Das Phänomen Sharing in allen seinen Facetten bildet sich aktuell als wesentliche Voraussetzung für verantwortungsvolles Wachstum heraus.“

„Shareconomy“ beschreibt die Veränderung des gesellschaftlichen Verständnisses vom Haben zum Teilen. Pörschmann sieht darin mehrere Dimensionen: „Zunächst hat die Shareconomy entscheidenden Einfluss auf Prozesse in Unternehmen, da Social-Media-Instrumente immer populärer werden. Zweitens ist das Netz der Ort des Teamworks, innerhalb des Unternehmens und darüber hinaus. Partner, Berater, Lieferanten und Kunden werden intensiver eingebunden und Teil eines vernetzten Prozesses. Die Grenzen zwischen Unternehmen und Organisationen werden immer durchlässiger. Dazu müssen auch Mitarbeiter und Manager umdenken und bereit sein, Wissen, Kontakte und Ressourcen zu teilen.“

Moderne Instrumente

In erfolgreichen Unternehmen gehören moderne Instrumente, die ein schnelles und umfassendes Teilen von Wissen ermögli-

chen, bereits jetzt zur Realität. „Blogs, Wikis, Collaboration, Votings und weitere Software-Lösungen werden unsere Arbeitswelt in den kommenden Jahren sehr dynamisch verändern. Die Kommunikation wird sich ändern; die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden; die Rolle des Managements dabei ebenso wie die Ansprüche der Mitarbeiter an Ihre zukünftigen Arbeitgeber“, sagte Pörschmann. „Kurz gesagt: Es geht um die Facebookisierung der globalen Wirtschaft. Wer erfolgreich sein will, muss vernetzt agieren.“

Industriebranchen rücken noch enger zusammen

Auf diesem Wege rücken auch einzelne Industriebranchen noch enger zusammen, um gemeinsam Innovationen voranzutreiben. „Die Anbieter von Software und Telekommunikation werden untrennbar mit den Anwenderbranchen zusammenwachsen, etwa im Automobil-

Energie- oder Gesundheitssektor.“

Trend zur Teillösung

Dies zeigt sich bereits in der Nutzung von Gebrauchsgütern. Der Trend vom Besitzen gehe immer stärker zum Nutzen oder vom Kaufen zum Leihen. „Car-sharing-Modelle setzen sich als neue Form der Mobilität immer stärker durch. Musikportale, bei denen es nicht um den Besitz geht, sondern um die zeitlich begrenzte Nutzung, erfreuen sich großer Beliebtheit.“ Auch Software-Lösungen werden zunehmend nach Bedarf genutzt, indi-

Konsultationsbeiträge zum Netzentwicklungsplan gehen online

Umfangreiche inhaltliche Prüfung der Stellungnahmen

Vom 30. Mai bis 10. Juli 2012 sind über 1.500 Stellungnahmen zum Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2012 eingegangen. Sie werden jetzt kontinuierlich auf www.netzentwicklungsplan.de veröffentlicht.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Amprion, TenneT und TransnetBW wollen damit der Öffentlichkeit frühzeitig die Gelegenheit geben, die Stellungnahmen und Argumente einzusehen.

Seit dem 11. Juli prüften die Übertragungsnetzbetreiber alle eingebrachten Stellungnahmen in-

vidueller, zielgerichteter und anwendungsspezifischer. Der Trend geht von der umfassenden Paketlösung hin zur „Teillösung“ wie beispielsweise bei SaaS (Software as a Service), PaaS (Platform as a Service) und IaaS (Infrastructure as a Service).

Gebremste Wirtschaft

Angesichts dieser Entwicklungen stehe auch die Politik vor Herausforderungen. „Eine internationale Diskussion mit Blick auf das Nutzungsrecht ist notwendig. Bisher gibt es nur nationale Insellösungen, die eine globalisierte Wirtschaft in ihrem Wachstum bremsen“, sagte Pörschmann.

Auswahlprozess

Der Wahl von „Shareconomy“ zum Schwerpunktthema der CeBIT 2013 war ein mehrstufiger Auswahlprozess vorausgegangen,

bei dem Vorstände und Geschäftsführer der führenden High-Tech-Unternehmen, Top-Manager der Anwenderindustrie, Trendstudien internationaler Forschungsinstitute sowie Aussagen mehrerer tausend Fans auf der

Bayerischer Städtetag:

200. Systembetreuungs- Vertragskunde der LivingData

Kleiner Festakt in der Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags: Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer und der Geschäftsführer der AKDB-Tochter LivingData GmbH, Rudolf Obenhuber, trafen sich mit den Projektbeteiligten zur Unterzeichnung des Systembetreuungsvertrags (SBV). Der älteste kommunale Spitzenverband ist der 200. SBV-Kunde der LivingData GmbH.

„Die IT-Infrastruktur in unserer Geschäftsstelle entspricht mit insgesamt 25 Clients etwa der einer mittleren Gemeinde“, erklärt Richard Stelzer, Städtetags-Referent für IT, eGovernment und Sport, die Entscheidung des Verbandes: „Die Welt im IT-Bereich wird immer komplexer. Deshalb ist es unwirtschaftlich, sich mit allen IT-Details zur Systembetreuung selbst zu befassen“. Mit der LivingData habe man einen professionellen externen Partner gefunden, so Stelzer.

Exzellentes Know-how

Für Richard Stelzer war noch ein zweiter Punkt entscheidend: „Natürlich sind die Träger der AKDB bei ihrem eigenen ‚Enkelkind‘ gut aufgehoben. Ganz wichtig war, dass der Bayerische Städtetag zu 100 Prozent am Bayerischen Behördennetz hängt. Dieses Know-how kann ein anderes Systemhaus einfach nicht leisten.“

Die AKDB, die Anstalt für

Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, ist deutschlandweiter Marktführer im Bereich Kommunalsoftware. Seit ihrer Gründung 1971 hat die AKDB den klaren Auftrag der bayerischen kommunalen Spitzenverbände: Unterstützung der Kommunen in allen Bereichen der IT. Die AKDB ist Know-how-Zentrum für Beratung, Betreuung, Verkauf und Schulung - für eine schnelle und bürgernahe Verwaltung.

Die LivingData GmbH implementiert und betreut als Systemhaus maßgeschneiderte Hard- und Softwarelösungen. Als hundertprozentige Tochter der AKDB bedient sie Kunden aus dem öffentlichen Bereich, insbesondere Kommunalverwaltungen. Das Team besteht aus über 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in München, Landshut, Nürnberg und Würzburg, hochqualifizierte Systemingenieure und Kundenberater mit ausgezeichneten IT-Fachkenntnissen in der IT.



Bernd Buckenhofer (l.), Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, mit Rudolf Obenhuber, Geschäftsführer der LivingData. Stehend v. l.: Hamed El Rafei und Clemens Stöhr (LivingData) sowie Richard Stelzer vom Bayerischen Städtetag.

Von IPv bis E-Learning

Bayerischer Städtetag: Treffen des Arbeitskreises Informations- und Kommunikationstechnologie in Amberg

Neue IT-Lösungen und aktuelle Fragestellungen standen im Mittelpunkt eines Treffens des Arbeitskreises Informations- und Kommunikationstechnologie des Bayerischen Städtetags in Amberg. Für die städtischen EDV-Verantwortlichen ist der vor einigen Jahren gegründete Arbeitskreis zu einer wichtigen Informationsplattform geworden. Die Leitung oblag dem AK-Vorsitzenden Dr. Johann Werner aus Ingolstadt und Richard Stelzer, Bayerischer Städtetag.

Für den fachlichen Einstieg sorgte der Leiter der Amberger IT-Abteilung Werner Weiß. Er informierte die Teilnehmer über die Einführung einer neuen Sicherheitssoftware bei der Stadt Amberg, die dank ihrer ganzheitlichen Einsatzmöglichkeit dem städtischen Netzwerk ausgezeichneten Schutz bietet und auch Gefahren aus dem Internet und E-Mail-Verkehr abwehren kann.

Bernhardt Schmidt, beim Leib-

niz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zuständig für die Netzplanung, informierte über die so genannte Internet Protocol Version 6 (IPv6). Hierbei handelt es sich um ein standardisiertes Verfahren zur Datenübertragung im Internet, das im Vergleich zur Vorgängerversion unter anderem die Zahl der im Netz zur Verfügung stehenden Adressen erheblich vergrößert. Da jeder einzelne

PC, mit dem der Nutzer auch im Internet unterwegs ist, mit einer solchen Nummer versehen sein muss, drohen diese inzwischen zu Ende zu gehen, was mit dieser Umstellung jedoch verhindert werden kann.

Breite Themenpalette

Im Anschluss galt es im Rahmen einer „aktuellen Stunde“ eine Reihe von Fragen und Entwicklungen aus den einzelnen Städten zu besprechen. Die Themenpalette reichte dabei vom Einsatz Geografischer Informationssysteme über Outsourcing bis hin zum E-Learning-Programm und der Einführung einer einheitlichen Behördenrufnummer. **DK**



AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,
Leiter des Geschäftsfelds
eGovernment der AKDB



Bürgerservice

Echtes eGovernment beginnt mit dem
Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ermöglicht den Kommunen ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste. Es setzt Maßstäbe bei der Umsetzung sicherer und effizienter Online-Angebote mit dem neuen Personalausweis. Der Bürger kann bequem von zu Hause aus seine Meldebestätigung oder Wahlunterlagen beantragen oder sein neues Auto anmelden.

Das Bürgerservice-Portal wird im Rechenzentrum der AKDB betrieben und lässt sich problemlos auch in alle kommunalen Webauftritte integrieren.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0



OK EGOV

Software, die dem Menschen dient!

www.akdb.de

Aktuelle Umfrage des Deutschen Landkreistages:

E-Government in den Landkreisen

In wohl keinem Bereich der öffentlichen Verwaltung ändert sich die Halbwertszeit von Wissen so rasant wie in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Hinzu kommt, dass hier die größten Potenziale für eine Optimierung der Geschäftsprozesse vermutet werden, die den Bürgern und der Wirtschaft gleichermaßen zugute kommen. Andererseits werden durch eine Vielzahl und Vielfalt von Pilotprojekten und Modellvorhaben erhebliche Ressourcen gebunden, die für die originäre Aufgabenerfüllung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Es geht um die richtige Balance zwischen Innovation und der Bewahrung vor einem reinen Aktionismus. „Insofern verfolgt der Deutsche Landkreistag die Entwicklungen auf dem E-Government-Sektor über seine Mitwirkung im IT-Planungsrat hinaus mit besonderem Interesse“, betont das Geschäftsführende Präsidialmitglied Prof. Dr. Hans-Günter Henneke.

Wichtiger Gradmesser

Die im eigenen Verbandsbereich in den Jahren 2004 und 2008 durchgeführten ersten beiden E-Government-Umfragen seien zu einem wichtigen Gradmesser für die Standortbestimmung und die Ausrichtung auf neue realistische Ziele geworden. Dabei hätten sich immer wieder aktuelle und perspektivische Schwerpunkte und Trends herausgestellt. Dies gelte auch für die dritte Umfrage, die in Kooperation mit der Wegweiser GmbH Berlin Research & Strategy durchgeführt wurde und

deren Ergebnisse nunmehr in Form einer brandneuen Broschüre vorgestellt werden.

Aktuelle Themen im Blick

Die mit 48,5 Prozent für vergleichbare Umfragen überdurchschnittliche Rücklaufquote aus den Landkreisen bildet Henneke zufolge eine valide und repräsentative Grundlage für die Vertretung kreisspezifischer Positionen auf der Bundes- und Länderebene. Dazu gehörten alt bekannte Themen wie das Kfz-Wesen, bei denen die Landkreise deutlich fortschrittlicher denken und handeln als ihnen vielfach unterstellt wird. Mit der Breitbandversorgung, dem neuen aktuellen Personalausweis und De-Mail-Diensten würden aber auch aktuelle Themen in den Blick genommen. Das gelte erst recht für E-Government-Trends wie Cloud-Computing, Open Data oder Social Media-Plattformen, die belegen, dass die Landkreise auch gegenüber

neuen Entwicklungen aufgeschlossen sind.

Laut Henneke zeigen die Landkreise mit diesen Ergebnissen auch, dass sie bereit sind, ihre Kräfte größtmöglich anzuspinnen, wie es der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz Anfang 2012 in einem richtungweisenden Urteil zur kommunalen Finanzausstattung gefordert hat. Für Landkreise, denen das Wasser bis zum Hals steht, stelle es keinen Mehrwert dar, wenn sie den Wasserstand mit Geoinformationssystemen ermitteln und über Facebook und Twitter rund um den Erdball posten können. Eine Bewältigung ihrer Finanzkrise und ein ausreichender Gestaltungsraum ließen sich nur durch eine aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung erreichen.

eGov-Strategie

Im Ergebnis verfolgen 31 Prozent der Landkreise aktuell eine E-Government-Strategie. Da dieser Anteil gegenüber der 2007 durchgeführten Umfrage sogar rückläufig ist, spricht viel dafür, dass mittlerweile viele Landkreise ihre ursprüngliche Strategie als umgesetzt betrachten. Zudem orientieren sich auch Landkreise zusehends an der 2010/2011 initiierten und mit einer Umsetzungskonzepti-

on versehenen nationalen E-Government-Strategie.

Über die Hälfte der Kreisverwaltungen plant Verbesserungsmaßnahmen ihrer Breitbandanbindung auch aufgrund des steigenden Einsatzes von E-Government. Sofern die Anbindung nicht durch einen externen Anbieter gewährleistet wird, planen die Kreisverwaltungen meist, Gemeinden bei der Realisation von Verbesserungsmaßnahmen zu unterstützen, häufig auch in kreisweiten Kooperationen.

Forderungen

Die elektronischen Standardisierungsaktivitäten sind nach Ansicht der Hälfte der Kreisverwaltungen bisher unzureichend, um mit Einrichtungen anderer Verwaltungsebenen reibungslos zusammenarbeiten zu können. Damit die Möglichkeiten der Zusammenarbeit optimiert werden, sollte der Einsatz verschiedener Standards in der öffentlichen Verwaltung für verbindlich erklärt werden sowie für weitere Anwendungsgebiete neue Standards eingeführt werden. Gefordert wird zudem die Definition eines einheitlichen Standards für das elektronische Dokumentenmanagement.

Besser kommunizieren

Bisher nur in einer Minderheit der Landkreise ist eine Nutzung der eID-Funktion des neuen Personalausweises vorgesehen. Ebenso kommt die elektronische Signatur erst in knapp zwei Fünftel der Landkreise zum Einsatz und lediglich 43 % der Befragten erwarten deutliche Verbesserungen bei der Verfahrensabwicklung durch den

neuen Personalausweis. Dies lässt vermuten, dass die Vorteile der beiden Funktionen noch unzureichend in Kreisverwaltungen bekannt sind und für relevante Anwendungsbereiche besser kommuniziert werden sollten.

De-Mail-Dienste

Knapp die Hälfte der Landkreise plant, zukünftig die sicheren und verbindlichen De-Mail-Dienste zu nutzen. Eine Förderung des Wettbewerbs über die zeitnahe Zulassung mehrerer De-Mail-Anbieter könnte zu Einsparungen bei den Landkreisen führen. Die einheitliche Behördenrufnummer D115 ist für knapp die Hälfte der Kreisverwaltungen ein sinnvoller Ansatz. Wird die D115 nicht als sinnvoll angesehen, dann meist, weil kein Bedarf für eine einheitliche Behördenrufnummer erkannt wird und/oder der Umstellungs- bzw. Kostenaufwand zu hoch ist. Ein Fünftel der Landkreise verwendet die D115 bzw. plant die Nutzung.

DOL-Vorhaben Kfz-Wesen

Die derzeitige Konzentration des DOL-Vorhabens Kfz-Wesen auf die Außerbetriebsetzung und die Wiederzulassung nach Außerbetriebsetzung von Fahrzeugen ist aus Kreissicht unzureichend, so dass eine zeitnahe Einführung von E-Government-Lösungen für Neuzulassungen, Ummeldungen und Umschreibungen des Halters gefordert wird. Ebenso sollte der Hauptuntersuchungsnachweis über ein zentrales elektronisches Register abgefragt werden können. Zahlreiche Landkreise wer-

den kurz- oder mittelfristig das elektronische Baugenehmigungsverfahren in ihrer Bauaufsichtsbehörde nutzen. Um eine steigende Anwendung zu fördern, sollten verwaltungsinterne Vorteile des Verfahrens deutlicher herausgestellt werden. Fast alle Kreisverwaltungen betreiben ein Geodatenmanagement oder lassen ihre Geo- und Metadaten von (kommunalen) Rechenzentren, anderen Behörden oder sonstigen Institutionen aufbereiten. In der Mehrheit der Landkreise werden bereits verwaltungsübergreifende Geoinformationssysteme genutzt und bei den Geodateninfrastrukturen mit anderen Behörden kooperiert.

Social-Media-Dienste und Open Government

Eine Befassung mit den E-Government-Trends Cloud Computing und Open Data bzw. Open Government ist nur von einem geringen Anteil der Landkreise in den kommenden zwei Jahren vorgesehen. Verfahren der elektronischen Auftragsvergabe werden dagegen voraussichtlich bis 2014 in der Mehrheit der Kreisverwaltungen zum Einsatz kommen. Social-Media-Dienste und Open Government werden von Landkreisen vor allem als nützlich angesehen, um Möglichkeiten der Bürgerpartizipation zu schaffen sowie das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in das Verwaltungshandeln zu steigern. Bisher werden Social-Media-Dienste zwar erst von etwa einem Fünftel der Landkreise genutzt, in den kommenden Jahren ist aber mit einem deutlich steigenden Einsatz solcher Dienste zu rechnen. **DK**

Sind alle da? Ja!

Protokollfunktionen elektronischer Gebäude-Sicherheitssysteme ermöglichen Anwesenheitsüberprüfung bei Katastrophen

Es sind die Horrorvorstellungen jedes großen Unternehmens: Brände, Explosionen, Erdbeben oder Amokläufe. Auch wenn derartige Vorfälle äußerst selten vorkommen, sind ihre Ausmaße verheerend. Zum Schutz der Mitarbeiter ist eine sofortige Räumung des Gebäudes oder ganzer Gebäudekomplexe bei einem derartigen Vorkommnis zwingend notwendig. Aus der Vergangenheit sind Fälle bekannt, bei denen nach der Räumung nicht sichergestellt werden konnte, ob sich noch Personen im Gebäude befinden oder wie viele Mitarbeiter an diesem Tag überhaupt anwesend waren. Dieser Aspekt erschwert Rettskräften ein schnelles und gezieltes Agieren.

Der Sicherheitsexperte Miditec Datensysteme GmbH entwickelt seit über 28 Jahren Systeme für Zutrittskontrolle und Zeiterfassung und kennt die Herausforderungen, vor denen Sicherheitsbeauftragte großer Unternehmen in einem solchen Fall stehen. „Menschenleben zu retten hat oberste Priorität. Werden Personen vermisst, muss schnell gehandelt werden. Doch gerade bei Großgebäuden ist es oft schwierig herauszufinden, an welcher Stelle mit der Suche begonnen werden muss“, bemerkt Tammo Berner, Leiter Vertrieb und Marketing bei Miditec.

Ist das Gebäude bereits ein- sturzgefährdet oder drohen weitere Explosionen, erschwert dies die Arbeit der Helfer zusätzlich. Auch ungenaue Aussagen von Anwesenden über eventuell mögliche Aufenthaltsorte behinderten in der Vergangenheit oft Suchaktionen.

Hilfestellung

Elektronische Sicherheitssysteme bieten an dieser Stelle aufgrund personenbezogener Zutrittskontrolle und Zeiterfassung sowie Protokollfunktionen Hilfestellung bei Personenzählungen in Katastrophenfällen. Mittels RFID-Technologie aktivieren Personen Leser für Zutritt und Zeit. Die Daten werden an ein zentrales System übermittelt und stehen dort zur Verfügung. Auch Besucher sind über Besucherausweise im Sys-

stem erfasst. Mit übersichtlichen Listen ist am Computer erkennbar, welche Personen sich im Gebäude aufhalten und über Bereichseingrenzungen ist sogar ein exakter Aufenthaltsort ermittelbar.

Zutrittskontrollsysteme

Im Fall eines gefährlichen Ereignisses wie Feuer oder Explosion, kann über Protokollfunktionen schnell nachvollzogen werden, wer sich zur Zeit der Katastrophe im Gebäude in welchem Bereich befand. „So kann im Katastrophenfall genaue Angabe gemacht werden, in welchem Areal Helfer suchen müssen“, erklärt Berner.

Webbasierte Zutrittskontrollsysteme stellen immer Vorteile für die Sicherheit dar. Dank der stetigen Aktualisierung greifen Verantwortliche jeder Zeit auf lückenlose Informationen über An- und Abwesenheiten zu.

Weitergabe von Fehlermeldungen

Historische Verläufe geben Auskunft über Buchungen an Zutritts- und Zeiterfassungsterminals aus der Vergangenheit. Kriminelle Aktivitäten, wie Einbruchversuche, verzeichnet das System und gibt entsprechende Fehlermeldungen weiter. Dies kann je nach Anforderung per Fax, E-Mail oder SMS an Verantwortliche weitergeleitet werden oder es wird automatisch ein Wach-

dienst oder die Polizei verständigt.

Für Gebäude, die besonders hohen Sicherheitsstandards entsprechen müssen, lässt sich die Zutrittskontrolle über Personenvereinzelnungsanlagen verwalten. Hier erhält eine Person Befugnis zum Ein- als auch Austreten nur durch jeweilige Aktivierung und es ist immer nur einer Person zurzeit möglich, zu passieren. „Vor allem Branchen, die mit gefährlichen beziehungsweise besonders sensiblen Stoffen arbeiten, wie Chemikalien oder Lebensmitteln, sollten im Sicherheitsmanagement darauf achten, dass Zutrittskontrollen an Risikoszenarien angepasst sind“, sagt Tammo Berner.

Zentraler Baustein

Effektives Personal- und Sicherheitsmanagement ist längst ein zentraler Baustein moderner Unternehmensführung. Seit mehr als 28 Jahren entwickelt die Miditec Datensysteme GmbH zuverlässige Hard- und Softwareprodukte für Zutrittskontrolle, Zeiterfassung und Gebäudesicherheit aus einer Hand.

Individuelle Lösungen

Unabhängig von Größe und Branche des Unternehmens bietet Miditec individuelle Lösungen, vom Einzelplatz bis zur komplexen Anlage. Jederzeit und unbeschränkt erweiterbar, sind die MTZ® Business Solutions optimal an die Kundenbedürfnisse angepasst, lassen sich benutzerfreundlich via Intra- oder Internet steuern und sind mehrsprachig sowie mandantenfähig. Für seine innovative und stilvolle Produktreihe Skyline wurde Miditec mit dem iF product design award 2012 und dem red dot design award 2012 ausgezeichnet.

Weitere Informationen unter www.miditec.de □

App aufs Amt!

Die universelle Bürger-App für Ihre Verwaltung



Online-Behördengänge über das Handy und aktuelle, überall verfügbare Informationen aus Rathaus, Verwaltung und Wirtschaft. komuna hat die innovative Lösung für die individuelle Bürger-App Ihrer Kommune.

komuna GmbH
EDV-Beratung
Wallerstraße 2
84032 Altdorf
Tel. 08 71/973 85-0
Fax 08 71/973 85-600
info@komuna.de
www.komuna.de



Stadt Rain und DSLmobil realisieren Glasfaser-Hausanschlüsse

Die Stadt Rain am Lech realisiert zusammen mit der Firma DSLmobil ein Pilotprojekt im Bereich Breitbandausbau. Im Stadtteil Etting werden alle Haushalte mittels FTTH-Hausanschlüssen direkt ans Hochgeschwindigkeitsnetz des Providers angebunden. Der Ausbau in Eigenleistung ermöglichte der Stadt Rain die Nutzung vielfältiger Synergieeffekte, wohingegen man die Rahmenbedingungen der Breitbandinitiative Bayern mit einer gewissen Skepsis beäugte, weil sie Gemeinden mit vielen Ortsteilen vor besondere Probleme stellt.

Nach Bedarfsermittlung und Bürgerumfrage wurden die Gesamtkosten der Hausanschlüsse Resonanz der Ettinger konnten Anschlusskosten von ca. 450 Euro je Hausanschluss, inklusiv



Wie die Glasfasertechnik in Rain am Lech funktioniert, lässt sich 1. Bürgermeister Gerhard Martin (l.) von Kevin Münich, dem örtlichen Projektleiter der Firma DSLmobil, erläutern. □

kalkuliert. Hier galt das Prinzip, je mehr Haushalte sich sofort beim Ausbau und im Rahmen der Kanalbaumaßnahmen anschließen lassen, desto geringer fallen die Kosten aus.

Wesentliche Vorteile

Aufgrund der erfreulich hohen

Resonanz der Ettinger konnten Anschlusskosten von ca. 450 Euro je Hausanschluss, inklusiv

Für die Glasfaserlösung sprachen dabei viele wesentliche

Bayern ist Partnerland von Moderner Staat 2012

„Digitales Bayern 2020 - Vorsprung durch eGovernment“ heißt das Motto, unter dem sich in diesem Jahr der Freistaat Bayern als Partnerland von Moderner Staat präsentieren wird. Im Mittelpunkt des Messeauftritts vom 6. bis 7. November in Berlin stehen verschiedene E-Government-Projekte des Freistaats Bayern.

Darüber hinaus wird auch die Studie „Zukunftspfade Digitales Bayern 2020“ vorgestellt: „Unser Ziel ist es, neue Wege aufzuzeigen, wie wir mit der Digitalisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft umgehen können. Als Partnerland der Messe Moderner Staat wollen wir unseren Ansatz auch anderen Ländern vorstellen“, führt der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, als Repräsentant des Partnerlandes Bayern aus.

Die Studie, die im März dieses Jahres herausgegeben wurde, zeigt konkrete Vorschläge auf, wie der Freistaat Bayern die digitale Gesellschaft mit gestalten kann. Dabei sind Querschnittsthemen wie IT-Sicherheit, Breitbandzugang und E-Government genauso wichtig wie die gesellschaftspolitischen Handlungsräume Medienkompetenz, Arbeiten digital, Mobilität, Gesundheit, Wohnen, Energie digital und Konsum digital.

Auf Moderner Staat werden ge-

meinsam mit Partnern verschiedene Projekte wie z. B. „Digitales Bildungsnetz Bayern“, „x-trans-eu - cross border transport“ oder „Serviceplattform Digitales Bayern“ diskutiert. Die Koordination des Messeauftritts wird die IT-Stabsstelle der Bayerischen Staatsregierung übernehmen.

Neue Strategien der Verwaltungsmodernisierung wird auch wieder der begleitende Fachkongress mit seinen mehr als 200 Referenten aufzeigen. Das besondere Augenmerk liegt in diesem Jahr auf dem Thema „Demografie“, das als Leitthema durch sämtliche Kongress-Panels führen wird. Neben dem Kongress werden rund 200 Aussteller neue Produkte, Dienstleistungen, richtungweisende Ideen und erfolgreiche Best-Practice-Beispiele zu den Reformthemen des Public Sector vorstellen. Rund 4.000 Entscheidungsträger aus Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen werden erwartet.

www.moderner-staat.com □

Vorteile. Bestehende Kupferleitungen haben oftmals eine sehr schlechte Qualität und aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wäre nicht in jedem Haushalt die volle Bandbreite von 50.000 kbit/s erreicht worden. Durch die Anbindung mit Glasfasertechnik kann eine besonders zuverlässige und qualitativ hochwertige Verbindung bereitgestellt werden. Zukünftig sind damit auch weit höhere Bandbreiten als die derzeit angebotenen 50.000 kbit/s möglich. Eine lohnende Investition in die Zukunft nicht nur für Gewerbekunden. Weiterhin können so zukünftig beispielsweise IP-TV und weitere datenintensive Dienste ermöglicht werden.

Aufgrund der notwendigen Kanalarbeiten und den damit verbundenen Tiefbauarbeiten im Stadtteil Etting, ermöglicht die Stadt Rain der Firma DSLmobil das Mitverlegen der Rohrverbunde zum Selbstkostenpreis. Dies bringt eine wesentliche Einsparung gegenüber den regulären Ausbaubskosten. Zum Einsatz kommt hierbei die modernste und zukunftssicherste Technologie mittels Microrohr-Technik. Nach Ausbauende werden in die verlegten Microrohre die Glasfaserkabel eingeklebt. Sollte in

Mobil erreichbar auf der Wiesn 2012

Verbreitung von Smartphones erfordert Ausbau von UMTS

Fast sieben Millionen Menschen besuchen das Oktoberfest - die meisten von ihnen haben ein Handy oder ein Smartphone dabei. Sie suchen und treffen sich per SMS oder verschicken ein Foto von der Fahrt mit dem Riesenrad. Um diesen Anforderungen an das Mobilfunknetz gerecht zu werden, hat die Telekom ein zusätzliches Netz auf der Theresienwiese aufgebaut. Im Norden des Geländes wird das UMTS-Netz in diesem Jahr sogar erweitert. Damit baut die Telekom jedes Jahr die größte Mobilfunk-Sonderversorgung in ganz Deutschland auf.

„Auch dieses Jahr haben wir wieder eine zusätzliche Infrastruktur errichtet, die eine mittelgroße Stadt von der Größe Augsburgs problemlos versorgen könnte“, sagt Telekom-Sprecher Udo Harbers. „Dabei orientieren wir uns bei der Planung der Antennenzahl, der Ausrichtung und den Kapazitäten immer am Bedarf der Kunden und an den Erfahrungswerten, die wir hierzu in den letzten Jahren gesammelt haben.“

GSM und UMTS

Federführend für alle vier Mobilfunkbetreiber hat die Telekom acht zusätzliche Mobilfunkmasten auf der Theresienwiese errichtet. Die bis zu 15 Meter hohen Masten werden zum größten Teil gleich von mehreren Mobilfunkbetreibern genutzt. Je nach Bedarf sind mehrere Antennen für die Mobilfunkstandards GSM und UMTS montiert, damit alle Handy-Typen die gängigen Sprach- und Datendienste nutzen können.

Höheres Datenvolumen

Aus den Erfahrungen des vorherigen Jahres wissen die Netzplaner, wie sie die Antennen ausrichten müssen und wo sie mehr Kapazitäten brauchen. So werden zum Beispiel an einem einzigen Wiesn-Samstag allein im Netz der Telekom weit mehr als eine halbe Million Telefongespräche geführt und rund 300.000 SMS verschickt. Der Schwerpunkt ist auf der Wirtgasse, bei den Eingängen und in den Festzelten zu messen. Das so genannte italienische Wochenende findet auch im Mobilfunknetz statt: Ungefähr ein Drittel der zu Spitzenzeiten im Netz eingebuchten Handynutzer führen erfahrungsgemäß an

Zukunft eine modernere Fasertechnik auf den Markt kommen, können die Kabel ausgetauscht werden. Ein weiterer Tiefbau bleibt somit erspart.

Die Firma DSLmobil übernimmt Planung und Projektierung, den Kontakt zu den Teilnehmern, den technischen Betrieb und sämtliche Endkundendienste, wie Telefon und Internet. Die Stadt Rain koordiniert die Mitverlegung. Bezuschusst wird lediglich die Anbindung des Nachbarstadtteiles Bayerdilling (ca. 7 km) an die bestehende Internetverbindung. Die weiteren Maßnahmen werden in Eigenleistung erbracht.

Sehr hohe Anschlussquote

Das so aufgebaute Glasfasernetz steht dem Wettbewerb offen und diskriminierungsfrei zur Verfügung. Die Bewohner von Etting unterstützen den Ausbau durch eine sehr hohe Anschlussquote von über 90% und eine günstige Einmalzahlung pro Hausanschluss. Haushalte die zunächst kein Interesse haben, können lediglich eine Grunderschließung vornehmen.

Durch das so erreichte gute Zusammenspiel aus Stadt, Einwohnern und Betreibern gelingt es, ein zukunftsfähiges Glasfasernetz für knapp 60 Haushalte ohne öffentlichen Zuschuss zu erstellen, ohne große kommunale Investitionen zu tätigen. □

diesem Wochenende Auslandsgespräche. Besonders beeindruckend: Das übertragene Datenvolumen liegt längst im dreistelligen Gigabyte-Bereich und



Die Telekom hat acht zusätzliche Mobilfunkmasten auf der Theresienwiese errichtet. □

hat sich in den letzten beiden Jahren jeweils verdoppelt.

Ausgebautes Festnetz

Neben dem Mobilfunknetz wird auch das Festnetz zum Oktoberfest ausgebaut. Durch das zentrale Landwirtschaftsfest wird auch hier mehr aufgebaut als üblich. Ungefähr zehn Wochen vor Beginn des Volksfestes beginnen die Techniker, Leitungen unter den Böden der Festzelte zu legen. Hier kommen allein 20 Kilometer Kupferkabel zum Einsatz. Es werden rund 450 Telefon-, ISDN oder DSL-Anschlüsse geschaltet, die für Kassen, Medienanschlüsse oder Notrufleitungen benötigt werden. □

Bundesweiter eGovernment-Wettbewerb:

Publikumspreis für Energie-Atlas Bayern

Innovation und Modernisierung in Deutschlands Behörden

Die Sieger des 12. eGovernment-Wettbewerbs unter der Schirmherrschaft von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich stehen fest. Im Rahmen des 17. Ministerialkongresses zeichneten die Management- und Technologieberatung BearingPoint und der Netzwerktechnologianbieter Cisco in Berlin sechs wegweisende Projekte in drei Kategorien aus. Dabei ging der Publikumspreis des E-Government-Wettbewerbs an das vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit initiierte Projekt „Energie-Atlas Bayern“.

Mehr als 5.000 Votings gingen dieses Jahr beim Publikumspreis des E-Government-Wettbewerbs ein. Der Energie-Atlas Bayern ging als knapper Sieger aus dieser Abstimmung hervor. Das Projekt bietet ein Internet-Portal, das alle wesentlichen öffentlichen Informationen des Freistaates Bayern rund um das Thema Energie intelligent verknüpft, einheitlich aufbereitet und kostenlos zugänglich macht.

Die benutzerfreundliche Oberfläche bietet auf Grundlage einer interaktiven Landkarte viele verschiedene Informationen zu beispielsweise den Windgeschwindigkeiten im Jahresmittel in verschiedenen Höhen, der Sonnenscheindauer im Jahresmittel, den Eigentumsverhältnissen im Forstbereich (wichtig für Biomasse-Anlagen), den Wasserkraftanlagen und weiteren Bereichen. Dazu bekommt der Nutzer umfangreiche Informationen zu den jeweiligen Ansprechpartnern, Praxisbeispielen, Planungsgrundlagen und vielen weiteren Facetten der Energiegewinnung und -verbreitung. Der Energie-Atlas Bayern ist somit ein extrem hilfreiches Mittel für alle Akteure und Interessierte. Seitdem er vor gut einem Jahr online gegangen ist, greifen Tag für Tag über tausend Nutzer auf den Energie-Atlas zu, Tendenz steigend.

Laufende Aktualisierung

Der Energie-Atlas Bayern wird laufend aktualisiert und ergänzt. Geplant sind zum Beispiel zusätzliche Daten, z. B. zu Potenzialen bei Biomasse, eine Solarflächen- und Abwärmeinformationsbörse, Energiespeicherung und Smart Grids sowie eine erweiterte Recherche- und Auswertungsfunktion im Kartenteil inklusive Downloadmöglichkeit.

Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber zeigte sich hoch erfreut über den Gewinn des Preises: „Der Energie-Atlas ist ein zentrales Werkzeug bei der Umsetzung der Energiewende. Die Auszeichnung für den Energie-Atlas Bayern zeigt, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern ein Angebot geschaffen haben, das aus Sicht unserer Nutzer sehr hilfreich ist und echten Mehrwert bietet.“ Auch der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, gratulierte der Umweltverwaltung zum Gewinn der eGovernment-Auszeichnung. „Es freut mich besonders, dass mit dem Energie-Atlas Bayern ein innovatives eGovernment-Projekt ausgezeichnet wurde, zu dem auch die Bayerische Vermessungsverwaltung mit ihrer Technikkompetenz entscheidend beigetragen hat.“

Als bester Lösungsbeitrag für ein gesellschaftliches Problem auf wirtschaftlichem Gebiet wurde das deutsch-polnische Telemedizinprojekt mit Telekonferenz ausgezeichnet. Durch den demografischen Wandel steigt nicht nur das Alter der Gesamtbevölkerung, sondern Mecklenburg-Vorpommern leidet zugleich an einer medizinischen Unterversorgung. Deshalb will das Projekt Telemedizin Pomerania grenzüberschrei-

tend eine bessere Nutzung von medizinischen Kapazitäten erreichen, die durch eine Vernetzung kleinerer Krankenhäuser auf dem Land mit den größeren Krankenhäusern in Städten sowie mit Polen entsteht.

Beste Lösungsbeitrag für ein gesellschaftliches Problem in der Verwaltung ist das Projekt Lippe-Job-Interaktiv. Durch die Bereitstellung von mobilen Kommunikationsgeräten, wie Tablets für Arbeitssuchende, Arbeitsvermittler und Arbeitgeber wird die Jobvermittlung verbessert. Die bereitgestellte Technik ermöglicht unter anderem Video-Conferencing, die Erstellung digitaler Bewerbungsunterlagen oder auch Unternehmensdarstellungen oder Vorstellung von freien Stellen und Ausbildungsplätzen in filmischer Form. Der Jobvermittler erhält größtmögliche Transparenz über die Integrationsaktivitäten des Arbeitssuchenden und kann mobil Arbeitgeber und Jobsuchende miteinander in Verbindung bringen.

Transparenzdatenbank

Zum innovativsten eGovernment-Projekt wurde die Transparenzdatenbank in Österreich gekürt. Mit der Transparenzdatenbank plant Österreich die Schaffung eines IT-Systems, an das alle Gebietskörperschaften angeschlossen werden und in dem alle Leistungen der öffentlichen Hand wie zum Beispiel Förderungen, Transfers und Sozialversicherungsleistungen zentral erfasst und jederzeit von Bürgern, Unternehmen und NGOs abgerufen werden können.

Innovativstes eGovernment-Projekt 2012 ist „Bauleitplanung – Online-Beteiligung für Kommunen in Schleswig-Holstein“. Ziel des Projekts ist es, das formale Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange (ToB) in der gemeindlichen Bauleitplanung online über eine Internetplattform abzuwickeln. Hierzu gehören die Optimierung und Standardisierung des gesamten Beteiligungsprozesses, die vollständige, medienbruchfreie und digitale Abbildung aller Verfahrensschritte sowie Kostenreduzierung (Einsparungen bei Drucken und Kopien, effizientere Arbeitsprozesse).

Beste Online-Verwaltung

Zur besten Online-Verwaltung 2012 wurde schließlich die Stadt Dortmund gewählt. Sie deckt die fachlichen Basisanforderungen der Bürger und Unternehmen weitgehend ab und macht diese durch die Behördenrufnummer D115 und im Bereich „Führerschein beantragen“ zusätzlich über eine App zugänglich. Die einzelnen eGovernment-Services sind unterschiedlich ausgeprägt bis zur flächendeckenden Verfügbarkeit (zum Beispiel Wunschkennzeichen, Einwohnerparkausweis oder Beantragung von Personalausweisen). Die Stadt Dortmund bietet barrierefreie Internetangebote, Single-Sign-On-Verfahren, wendet elektronische Signaturen an und nutzt verwaltungsübergreifende die sogenannten XÖV-Standards. **DK**

**Glasfaser
Highspeed-Internet**

Planung • Realisierung • Service

09090 99798-0

info@dslmobil.de

www.DSLmobil.de

Zukunftssichere
Glasfaser-Anbindung
für Ihre Gemeinde

Ausbau der Mobilfunknetze

Nach der Sprache kommen die Daten:
Internet für unterwegs wird immer beliebter

Das Jahr 2012 markiert endgültig den Durchbruch des mobilen Internets in den Massenmarkt: Mehr als ein Viertel der deutschen Bevölkerung (28 Prozent) nutzt die Möglichkeit, sich unterwegs per Mobiltelefon mit dem World Wide Web zu verbinden. Im Vorjahr lag der Wert gerade einmal bei 13 Prozent. Die reine Geschwindigkeit wird dabei zur Nebensache, die Verbraucher setzen auf Qualität. Dies ist ein Ergebnis des aktuellen Mobilfunkmonitors 2012 der E-Plus Gruppe in Zusammenarbeit mit TNS Infratest.

Das mobile Internet ist weiter auf dem Vormarsch. In allen Altersgruppen haben sich die Nutzungszahlen im vergangenen Jahr mindestens verdoppelt. Insbesondere für junge Mobilfunkkunden ist das Netz unterwegs kaum mehr wegzudenken: Mittlerweile gehen zwei Drittel (60 Prozent) unter 30 Jahren mobil online. Im Vorjahr lag der Wert noch bei 21 Prozent.

Erwartungshaltung der Verbraucher

Die zunehmende Verbreitung des mobilen Internets hat auch

Einfluss auf die Erwartungshaltung der Verbraucher: Sie setzen heute mehr denn je auf den Mobilfunk und die Erreichbarkeit im Alltag. In der Vergangenheit waren es technikbegeisterte Trendsetter, die zu den Nutzern des mobilen Internets gehörten und von den Mobilfunknetzen Datenübertragungsraten am Rande des technisch Machbaren erwarteten. Heute sind es Verbraucher aus allen Schichten, die von unterwegs nach Bahnverbindungen suchen, E-Mails abrufen oder auf der Internetpräsenz der Heimatgemeinde nach einem Ansprechpartner oder

speziellen Informationen suchen.

Netzqualität: Stabilität wichtiger als Tempo

Für die Mehrheit der heutigen Nutzer ist dabei nicht das Tempo der mobilen Datenverbindung ausschlaggebend. Eine gute Netzabdeckung und eine stabile Verbindung sind den meisten Verbrauchern deutlich wichtiger als hohes Tempo. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Befragten sind mit den heutigen Übertragungsraten sogar vollkommen zufrieden, für viele übersteigt die Datenrate den tatsächlichen Bedarf.

Zufriedenheit im Netz der E-Plus Gruppe

Am größten ist die Zufriedenheit im Netz der E-Plus Gruppe. „Das bestätigt uns in unserer Zielsetzung, mit unserem Netz

und unseren Produkten der breiten Masse der Verbraucher den einfachen Weg ins mobile Internet zu öffnen. Mit unserem umfassenden Netzausbau, den wir seit 2010 massiv vorantreiben, sind wir auf dem richtigen Weg“, so Mike Cosse, Director Corporate Affairs & Communications der E-Plus Gruppe.

Alterspyramide zeigt auch im Mobilfunk Wirkung

Vorreiter der digitalen Entwicklung sind zunächst die Jüngeren, doch ältere Semester ziehen deutlich nach. So hat sich der Nutzungsgrad bei Senioren ab 60 Jahren inzwischen verdreifacht (2011: 3 Prozent, 2012: 10 Prozent). „In dieser Altersgruppe werden über kurz oder lang Tablets für den Durchbruch des mobilen Internets sorgen“, meint Deniz Taskiran, CSR-Managerin bei der E-Plus Gruppe. „Wir stellen regelmäßig Seniorenwohneinrichtungen BA-SE-Tablets zur Verfügung und erleben sehr viel positive Resonanz. Die im Vergleich zum Smartphone deutlich größeren Displays mit ihrer besseren Lesbarkeit und die intuitive Bedienbarkeit sind dabei ausschlaggebend für die breite Akzeptanz.“

Moderne Best Ager

Doch die modernen Best Ager gehen noch weiter: Schon jeder Fünfte würde komplett auf einen Festnetzanschluss verzichten und nur noch ein rein mobiles Kommunikationsmedium für die Telefonie und das Internet nutzen. Eine rein mobile Lösung für zu Hause und unterwegs bedeutet somit aber auch: Der Netzausbau im Mobilfunk ist nicht zu Ende, sondern beginnt gerade erst.

Ein stabiles Sprach- und Datenetz, flächendeckend verfügbar, fordert damit auch zukünftig Mobilfunkunternehmen und Kommunen zur konstruktiven Zusammenarbeit beim Ausbau der Infrastruktur. □

IT-Sicherheit:

Standortfaktor mit wachsender Bedeutung

IT-Security Messe “it-sa 2012”
in der Messe Nürnberg

„Nur durch einen kooperativen Dialog zwischen Verwaltung und Wirtschaft kann die Sicherheit von Informationsinfrastrukturen in Bayern als Standortfaktor gewährleistet werden.“ Mit diesen Worten unterstrich Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, die Bedeutung der it-sa 2012, der einzigen Spezialmesse zum Thema IT-Sicherheit im deutschsprachigen Raum, die vom 16. bis 18. Oktober 2012 in der Messe Nürnberg stattfindet.

Die Bedrohungslage für öffentliche Daten sei ohne Zweifel gestiegen. Dies liege insbesondere auch am steigenden Einsatz mobiler Endgeräte. Die Zahl der täglichen Angriffe auf das bayerische Behördennetz habe sich verdoppelt. Es seien rund 36.000 pro Tag, davon rund 200 mit einem konkreten Risiko. Die Einrichtung eines übergreifenden IT-Sicherheitsmanagements habe sich bewährt, so Pschierer. Die getätigten Investitionen zahlen sich nun angesichts der steigenden Bedrohungslage aus. Auch durch die Einbindung in Bund-/Länderstrukturen sei man im Bereich IT-Sicherheit in Bayern weiterhin im grünen Bereich. „Wir wissen um die Sensibilität der uns anvertrauten Daten, insbesondere im Bereich Polizei, Steuer und Soziales. Wir werden auch weiterhin für sicheren Schutz sorgen“, betonte Pschierer.

Cloud-Computing

Cloud-Computing, ein zentrales Thema der Sicherheitsmesse, sei auch ein fester Bestandteil der Strategieüberlegungen der Bayerischen Staatsregierung. Pschierer: „Wir erproben private Cloud-Dienste in den staatlichen Rechenzentren. Aufgrund von Flexibilitäts- und Kostenvorteilen wird sich dieser Trend in Zukunft noch verfestigen. Cloud-Technologien wird man aber nur dann einsetzen, wenn dem Bürger auch die Sicherheit seiner Daten garantiert werden kann. Hier sind rechtliche Rahmenbedingungen vorab zu klären.“

Als Beispiele nannte der Staatssekretär die Regelungen der Auftragsdatenverarbeitung im Bundesdatenschutzgesetz sowie Rechte von amerikanischen Aufsichtsbehörden nach dem US-Patriot-Act.

IT-Sicherheit sei ein wichtiger Standortfaktor gerade für kleine und mittlere Unternehmen. Notwendig seien hier feste Ansprechpartner, die auch bezahlbare Beratung bieten. „Wir werden gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern in Bayern ein geschlossenes Konzept für mehr IT-Sicherheit präsentieren“, kündigte Pschierer an. □

Staatsministerin Emilia Müller zum Thema Meldedaten:

Willen der Bürger bei Weitergabe respektieren

„Der Staat muss respektieren, wenn der Bürger die Weitergabe seiner Daten zum Zwecke der Werbung oder des Adresshandels nicht wünscht. Bayern ruft deshalb den Vermittlungsausschuss gegen das Bundesmeldegesetz an. Wir wollen zurück zur Einwilligungslösung, wie sie ursprünglich im Regierungsentwurf vorgesehen war“, so Staatsministerin Emilia Müller.

Meldedaten werden grundsätzlich, so die Ministerin, für behördliche Zwecke erhoben. Das Melderecht muss deshalb so ausgestaltet sein, dass die Weitergabe personenbezogener Daten wie Name, Vorname, Anschrift und akademischer Grade an gewerbliche Nutzer oder Privatpersonen nur unter sehr engen Voraussetzungen zulässig ist. Müller: „Das heißt, der Meldebürger muss selbst das letzte Wort haben, ob diese Daten an Dritte weitergegeben werden dürfen. Speziell wenn es darum geht, dass Meldedaten für Zwecke der Werbewirtschaft oder des Adresshandels genutzt werden sollen, reicht nach Auffassung der Staatsregierung die Möglichkeit eines Widerspruchs nicht aus.“

Die Ministerin betonte: „Wir wollen den Bürger gerade vor unerwünschter Werbung wirksam schützen. Deshalb kann es eine behördliche Übermittlung von Namen und Adresse an die Werbewirtschaft und den Adresshandel nur dann geben, wenn der Bürger ausdrücklich zugestimmt hat. Der Einwilligungsvorbehalt bei der Datenweitergabe zu Werbezwecken ist im Interesse der Bürger. Er ist ein Gebot des Datenschutzes und des Verbraucherschutzes.“

Technische Überwachung von Kraftfahrzeugen

Eine klare Absage erteilte Bayerns Bundesratsministerin dem EU-Verordnungsvorschlag zur Vereinheitlichung der Vorschriften über die technische Überwachung von Fahrzeugen. Emilia Müller: „Die Regelung ist überflüssiger EU-Bürokratismus, für Deutschland teuer und gefährlich.“

Die technische Überwachung von Fahrzeugen ist in Deutschland gut geregelt. Unsere Sicherheitsvorgaben setzen weltweit Standards, die durch neue EU-Vorgaben nicht gefährdet werden dürfen. Ein jährlicher TÜV für ältere Fahrzeuge und Motorräder bringt nachweislich nichts für die Verkehrssicherheit und kostet die Bürger nur Zeit und Geld. Die Europäische Union sollte sich auf die Aufgaben konzentrieren, für die

wir Europa wirklich brauchen und uns nicht mit unnötigen Bürokratiemonstern überziehen. Die technische Überwachung von Fahrzeugen ist in Deutschland besser aufgehoben.“

Müller kritisierte konkret auch die fehlende Risikodifferenzierung zwischen den unterschiedlichen Fahrzeugklassen. Omnibusse müssen in Deutschland zu Recht teilweise in einem vierteljährlichen, Lastkraftwagen in einem halbjährlichen Rhythmus einer Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Die EU sieht hier nur jährliche Kontrollen vor. Müller: „Es ist geradezu widersinnig, das Gefährdungspotenzial von großen Lastkraftwagen oder Omnibussen mit dem von älteren Mopeds gleichzusetzen. Das ist gefährlich.“

Abzulehnen sind nach Auffassung der Ministerin zudem die geringen Zulassungsvoraussetzungen

Angelika Niebler (EVP/CSU):

Neue Preisobergrenzen für Downloads, Telefonate und SMS

Seit Juli ist die mobile Internetnutzung mit Smartphones günstiger. Seither gelten strengere EU-Vorgaben für die Tarifobergrenzen für die Mobilfunknutzung im EU-Ausland (Roaming). Neben neuen Maximalpreisen für Gespräche und Kurznachrichten (SMS) gibt es erstmals gedeckelte Endkundenpreise für das Herunterladen von Daten.

„Wir bringen jetzt mehr Wettbewerb in den Markt, um die bisherige Abzocke beim Roaming zu beenden. Besonders beim mobilen Datendownload sind die Tarife teilweise noch astronomisch hoch und sachlich überhaupt nicht gerechtfertigt“, sagte die Berichterstatterin des Europaparlaments zur neuen Roaming-Verordnung, Angelika Niebler (CSU).

Mobiles Runterladen von Daten

Die Tarife für das mobile Runterladen von Daten jenseits der Landesgrenze werden nunmehr auf maximal 70 Cent pro Megabyte begrenzt. Ab Juli 2014 sollen maximal 20 Cent fällig werden. Die EU-Kommission hatte als Obergrenze 50 Cent vorgeschlagen und wollte ab Juli dieses Jahres noch 90 Cent zulassen. Für SMS dürfen fürs Versenden aus einem anderen EU-Land nur noch maximal 9 Cent, ab 2014 höchstens 5 Cent berechnet werden.

gen für die Fahrzeug-Prüfer. „Die Anforderungen an Fachkompetenz und Ausbildung der Prüfer bleiben deutlich hinter deutschen Standards zurück. Es ist zu befürchten, dass Prüfer aus anderen Mitgliedstaaten, die nicht über die in Deutschland erforderliche Ausbildung verfügen, dennoch als Prüfer in Deutschland zugelassen werden müssten. Damit wäre langfristig ein Absinken des Prüfniveaus in Deutschland nicht ausgeschlossen. Dies unterläuft unseren hohen Anspruch an die Verkehrssicherheit“, so Müller.

Standards beibehalten

Wichtig ist nach Auffassung der Ministerin, dass Mitgliedstaaten wie Deutschland auch weiterhin über europäische Regelungen hinausgehen können. Müller: „Wir wollen in Deutschland unsere hohen Standards an Verkehrssicherheit beibehalten. Diese können zugleich Orientierungshilfe und Innovationsmotor für andere Mitgliedstaaten sein. Dieser EU-Vorschlag ist völlig unbrauchbar.“ □

schlagen und wollte ab Juli dieses Jahres noch 90 Cent zulassen. Für SMS dürfen fürs Versenden aus einem anderen EU-Land nur noch maximal 9 Cent, ab 2014 höchstens 5 Cent berechnet werden.

Auch die Gesprächstarife müssen sinken: Ab Juli 2014 darf der Preis für ein angenehmes Gespräch nur noch 5 Cent pro Minute, für einen selbst getätigten Anruf 19 Cent betragen. „Die Preise müssen sich endlich dem technischen Aufwand annähern“, betonte Niebler. Auch kleinere Anbieter sollen künftig Zugang zu den Netzen haben (Open Access). Daneben soll es die Möglichkeit geben, vor Ort auf die Angebote lokaler Anbieter zurückgreifen zu können (Local Break-Out). □

LEW

Lechwerke



REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

„Wenn wir als Mitarbeitende in unserer Freizeit ehrenamtlich aktiv sind, unterstützt uns LEW dabei. Unsere Projekte werden von den Lechwerken finanziell gefördert. Für mich eine tolle Motivation, mehr gesellschaftliches Engagement zu zeigen.“

Christian Zahler, Versorgungstechnik bei LEW

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Projekt Digitales Außenmuseum:

„Die Schlacht von Hohenlinden“

Das Projekt „Digitales Außenmuseum“, ein Angebot, das Kultur, Natur, Sport und Spiel verbindet, wurde Mitte September eröffnet. Die Bayerische Sparkassenstiftung und die Kreisparkasse München Starnberg Ebersberg haben gemeinsam mit dem Verein Hohenlinden 2000 Idee und Strukturen eines digitalen Außenmuseums entwickelt und die innovative Ausführung konzeptionell angestoßen und begleitet. Daraus ist ein Modell entstanden, das nicht nur neuartig ist, sondern auch als Vorbild für andere Kulturinstitutionen zukunftsweisend sein kann.

Die Tour führt vom Museum in Hohenlinden aus auf verkehrssamen, landschaftlich reizvollen, aber teilweise leistungsfordernden Wegen zu den wichtigsten Stationen der Schlacht von Hohenlinden; dazu wurden 16 Zielpunkten festgelegt. Geplant ist das System in seiner umweltfreundlichen Variante als Radtour, bei der die Teilnehmer zwischen der großen Tour mit knapp 50 km und der kleinen Tour mit rund 22 km wählen können.

Innovatives Projekt

Ziele sind die Schaffung eines digitalen Außenmuseums und damit eines permanenten Zugangs zu den Angeboten des Museums „Die Schlacht von Hohenlinden“ auf eine umweltfreundliche Weise, die Gewinnung von neuen Zielgruppen für das Museum „Die Schlacht von Hohenlinden“, die Vermittlung der Bedeutung der Zielorte während der Schlacht und Angebote zur Einordnung der Schlacht in die napoleonische Zeit und die Geschichte Bayerns Anfang des 19. Jahrhunderts sowie die Entwicklung eines Interesses an der Geschichte bei Jugendlichen und Kindern.

Das „Digitale Außenmuseum“ - ein im Museumsbereich innovatives Projekt - ist ein duales System, das den Teilnehmern erlaubt, traditionell mit Hilfe einer Karte oder digital mit Hilfe einer interaktiven App einen eindrucksvollen Überblick über den Gesamtverlauf der Schlacht zu erhalten.

Infrastruktur

Zur Realisierung schuf der Verein „Hohenlinden 2000“ eine Infrastruktur für das Gesamtprojekt:

- an den Stationen jeweils eine Sitzbank und eine Informationstafel mit einem erläuternden Text - Wegweiser auf der Fahrtstrecke mit dem Logo des Radwegs
- eine Informationstafel auf dem Rathausplatz und
- eine Kartenausgabe im Rathaus und an der SIT-Tankstelle am westlichen Kreisel.

Traditionelle Radtour

Bei dieser Radtour leitet eine mit Hans Baumgartner, Leiter des Vermessungsamts Eberberg erstellte topographische Karte zu den 16 Zielpunkten. Zur besseren Orientierung spiegeln auf der Karte integrierte Fotos die Situation vor Ort realistisch wider. So wird die Karte nicht nur Wegweiser, sondern vermittelt durch Blick auf die Fotos Sicherheit, auf dem richtigen Weg zu sein, und regt an, sich intensiver mit den Informationen vor Ort zu beschäftigen und die Fahrt weiter fortzusetzen.

Tipps zur Wegeführung auf der Karte erleichtern zudem die Fahrt und das Auffinden der Zielstationen. Auf der Rückseite zu findende Texte informieren über den Ablauf der Schlacht sowie über den Verein „Hohenlinden 2000“ und seine Aktivitäten.

Interessenten erhalten in allen Geschäftsstellen der Kreisparkasse München Starnberg Ebersberg im Landkreis die Radwegkarte kostenlos.

Digitale Radtour

Die Digitale Fahrradtour führt auf dem weit verbreiteten iPhone, dessen Bedienung weitgehend bekannt ist. Die einfach zu bedienende grafische Benutzeroberfläche erlaubt, Angebote interaktiv durch

Antippen abzurufen. Eine ausführliche Benutzeranleitung hilft über erste eventuell vorhandene Hürden hinweg, gerade bei Teilnehmern, die kein iPhone besitzen, und dieses bei der Gemeinde Hohenlinden ausleihen.

Für die digitale Radtour charakteristisch sind eine enge Vernetzung von Navigation und Information, ein abwechslungsreiches Angebot, aktive Teilnehmer, ein flexibles System sowie vielfältige Transferrmöglichkeiten.

Navigation und Information

Auf der zugrunde liegenden vektorbasierten Karte finden sich die Positions-, Ziel-, Motivations- und Orientierungspunkte. Alle sind GPS verortet, um eine einfache und schnelle Navigation und eine permanente Kommunikation mit dem Nutzer zu ermöglichen, ohne dass dieser während der Fahrt absteigt.

Für Radfahrer ist dabei die Karte das entscheidende Element. Ein dunkelblauer Punkt auf dem Display markiert die aktuelle Position. Beim Weiterfahren wandert der Punkt entlang der Route.

Auf dem Display sind aber noch andere Icons zu sehen: Orientierungs-, Motivations- und Zielpunkte. Trifft der Positionspunkt auf eines der Icons, wird das System aktiv.

Beim hellblauen Orientierungspunkt leiten Audio-Navigationshinweise und ein Bild mit Richtungspfeilen den Radfahrer sicher über den Rundkurs.

Motivationspunkte

Die schwarzen Motivationspunkte machen die Fahrt unterhaltsamer: Auf attraktive Aussichten und auf Kirchen, Kapellen oder Wegkreuze wird aufmerksam gemacht; historische Zeugnisse, Berichte von Zeitgenossen oder Geschichten aus der Geschichte werden über Videos zugänglich gemacht.

Rote Zielpunkte - die zentralen Punkte - markieren die Hauptkampfstätten der Schlacht. Bei der Ankunft am Zielpunkt öffnet sich ein Auswahlmeneu und die Teilnehmer können sich entscheiden für Videos zur Bedeutung des Ortes sowie zu Persönlichkeiten und Entwicklungen in dieser Zeit, ein Augmented-Reality-Video, die Teilnahme am Spiel oder Hinweise zur Weiterfahrt.

Ebenso wie im Museum wird auch beim „Digitalen Außenmu-

GEVE Melle/Bad Essen:

Doppelumstellung im Gewerbeswesen

Melle im Osnabrücker Land: städtisches Zentrum mit 48.000 Einwohnern, optimal angebunden an die Verkehrsachsen zwischen der Region Rhein-Ruhr und Hannover sowie Bad Essen, Gemeinde mit 16.000 Einwohnern und historischem Zentrum. Zwei Verwaltungen, die auf der Suche nach einem modernen Gewereregister bei der EDV Ernttraud GmbH fündig geworden sind.

Jeweils nur einen Tag haben Installation und Schulung in Anspruch genommen, so dass die Tigris-Ablösung quasi im laufenden Tagesgeschäft erfolgte. Dem zuvor erfolgte die Produktivdatenkonvertierung der Altdaten reibungslos über Nacht, so dass mit GEVE 4 ohne Ausfallzeit nahtlos an den Vorgänger angeknüpft wurde.

Geglückter Umstieg

Die Stadtverwaltung Melle nutzte den Umstieg, um neben einem bewährten Grundpaket weitere Aufgaben zusätzlich in einer Lösung abzubilden, darunter das Erlaubniswesen mit den Modulen Gaststätten, Spielhallen, Bewa-

seum“ ganzheitlich verfahren. Außer über den Ablauf der Schlacht wird über die politische und gesellschaftliche Entwicklung auf europäischer und bayerischer Ebene berichtet, kulturelle Highlights am Wegesrand und die Geschichte der Landvermessung werden in den Blickpunkt gerückt.

Auch medial wird mit den Augmented-Reality-Videos Neuland betreten. An fünf Zielpunkten kann man das historische Leben in die heutige Welt einspielen. Die Vermittlung auf sprachlicher Basis erfolgt, um die Spannung zu erhöhen, in Dialogform durch zwei Sprecher: durch einen Sprecher als Begleiter auf der Fahrt und einen Chronisten als Deuter der historischen Zusammenhänge.

Aktive Teilnehmer

Je aktiver ein Teilnehmer ist, um so vielfältiger sein Angebot. Das GPS-gestützte System macht den Rücken frei, um sich auf das inhaltliche und mediale Angebot konzentrieren zu können, eine passende Tour oder attraktive Themen zu wählen oder am Spiel teilzunehmen.

Ein flexibles System

Das System leitet wieder zur Fahrtroute zurück, wenn man bei der Radtour auf Abwege gekommen ist. Man kann an jedem beliebigen Ort mit der Tour beginnen; das System reagiert sofort, wenn man an irgendeinem Punkt auf die Fahrtroute trifft. Auch funktioniert das System, wenn man die Punkte erwandert oder mit dem Auto anfährt.

Das Medien-System in Hohenlinden ist so konzipiert, dass es nicht nur lokal geeignet ist, sondern auch für alle Orte mit Exponaten, die über eine ausreichende Fläche verteilt sind: für Freilichtmuseen oder Industriemuseen, aber auch für historische Städte.

Augmented Reality

Gerade hier können die Angebote für Augmented-Reality-Videos erweitert werden, weil historische Gebäude, Denkmäler oder Brunnen ein idealer Hintergrund für historische Spielszenen sein können.

Die Methode der Augmented Reality auf dem iPhone kann aber auch an Standorten in Museen eingesetzt werden, wo eine GPS-Positionierung nicht oder nur schwer möglich ist. Das System könnte beispielsweise eine Maschine mit typischem Aussehen oder Inszenierungen erkennen, wenn das iPhone darauf gerichtet wird, und ein Video abrufen, das die Maschine in Betrieb zeigt oder Leben in eine Inszenierung bringt.

Glasfaser bis in den Dorfkern:

High-Speed-Internet auf dem Lande

Es war ein harter Weg, bis die Gemeinde Langerringen im Landkreis Augsburg pfeilschnelles Internet bekam. Jetzt wird das World Wide Web dort über Glasfaser in Gigabit-Speed in die Dorfkern geföhrt und über VDSL-Kupferlitzen weiter in die Häuser von Amtern, Firmen und Familien verteilt.

In den Jahren 2004 bis 2010 häuften sich die Klagen von Firmen und Familien über das langsame Internet in der Gemeinde Langerringen. Viele der insgesamt 3.800 Einwohner bekamen keine 600 kbit/s; niemand hatte mehr als 1 bis 2 Mbit/s.

Im April 2006 äußerte die Telekom ihr Bedauern, dass ihr T-DSL Netz in Langerringen „wegen der hohen Leitungslängen gewissen Einschränkungen unterliegt“. Für die unterversorgten Ge-

meinsame FttC-Angebot der LEW TelNet GmbH und der M-net Telekommunikations GmbH. Es verlangte zwar die höchste Zahlung von 493.500,- Euro, erschieden den Entscheidern in der Gemeinde aber als zukunftstauglich. Besonders beeindruckte die hohe Zuführungsbandbreite per Glasfaser von 1 Gbit/s, der VDSL2-Ausbau, die flächendeckend buchbaren Bandbreiten von 25 Mbit/s, die Bandbreite von 50 Mbit/s im DSLAM-Nah-



Der Erste Bürgermeister von Langerringen, Konrad Dobler, suchte nicht die billigste, sondern die wirtschaftlichste und zukunftstauglichste Internet-Infrastruktur.

meindegebiete außerhalb der T-DSL Reichweite empfahl die Telekom seinerzeit ihr kurzfristig verfügbares „T-DSL via Satellit“, das im April 2006 über eine Downloadgeschwindigkeit von 1024 Kbit/s und einer echten Flatrate zum Festpreis verfügte. Ein weiteres Angebot des ehemaligen Monopolisten zwei Jahre später, in dem der Gemeinde eine Mindestbandbreite von 6 Mbit/s in Aussicht gestellt worden sind, beurteilten die Gemeindeoberen – auch unter Berücksichtigung eines zu übernehmen Kostenanteils von über 300.000 Euro – als nicht zeitgemäß.

Bedarfsanalyse für die Breitbandinitiative Bayern

Der Erste Bürgermeister von Langerringen, Konrad Dobler, erannte darauf hin den Geschäftsführer der Verwaltungsgemeinschaft Langerringen, Franz Wilhelm, zum regionalen Breitbandpaten. Der Breitbandpate einer Kommune ermittelt den Bedarf nach Internet-Anschlüssen vor Ort möglichst genau und verbindlich, und trägt die gewonnenen Daten in das Breitbandportal www.breitband.bayern.de der Breitbandinitiative Bayern ein.

Die systematische Befragung der örtlichen Gewerbebetriebe ließ einen Bedarf von mindestens 6 bis 10 Mbit/s erkennen

Auswahl-Marathon

Am Ende schafften es fünf Firmen in das so genannte Markterkundungs- und Auswahlverfahren: Sie schlugen der Gemeinde höchst unterschiedliche Lösungskonzepte vor: Breitband via WLAN-Ortsverteiler, Komplettausbau mit VDSL-DSLAMs, Symmetrische G.SHDSL-Versorgung über gebündelte Kupferleitungen sowie eine hybride Glasfaser-Kupfer-Infrastruktur der Gattung Fiber-to-the-Curb, kurz FttC.

LEW TelNet mit M-net: Fiber-to-the-Curb

Den Zuschlag erhielt das ge-

bereich, sowie das Betriebs- und Service-Konzept.

100.000 Euro Zuschuss für den Breitbandausbau

Die Regierung von Schwaben unterstützte den Ausbau mit der maximalen Fördersumme von 100.000 Euro an Mitteln aus dem Konjunkturpaket II für Investitionsmaßnahmen zur Breitband-Erschließung. Langerringen musste am Ende also knapp 400.000 Euro aus eigenen Mitteln für eine hochmoderne Internet-Infrastruktur aufbringen. Einen weiteren Löwenanteil, der für das neue Netz notwendigen Investitionen, haben die beiden Partner LEW TelNet und M-net beigesteuert.

Netzbasis

Der Breitband-Ausbau begann im Sommer 2010 und war im Sommer 2011 abgeschlossen. Basis des Netzes sind rund 19 Kilometer neue Glasfaser- und Kupferleitungen. Sie wurden zu insgesamt 15 Kabelverzweigern (KVZ) herangeföhrt. Darüber hinaus installierte M-net mehrere sogenannter Multifunktionsgehäuse, in der die hochmoderne Technologie zur Realisierung von glasfaserbasierten Anschlüssen installiert ist.

Praxismessungen

Im September 2012 wurde die Internet-Geschwindigkeit im Fiber-to-the-Curb-Netz in Langerringen im Rathaus und einem Gewerbebetrieb gemessen. Im Rathaus brachte der Laptop spontan 51,11 Mbit/s Download und 4,86 Mbit/s Upload bei exzellenten 8 Millisekunden Pingtime.

Die Firma RLB Rohrleitungsbau Bischof GmbH in Langerringen nutzt die moderne Glasfaser-Kupfer-Infrastruktur seit Sommer 2011. Auf dieser Infrastruktur wird Internet und Telefonie-over-IP von M-net aus München angeliefert. Bei RLB brachte der Laptop spontan 51,17 Mbit/s Download und 4,86 Mbit/s Upload bei 15 Millisekunden Pingtime.

Der Bezirk wird bald transparenter

Würzburg. Bezirksräte müssen ihren potenziellen Wählern häufig klarmachen, was der Bezirk überhaupt ist und was er in Unterfranken tut. Denn nach wie vor kennen viele Menschen diese dritte kommunale Ebene und ihre Funktionen nicht. Durch ein neues Bürgerinformationssystem soll sich dies laut Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel (CSU) ändern. Zum Jahresende soll es möglich werden, die Tagesordnung von Sitzungen sowie die Niederschriften über dieselben über das Internet einzusehen.

Sowohl die Kultur- und Kunstszene als auch viele tausend Menschen, die an einer Behinderung leiden, sind auf den Bezirk angewiesen. Im Kultur- und Sozialausschuss, im Bau- und Bezirksausschuss fallen wichtige Entscheidungen, die das Leben von Kulturschaffenden und chronisch Kranken betreffen.

Nur Tag und Uhrzeit vermerkt

Bisher nehmen jedoch nur selten Gäste an den öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse sowie am Bezirkstag teil. Auf der Homepage des Bezirks (www.bezirk-unterfranken.de) sind in der Rubrik „Sitzungstermine“ im Menüpunkt „Aktuelles“ allerdings auch nur Tag und Uhrzeit einer Sitzung vermerkt. Worum jeweils debattiert wird, erfahren Besucher der Homepage noch nicht.

Sitzungsprotokolle sollen eingestellt werden

Weil man manche Entscheidung erst dann richtig verstehen kann, wenn die vorgelagerte Debatte bekannt ist, sollen die Protokolle der Sitzungen künftig eingestellt werden. Dem Wunsch der Grünen-Fraktion, öffentliche Beschlussvorlagen ebenfalls „möglichst ganz“ zu veröffentlichen, lehnt Dotzel jedoch ab.

Da Beschluss und Beschlussvorlage nicht selten voneinander abweichen, sei es für Bürgerinnen und Bürger nur „verwirrend“, zu ein und demselben Thema zwei Informationen zu erhalten. Die Beschlussvorlagen bleiben darum wohl auch künftig nur den Bezirksräten über das bereits sei einem Jahr existierende Ratsinformationssystem zugänglich. (pat)

Keine Jagdsteuerpflicht der Gemeinden

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.6.2012 – 9 C 1/11 – ist eine Gemeinde nicht zur Zahlung der Jagdsteuer verpflichtet. In dem konkreten Fall handelte es sich um einen Eigenjagdbezirk der Gemeinde, der nicht verpachtet war; die Jagd wurde vom kommunalen Revierförster wahrgenommen.

Generell gilt, dass mit der Besteuerung der Ausübung des Jagdrechts ein besonderer Aufwand erfasst wird, der über die Befriedigung allgemeiner Lebensbedürfnisse hinausgeht. Der Steuerpflichtige ist meistens eine natürliche Person, deren Vermögens- oder Einkommensverwendung für die Ausübung des Jagdrechts eine besondere Konsumfähigkeit zum Ausdruck bringt. Ein besonderer persönlicher Lebensbedarf, den nur natürliche

Personen und nicht Körperschaften des öffentlichen Rechts haben können, ist jedoch nicht Voraussetzung für die Erhebung der Jagdsteuer.

Einkommensverwendung

Das Merkmal der Einkommensverwendung umfasst die Verwendung jeglicher finanzieller Mittel. Wenn das kommunale Abgaberecht bei nicht verpachteten Eigenjagdbezirken der Gemein-

den eine Ermäßigung vorsieht, wird deutlich, dass auch Gebietskörperschaften dem Grunde nach jagdsteuerpflichtig sein können.

Eigennutzung

Nach dem Wesen der Aufwandsteuer kommt es nicht auf die mit dem Aufwand verfolgten Zwecke an. Daher ist es für die Jagdsteuerpflicht unerheblich, wenn sich eine Gemeinde zur Eigennutzung des Jagdbezirks entschlossen hat, um wildbedingte Waldschäden zu begrenzen. Für die Jagdsteuerpflicht ist auch der Hinweis unerheblich, durch die Eigenjagd sollte die Wirtschaftlichkeit des kommunalen Waldes gesteigert werden.

Das einschlägige Kommunalabgabengesetz stellte keine rechtliche Grundlage für die Herabziehung von Gemeinden zur Jagdsteuer dar. **RA Dr. Otto**

Nachbarn gegen Lärm vom Kinderspielplatz

Wenn Nachbarn bei der Gemeinde vorstellig werden und behaupten, von einem Kinderspielplatz würde Lärm ausgehen, der nicht mehr hingenommen werden könne, ist davon auszugehen, dass nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz ein Kinderspielplatz so zu errichten und zu betreiben ist, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind.

Diese gesetzliche Regelung ist im Jahre 2011 geändert worden, was bei Beurteilung der Rechtslage berücksichtigt werden muß. Seitdem heißt es in § 22 des Bundesimmissionsschutzgesetzes: „Geräuscheinwirkungen, die von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen wie beispielsweise Ballspielplätzen durch Kinder hervorgerufen werden, sind im Einzelfall keine schädlichen Umwelteinwirkungen. Bei der Beurteilung der Geräuscheinwirkungen dürfen Immissionsgrenz- und Richtwerte nicht herabgezogen werden“. Danach steht dem Nachbarn

kein öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch gegen Geräuschimmissionen zu, die aus der Nutzung des Kinderspielplatzes durch Kinder außerhalb der von der Gemeinde festgesetzten Öffnungszeiten vorkommen.

Privilegierungsregelung

Die neue gesetzliche Regelung stellt nach dem Willen des Gesetzgebers eine Privilegierungsregelung grundsätzlicher Art dar, die auch auf das sonstige Immissionsschutzrecht und über das Nachbarschaftsrecht hinaus Wirkung entfaltet, soweit dies für die Bewertung von Kinder-

lärm von Bedeutung ist. Demnach sind die von Wohnorten nahe gelegenen Spielplätze ausgehenden Lärmeinwirkungen regelmäßig als örtliche Lebensäußerungen der Kinder hinzunehmen, hinter die das Ruhebedürfnis Erwachsener zurücktreten muß.

Öffentlich-Rechtlicher Abwehranspruch

Unter diesen Umständen steht den Nachbarn jedoch ein öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch gegen die Geräuschimmissionen zu, die aus der missbräuchlichen Nutzung des Spielplatzes durch Jugendliche und Erwachsene resultieren. Die Gemeinde muß sich diese Immissionen aus ihrer Verantwortung auch zurechnen lassen. Öffentlichen Kinderspielplätzen ist wie öffentlichen Grünanlagen dabei die Gefahr nicht

Gebührenbescheid des Gemeindegewerkes

Während in größeren Gemeinden überwiegend Stadtwerke für die Grundstücke arbeiten, sind in kleineren Gemeinden oder auf dem Lande Gemeindegewerke vorhanden, die von den Gemeinden eingerichtet worden sind. Solche Gemeindegewerke sind öffentliche Einrichtungen und handeln für die Gemeinde.

Wenn das Gemeindegewerk für die einzelnen Grundstücke die Trinkwasserversorgung vornimmt und auch die Grundstücksentwässerung besorgt, kann das Rechtsverhältnis zwischen dem Gemeindegewerk und den Grundstückseigentümern öffentlich-rechtlich geregelt werden. Dementsprechend wird die Beitrags- und Gebührenerhebung in einer öffent-

lich-rechtlichen Satzung festgelegt.

Widerspruchseinlegung

Wenn ein Grundstückseigentümer mit dem Gebührenbescheid des Gemeindegewerkes nicht einverstanden ist, ist er darauf angewiesen, zunächst einen Widerspruch einzulegen und danach Klage beim Verwaltungsgericht

zu erheben. Er kann nicht mit Erfolg geltend machen, er beanspruche, die Abwassergebühr nach der Menge des bezogenen Frischwassers zu bemessen. Für die Gebühr muß auch das verunreinigte Niederschlagswasser berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich um Schmutzwasser, dessen Einleitung in die Schmutzwasserkanalisation verpflichtend ist und gebührenpflichtig ist.

Zu diesem Ergebnis ist das Verwaltungsgericht München im Urteil vom 1.3.2012 – M 10 K 11.986 – gekommen. **RA Dr. Otto**

Kündigung des Stadtwerke-Chefs aus wichtigem Grund

Nachdem der Geschäftsführer der Stadtwerke fristlos gekündigt worden war, hat sich das Oberlandesgericht Koblenz im Urteil vom 31.5.2012 – 6 U 350/12 – mit der Angelegenheit befasst. Nach der Auffassung des Gerichts war es der Stadt unzumutbar, den Stadtwerke-Geschäftsführer weiter zu beschäftigen.

Dafür waren zwei Umstände maßgebend. Der Stadtwerke-Chef hatte seiner Lebensgefährtin die Möglichkeit eröffnet, Gänse in Konvektomaten der Stadtwerke zuzubereiten. Dies verstieß gegen den in den Dienst-Anweisungen niedergelegten Grundsatz, dass die private Nutzung der dienstlichen Einrichtungen verboten ist.

Pflichtwidriges Handeln

Nach der Auffassung des Gerichts handelte der Geschäftsführer pflichtwidrig, indem er einer betriebsfremden Person die Nutzung von Einrichtungen der

Stadtwerke gestattete, ohne dass ein betriebliches Interesse dafür vorlag.

Kein betriebliches Interesse der Stadtwerke

Zum anderen veranlasste der Stadtwerke-Chef, dass einer Mitarbeiterin Nachhilfeunterricht erteilt wurde. Dabei handelte es sich um die Freundin der Tochter der Lebensgefährtin. Die Kosten des Unterrichts in Höhe von 400 Euro wurden von den Stadtwerken übernommen, obwohl die Erteilung der Nachhilfe außerhalb des betrieblichen Interesses der Stadtwerke lag.

Nach der Auffassung des Gerichts rechtfertigte bereits dieser Vorfall für sich genommen die fristlose Kündigung.

Beide Fälle von erheblichem Gewicht

Das Gericht bemerkte ergänzend, dass die Pflichtwidrigkeit in beiden Fällen ein erhebliches Gewicht gehabt hätte, da der Stadtwerke-Chef eine besondere, nahe Beziehung zu den jeweils Begünstigten gehabt hatte. In beiden Fällen hätte der Chef ihm nahe stehende Personen Vorteile auf Kosten der Stadtwerke verschafft, ohne dass dies durch ein betriebliches Interesse gerechtfertigt gewesen wäre. Seine weitere Tätigkeit als Geschäftsführer wäre daher für die Stadt unzumutbar gewesen. **RA Dr. Otto**

Linienverkehrsgenehmigung für Seniorenbus

Ein Linienverkehrsunternehmer war nicht damit einverstanden, dass einer Gemeinde die Genehmigung für einen Seniorenbus erteilt wurde. Das Unternehmen ging dagegen im Weg der Klage vor.

Es kam darauf an, ob das Unternehmen geltend machen konnte, die Genehmigung verstoße gegen eine den eigenen Schutz bezweckende Regelung. Es kam auf den Schutz des vorhandenen Verkehrsangebots und des darin tätigen Unternehmens an. Es gehört zur Wahrung öffentlicher Verkehrsinteressen, dass nicht mehrere Unternehmen für denselben Verkehr parallel zueinander eine

Linienverkehrsgenehmigung erteilt wird.

Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz vom 24.5.2012 – 7 A 10246/12 – lag keine Rechtsverletzung vor. Es war davon auszugehen, dass das Personenbeförderungsgesetz den vorhandenen Unternehmen nur in einem eingeschränkten Umfang Besitzstandsschutz gewährt. Dies kann insbesondere nicht soweit gehen, dass ein Verkehrsbedürfnis unbefriedigt bleibt.

Vielzahl von Faktoren

bestimmungsgemäßer Nutzung im Grundsatz innewohnend; die Gefahr gelegentlicher Missbräuche ist daher unvermeidbar. Störungen solcher Art sind grundsätzlich polizeirechtlich oder ordnungsrechtlich zu beseitigen.

Nach dem Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg vom 6.3.2012 – 12 S 2428/11 – sind Lärmimmissionen, die durch missbräuchlichen Gebrauch des Spielplatzes durch Jugendliche oder junge Erwachsene in den Abendstunden entstehen, zurechenbar. Nach der Auffassung des Gerichts steht den Nachbarn gegen die missbräuchliche Nutzung des Spielplatzes durch Jugendliche und junge Erwachsene ein Anspruch auf Unterbindung der Störung zu. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Lärmimmissionen einen gesundheitsgefährlichen Grad erreicht haben.

Anreiz zu Missbrauch

Die Gemeinde ist für die durch den bestimmungswidrigen Gebrauch verursachten erheblichen Belästigungen dann verantwortlich, wenn sie durch die Einrichtung einen besonderen Anreiz zu Missbrauch geschaffen hat, d. h., wenn in dem bestimmungswidrigen Verhalten eine mit der Einrichtung geschaffene besondere Gefahrenlage zum Ausdruck kommt und der Fehlgebrauch sich damit bei einer wertenden Betrachtungsweise als Folgen der konkreten Standortentscheidung erweist. Danach ist die Gemeinde verpflichtet, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um den Missbrauch des Kinderspielplatzes durch Jugendliche und Erwachsene zu unterbinden. Das Problem für die Gemeinde besteht darin, dass sie dafür zunächst auf die eigenen Kräfte angewiesen ist, die ihr zeitlich nicht unbeschränkt zur Verfügung stehen. Es kommt dann darauf an, für Gegenmaßnahmen die Polizei in Anspruch zu nehmen. **RA Dr. Otto**

Ob der Verkehr mit den vorhandenen Verkehrsmitteln befriedigend bedient wird, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, wie u. a. Streckenführung, zeitliche Dichte der Verkehrsbedienungen, den angefahrenen Haltestellen, der davon abhängigen Vernetzung mit anderen Verkehrsnetzen, der Reisegeschwindigkeit, dem Reisekomfort und der Höhe der Fahrpreise.

Die Genehmigungsbehörde durfte zutreffend zu der Analyse gelangen, dass der Verkehr mit den vorhandenen Verkehrsmitteln nicht befriedigend bedient werden konnte, da in dem ländlich geprägten Bereich ein ergänzendes Angebot für ältere und schwer behinderte Menschen sinnvoll ist. Für die Dörfer und auch für die größeren Orte war bezeichnend, dass viele örtliche Einrichtungen der Versorgung – wie etwa Lebensmittelläden, Arztpraxen, Zweigstellen von Banken und Sparkassen – kaum noch vorhanden waren. Die Notwendigkeit, in zentralere Orte zu gelangen, ergab sich daraus zwangsläufig. Die Bevölkerung war insoweit vielfach auf den Individualverkehr mit Pkw angewiesen. Gerade der älteren Bevölkerung standen solche Mittel teilweise nicht zur Verfügung.

Strukturelle Defizite

Zur Behebung solcher struktureller Defizite ist ein angemessenes und auf die besonderen Bedürfnisse zugeschnittenes Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs erforderlich. Entsprechend dem Charakter als neu zu schaffendem Angebot unter Begrenzung der zur Verfügung stehenden Mittel war ein äußerster Grundbedürfnissen entsprechendes Angebot geplant, das mit der Bedienung durch einen Kleinbus mit acht Fahrgastplätzen, einem ehrenamtlichen Fah-

rer und der Begrenzung der Verbindung zwischen den Orten mit nur lediglich zweimal wöchentlich auskam.

Nach der Auffassung des Gerichts konnte die Genehmigungsbehörde davon ausgehen, dass mit der Genehmigung eines solchen Verkehrs eigene Verkehrsrechte des Linienverkehrsunternehmens nicht verletzt wurden. Die wirtschaftliche Beeinträchtigung der vorhandenen Linie war derart gering, dass die Belange des angestrebten Verkehrs vorgehen.

Beurteilungsspielraum der Genehmigungsbehörde

Dieser vorgesehene Verkehr zielte nicht darauf ab, dem Linienverkehrsunternehmer Fahrgäste zu entziehen, sondern den Verkehr auch einem Personenkreis zugänglich zu machen, der wegen verschiedener Umstände bisher mit dem bestehenden Angebot nicht zufrieden gestellt werden konnte. Bei der Bewertung der Verkehrsbedürfnisse der unterschiedlichen Art und ihrer befriedigenden Bedienung sowie einer wesentlichen Verbesserung der Verkehrsbedienungen kam der Genehmigungsbehörde ein Beurteilungsspielraum zu, der auch die Frage einschloß, wie gewichtig einzelne öffentliche Verkehrsinteressen sowohl für sich gesehen, als auch im Verhältnis zueinander sind. Die Behörde war nicht gehalten, wegen der allenfalls äußerst geringfügigen wirtschaftlichen Auswirkungen der bereits vorhandenen Linie auf eine Verbesserung des Verkehrsangebots zu verzichten.

Keine Konkurrenz

Es konnte davon ausgegangen werden, dass eine Konkurrenz nicht schon vorliegt, wenn dieselbe Strecke von einer Linie und von dort auch nur auf einem sehr geringen Abschnitt bedient wird.

Wesentliche Bedeutung für die Vermeidung einer echten Konkurrenzsituation durfte auch dem Umstand beigemessen werden, dass die vorgesehene Fahrten in einem Mindestabstand von einer Stunde zum vorliegenden Fahrtenangebot erfolgte. Im übrigen wäre aber selbst eine in wirtschaftlicher Hinsicht bestehende geringfügige Beeinträchtigung angesichts der Gesamtumstände nicht ausschlaggebend. Der Linienverkehrsunternehmer konnte für sich kein Recht beanspruchen, dass sein gebilligter Verkehr in einer Weise ausgestaltet war, der einseitig seinen Interessen entsprechen würde. **RA Dr. Otto**

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

DSK

DSK-Fachtagung Bayern

Dienstag, 16. Oktober 2012 | Presseclub (NÜRNBERGER Akademie)

Das Treffen für Vertreter der öffentlichen Hand zu aktuellen Themenstellungen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung

- Einfamilienhaus(gebiete) im Wandel
- Weiterbau statt Abriss – Warum Bauen im Bestand sich lohnt?
- Strategien für Wohnstandorte an der Peripherie der Städte und in Umlandgemeinden
- Qualifizierungsstrategien für die zukünftige, nachhaltige Nutzung von Einfamilienhausbeständen der 1950er bis 1970er Jahre

Anmeldung unter Tel. +49.(0)911.5209940 | nuernberg@dsk-gmbh.de | www.dsk-fachtagung.de



Siedlungsstrukturen im Umbruch: Anpassungen in Wachstums- und Schrumpfungregionen

Energiespeicher Riedl/Planfeststellungsverfahren:

Unterlagen eingereicht

Übergabe durch das Donaukraftwerk Jochenstein AG an das Landratsamt Passau

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG (DKJ) hat Mitte September die Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren zum Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl beim Landratsamt Passau eingereicht. Mehr als 25 Gutachterbüros und Experten verfassten in gut zweijähriger Arbeit mit größter Sorgfalt das 4.809 Blatt Papier umfassende Antragswerk. Die rund 30 Berichte zu 15 Fachbereichen haben insgesamt einen Umfang von 28 Ordnern. Würde man sämtliches Papier der Einreichunterlagen auslegen, könnten damit 11,5 Hektar Fläche bedeckt werden. Dies entspricht in etwa der Hälfte des geplanten Speichersees. In den kommenden Wochen prüfen die zuständigen Fachabteilungen des Landratsamtes die Vollständigkeit der Unterlagen.

Seit Bekanntgabe der positiven Landesplanerischen Beurteilung der Regierung von Niederbayern im August 2011 wurden die damals formulierten Maßgaben umgesetzt und in die Antragsunterlagen eingearbeitet. Unter anderem ist in der technischen Planung das Ein- und Auslaufbauwerk für den Triebwasserweg vom Unterwasser des Kraftwerks Jochenstein in das Oberwasser im Stauraum Jochenstein verlegt worden. Das Bauwerk wird nun auf dem Trenndamm zwischen internationaler Wasserstraße und Kraftwerksturbineinlauf errichtet. Das Krafthaus entsteht auf dem Betriebsgelände am linken Donauufer.

Wesentlicher Schritt

Herfried Harreiter, technischer Vorstand der DKJ, freut sich über den erreichten Meilenstein und fasst die Arbeiten der letzten Monate zusammen: „Unter Berücksichtigung der Maßgaben aus der Landesplanerischen Beurteilung, der laufenden technischen Planung sowie der Erfahrungen aus den Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinde- und Behördenvertretern hat das Projektteam kontinuierlich an der Optimierung der Planungsunterlagen gearbeitet. Mit der Einreichung der Unterlagen sind wir im Projekt einen wesentlichen Schritt weiter gekommen.“

Harreiter zeigt sich überzeugt, dass gerade im sensiblen Bereich des Umweltschutzes mit Hilfe von erfahrenen und ausgewiesenen Sachverständigen dem sehr hohen Schutzniveau der wertvollen FFH- und Naturschutzgebiete voll und ganz Genüge geleistet werden kann.

NürnbergMesse:

Gestalterischer Meilenstein

Offizieller erster Spatenstich für neue Halle
37 Millionen Euro Investition auf über 170.000 qm Ausstellungsfläche

Baukräne bestimmen einmal mehr die Skyline der Nürnberg-Messe in Nürnberg-Langwasser: Die neue Halle 3A an der Süd-Ost-Ecke des Messe- und Kongressgeländes wird gebaut. Vor kurzem wurden die Bauarbeiten vom Gesellschafter-Doppel Maly/Söder und dem Geschäftsführer-Doppel Fleck/Ottmann gestartet. Spektakulär ist die Architektur des rund 9.000 Quadratmeter umfassenden Gebäudes, ambitioniert der Übergabe-Termin: Im Februar 2014 muss alles fertig sein.

Wie der Aufsichtsratsvorsitzende, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly hervorhob, strahle der Erfolg des Messe- und Kongressplatzes Nürnberg hinaus in die ganze Region. Die Veranstaltungen sorgten in Stadt und Region für direkt und indirekt rund 20.000 Arbeitsplätze und einen jährlichen Umsatz von über einer Milliarde Euro und stärkten damit nachhaltig die Wirtschaftskraft.

Mehr Gewicht im internationalen Wettbewerb

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Finanzminister Dr. Markus Söder, stellte fest: „Mit über 170.000 Quadratmetern ist das Messegelände nach dem Ausbau fast so groß wie die

Fokus auf Umweltverträglichkeit

Der Schwerpunkt der Antragsunterlagen liegt auf dem Nachweis der Umweltverträglichkeit,



28 Ordner umfassen die Antragsunterlagen, die (von links) Betriebsleiter Karl Maresch, Umweltkoordinatorin Dr. Patrizia Dreier und Projektleiter Dr. Dominik Mayr im Landratsamt Passau eingereicht haben.

Foto: Donaukraftwerk Jochenstein AG (DKJ)

die in 18 Ordnern mit zahlreichen Fachgutachten und deren Anlagen bewiesen wird. Zu dieser Umweltverträglichkeitsstudie gehören unter anderem Teilgutachten zu Geologie, Schall, Verkehr und Klima, Boden und Landwirtschaft, Gewässerökologie, Fischerei und Ökosysteme,

Forstwirtschaft, Raumordnung und Tourismus, naturschutzfachliche Erhebungen und Humanmedizin.

Gewässerökologie

Großes Augenmerk bei der Bewertung der Auswirkungen des Projekts wurde auf die Gewässerökologie gelegt. Dabei wurde erstmals der Stauraum Jochenstein inklusive der Mündungsgebiete von Inn und Ilz umfassend untersucht. In zweijähriger Arbeit haben die Gewässerexperten, federführend das Technische Büro für Angewandte Gewässerökologie Zauer im österreichischen Engelhartsdorf, einen wichtigen Beitrag, um die dringend erforderlichen Speicherkapazitäten für Wind- und Sonnenstrom zur Verfügung zu stellen und die Stabilität unserer Netze zu unterstützen“, betont Strobel.

Der Energiespeicher Riedl ist ein zweistaatliches Projekt der bayerisch-österreichischen Donaukraftwerk Jochenstein AG, an der je zur Hälfte Österreichs führendes Stromunternehmen VERBUND und die bayerische Rhein-Main-Donau AG beteiligt sind. Das Projekt ist ein nachhaltiger Baustein auf dem Weg zur Energiewende. In einer Energiezukunft mit überwiegend erneuerbarer Energiebereitstellung steigt der Bedarf an entsprechenden Speicheroptionen überproportional.

Heute wirtschaftlich zu realisierende Speicheranlagen für Strom im großtechnischen Maßstab sind Pumpspeicherkraftwerke. Diese Anlagen erreichen als einzige Speichertechnologie einen ausgezeichneten Wirkungsgrad von rund 80 Prozent und sind daher auf absehbare Zeit die mit Abstand effizienteste Form der Speicherung. So wird auch der Energiespeicher Riedl zur nachhaltigen Speicherung von Energie seinen Beitrag für eine Zukunft mit erneuerbarer und CO₂-freier Energie leisten. □

Weiterer Zeitplan im Verfahren

In den kommenden Wochen werden das Landratsamt Passau und verschiedene Fachbehörden die eingereichten Unterlagen auf

haft vermeiden lassen.

ihre Vollständigkeit überprüfen und gegebenenfalls noch Ergänzungen vom Projektbetreiber anfordern. Im Anschluss wird die Planfeststellungsbehörde u.a. die öffentliche Auslegung der Unterlagen in den Gemeinden, in denen sich das Vorhaben auswirkt, veranlassen. Hier besteht die Möglichkeit für jeden, dessen Belange durch das Projekt berührt werden, Einwendungen zu erheben. Danach wird das geplante Projekt mit den gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligten mündlich erörtert. Zu gegebener Zeit werden im Rahmen einer transparenten Kommunikation die vollständigen Unterlagen auf der Projektwebsite www.esriedl.com veröffentlicht.

„Wir sind zuversichtlich, dass wir alles getan haben, um von der Genehmigungsbehörde einen positiven Beschluss für unser Vorhaben zu bekommen“, zeigt sich Johann Strobel, kaufmännischer Vorstand der DKJ, positiv gestimmt. „Mit dem Energiespeicher Riedl leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die dringend erforderlichen Speicherkapazitäten für Wind- und Sonnenstrom zur Verfügung zu stellen und die Stabilität unserer Netze zu unterstützen“, betont Strobel.

Der Energiespeicher für ein Stromsystem der Zukunft

Der Energiespeicher Riedl ist ein zweistaatliches Projekt der bayerisch-österreichischen Donaukraftwerk Jochenstein AG, an der je zur Hälfte Österreichs führendes Stromunternehmen VERBUND und die bayerische Rhein-Main-Donau AG beteiligt sind. Das Projekt ist ein nachhaltiger Baustein auf dem Weg zur Energiewende. In einer Energiezukunft mit überwiegend erneuerbarer Energiebereitstellung steigt der Bedarf an entsprechenden Speicheroptionen überproportional.

Heute wirtschaftlich zu realisierende Speicheranlagen für Strom im großtechnischen Maßstab sind Pumpspeicherkraftwerke. Diese Anlagen erreichen als einzige Speichertechnologie einen ausgezeichneten Wirkungsgrad von rund 80 Prozent und sind daher auf absehbare Zeit die mit Abstand effizienteste Form der Speicherung. So wird auch der Energiespeicher Riedl zur nachhaltigen Speicherung von Energie seinen Beitrag für eine Zukunft mit erneuerbarer und CO₂-freier Energie leisten. □

ist das Ganze mehr als die Summe seiner Teile“, freute sich Dr. Roland Fleck, Geschäftsführer der NürnbergMesse. Dabei setze die neue Halle selbst architektonisch neue Akzente.

Von Anfang an war die Spielwarenmesse die beschleunigende Kraft beim Ausbau des Messestandortes Nürnberg. „Die Spielwarenmesse war und ist Katalysator des Kapazitätswachstums am Messeplatz Nürnberg“, bekräftigte Fleck: „Oder sagen wir angesichts unserer Nachbarschaft zum Norisring, sie ist der ‚Turbolader‘ am Nürnberger Messemotor.“

Mehrfachbelegung

Weil sich NürnbergMesse und Spielwarenmesse eG einig über die Notwendigkeit der neuen Halle geworden sind - Bauherr der Halle 3A ist die NürnbergMesse, die Spielwarenmesse eG gab ein Darlehen dazu -, profitieren auch andere Veranstalter und Messen davon. „Ja, nicht nur die Spielwarenmesse benötigt den Platz“, so Geschäftsführer Peter Ottmann, „auch für andere Veranstaltungen ist die neue Halle ein Segen. Nicht weil jede Messe jetzt schon so groß ist, sondern weil wir so die Auslastung des Geländes durch Mehrfachbelegung grundsätzlich erhöhen können.“ DK

Bürgermeister- und Landratswahlen in Bayern

Neuer Bürgermeister der oberpfälzischen Gemeinde Etzenricht ist Martin Schregelmann (CSU). Er erhielt 64,1 Prozent der Stimmen, Gegenkandidatin Gabriela Bäuml (UPW) 35,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 76 Prozent. Schregelmann tritt die Nachfolge des verstorbenen Amtsinhabers Martin Wallinger (CSU) an.

Amtsinhaberin Ilse Oswald ist für weitere sechs Jahre als Bürgermeisterin der niederbayerischen Stadt Regen bestätigt worden. Die Freie-Wähler-Politikerin erhielt 51,4 Prozent der Stimmen. Ihr Herausforderer Hermann Keilhofer (CSU) erlangte 24,7 Prozent und SPD-Stadtrat Andreas Kroner vereinte 24,0 Prozent der Stimmen auf sich. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,6 Prozent und damit höher als bei der Wahl vor sechs Jahren.

Die Gemeinde Wildenberg im Landkreis Kelheim wird in Zukunft ebenfalls von einer Frau regiert: Dort gewann Marion Schwenzl von der Liste Gemeinwohl/Freie Wähler die Bürgermeisterwahl mit 55,6 Prozent der Stimmen.

Der 25-jährige SPD-Politiker Tobias Ehrlicher ist zum neuen Bürgermeister der Stadt Bad Rodach im oberfränkischen Landkreis Coburg gewählt worden. Mit 68,9 Prozent der Stimmen gelang es ihm, sich im ersten Wahlgang gegen die Mitbewerber Susanne Reinhardt (FW, 17,5 Prozent) und Lars Otto (parteilos, 10,4 Prozent) durchzusetzen.

Ulrich Müller, der von FWG, FUV und CSU nominiert worden war, ist der neue Bürgermeister der Marktgemeinde Wittlingen. Er erhielt 65,4 Prozent der gültigen Stimmen. Sein Gegenkandidat Jürgen Menzel, der für SPD und Unabhängige Bürger antrat, kam auf 34,6 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 65,8 Prozent.

In Schliersee wurde Bürgermeister Franz Schnitzenbaumer (CSU) bestätigt. Er erhielt 62,0 Prozent der Stimmen. Michael Dürr von den Freien Wählern erreichte 32,3 Prozent, Uwe Schupp (SPD) erzielte 5,7 Prozent der Stimmen.

Auch in Tacherting (Landkreis Traunstein) siegte der bisherige Bürgermeister Hans Hellmeier (CSU) mit 74,2 Prozent der Stimmen gegen den SPD-Bewerber Helmut Haigermoser, der 25,8 Prozent auf sich vereinen konnte. Die Wahlbeteiligung lag bei 50,4 Prozent.

In Berg am Starnberger See gewann Amtsinhaber Rupert Monn von der EUW (Einigkeit Unabhängige Wählergruppe für die Gemeinde Berg) die Wahl deutlich mit 73,3 Prozent. Elke Link der Vereinigung QUH („Quer, Unabhängig, Heimatverbunden“) erreichte 26,7 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei 56,8 Prozent.

In Holzheim (Landkreis Neu-Ulm) steht nun die Kandidatin von CSU und Dorfgemeinschaft Ursula Brauchle an der Gemeindeg Spitze. Die 58-Jährige siegte mit rund 95 Prozent der Stimmen.

Überraschung bei den Landratswahlen im Landkreis Schweinfurt: Dort siegte der 33-jährige Florian Töpfer (SPD) mit 57,7 Prozent gegen den 18 Jahre amtierenden CSU-Landkreischef Harald Leitherer. Dieser konnte lediglich 42,3 Prozent auf sich vereinen.

In Kitzingen geht Amtsinhaberin Tamara Bischof von den Freien Wählern in ihre bereits dritte Amtszeit. Sie gewann mit 85,7 Prozent der Stimmen souverän gegen den 45 Jahre alten Kandidaten von Grüne und ÖDP, Rafiq Iqbal, der auf 14,3 Prozent kam. Die Wahlbeteiligung lag bei 38,9 Prozent. DK

Bezirksklinikum Mainkofen:

Richtfest für Neubau der Forensischen Klinik

Baulich im Zeitplan, unfallfrei und im eingeplanten Kostenrahmen – unter diesem positiven Aspekt fand nun das Richtfest für den Neubau der Forensischen Klinik des Bezirksklinikums Mainkofen statt. Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein dankte allen, die an der Realisierung des 13,5-Mio.-Projekts mitwirken und an dem guten Baufortschritt beteiligt waren.

In seiner Rede erinnerte er an die Raumsituation der Forensischen Klinik, die aufgrund steigender Patienteneinweisungen und trotz Nutzung freier Kapazitäten der Suchtstation nicht mehr haltbar gewesen sei.

Beengte Verhältnisse

Dies bestätigte auch Leitender Ministerialrat Karl-Heinz Arians vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Die sehr beengten räumlichen Verhältnisse hätten zeitweise an die Grenzen einer noch zumutbaren Unterbringung für einen großen Teil der straffällig gewordenen psychisch kranken und suchtkranken Menschen geführt, aber auch zu schwierigsten Arbeitsbedingungen für die hier beschäftigten Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter. Der neuen Forensik komme für den Maßregelvollzug in Niederbayern große Bedeutung zu; zudem werde der ohnehin sehr hohe Sicherheitsstandard nochmals verbessert.

Neubaufertigstellung 2013

7,7 Mio. Euro sind von der derzeit geschätzten Gesamtauftragssumme in Höhe von rund 12,7 Mio. Euro bisher vergeben. Bei der EU-weiten Ausschreibung der Aufträge kamen erfreulicherweise überwiegend Firmen aus der Region zum Zuge, was Hölzlein als deutliches Zeichen ihrer Leistungsstärke wertete.

Die Fertigstellung des Neubaus ist für Ende 2013 vorgesehen; die Forensische Klinik verfügt dann einschließlich der bestehenden über insgesamt 200 Betten. □

Deutsche Post Glücksatlas 2012:

Hohe Lebenszufriedenheit in Bayern

Geballtes Glück auf knapp 250 Seiten: Zum zweiten Mal bereits ist der „Deutsche Post Glücksatlas 2012“ erschienen. Dabei handelt es sich um die umfangreichste und aktuellste Bestandsaufnahme zur Lebenszufriedenheit in Deutschland.

Der Glücksatlas, im Knaus Verlag erschienen und ab sofort im Handel erhältlich, entstand im Auftrag der Deutschen Post unter der Leitung renommierter Wissenschaftler wie Professor Bernd Raffelhüschen, Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Universität Freiburg, und Klaus-Peter Schöppner, Geschäftsführer von TNS Emnid.

Schwerpunkte

Die Untersuchung, deren wissenschaftliche Schwerpunkte diesmal auf den gesellschaftlichen Gründen für Lebenszufriedenheit sowie auf der Städtezufriedenheit liegen, basiert auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Frühjahr 2012 sowie einer Befragung von TNS Emnid in 13 deutschen Großstädten unter 3.900 jeweils repräsentativ ausgesuchten Bewohnern.

Preise der Oberfrankenstiftung 2012:

Investitionen in die Region

Auszeichnung in den Kategorien „Soziales“, „Denkmalpflege“ und „Kultur“

Auch in diesem Jahr verlieh die Oberfrankenstiftung in Kronach ihre Preise in den Kategorien „Soziales“, „Denkmalpflege“ und „Kultur“. Sie sind je Kategorie mit 15.000 Euro dotiert. Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler und Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold laudierten die Preisträger in den verschiedenen Kategorien. Wenning erklärte, bei dem Geld, das die Oberfrankenstiftung ausbebe, handle es sich um aus dem Stiftungskapital erwirtschaftete Erlöse. 2012/2013 werde man 19 Millionen Euro ausschütten.

Den Sozialpreis 2012 teilen sich der Hospizverein Coburg e. V., Coburg und das Aktionsbündnis „1000 Herzen für Kronach“, Kronach. Wie Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler in seiner Laudatio betonte, bringt das Präventions-Projekt „Hospiz macht Schule“ das Thema Tod Schulkindern behutsam näher. „Sterben, Tod und Trauer werden Thema im Schulalltag dritter und vierter Klassen. Sie veranschaulichen Kindern das Werden und Vergehen symbolisch und bauen mit diesem wichtigen Schulprojekt Ängste und beängstigende Vorstellungen ab.“

1000 Herzen für Kronach

„Es ist bequemer, sein eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen als sich um die Not der anderen zu kümmern“, stellte Denzler in seiner Würdigung für das Ehepaar Herta und Gerhard Burkert-Mazur als Initiatoren der 2003 ins Leben gerufenen Benefizaktion „1000 Herzen für Kronach“ fest. In den vergangenen Jahren haben die „1000 Herzen“ über 300.000 Euro für unverschuldet in Not geratene Mitbürger in Stadt und Landkreis Kronach gesammelt.

Sozusagen als Bonus-Effekt für die Region belebe das Aktionsbündnis mit Veranstaltungen wie der Weihnachts-gala, Open Airs und Benefiz-Konzerten das Kronacher Kulturleben. Aus einer guten Idee habe sich ein ebenso unterhaltsames wie vielseitiges Hilfsprogramm entwickelt, das viele spendenwillige Bürger anspreche und

Im Ranking der 19 Regionen führt Hamburg die Rangfolge erneut an, gefolgt von der Nordseeregion, Bayern und Franken. Im Falle von Bayern wurde grundsätzlich nach „bayerischen“ und „fränkischen“ Regionen unterschieden, wobei zum Süden Schwaben, Ober- und Niederbayern hinzugezählt wurden, während die Oberpfalz zum nördlichen Teil (Franken) gezählt wurde.

Südliches Bayern punktet

Mit einem Zufriedenheitswert von 7,11 (auf der Skala von 0 bis 10) liegt das südliche Bayern klar im vorderen Drittel der Regionen. Während hier die allgemeine Lebenszufriedenheit deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, fallen die Zufriedenheitswerte zu Familie (7,6), Arbeit (6,7) und Gesundheit (6,5) durchschnittlich aus. Das Bruttoinlandsprodukt Bayerns liegt mit knapp 38.000 Euro rund 7000 Euro über dem

Bundesdurchschnitt und ist ein Zeichen für die ökonomische Stärke der Region. Zudem ist die Arbeitslosenquote von 3,6 Prozent die geringste unter allen 19 Regionen.

Bayern-Süd punktet darüber hinaus mit der Sicherheitslage: Über 95 Prozent der Befragten fühlen sich in ihrer Wohnumgebung sicher. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung ist allerdings etwas stärker ausgeprägt als im Rest der Republik. Bayern-Süd profitiert nicht zuletzt von seinen landschaftlichen Reizen, etwa dem attraktiven Alpenvorland.

Bemerkenswert ist, dass im Vergleich mit den übrigen westdeutschen Regionen die Zufriedenheit mit der Demokratie (5,2) eher gering ausgeprägt ist. Betrachtet man die Lebenszufriedenheit einzelner Altersgruppen, fällt auf, dass in Bayern vor allem ältere Menschen überdurchschnittlich zufrieden sind.

Auch Franken liegt vorn

Mit einem Wert von 7,10 gehört auch Franken zu den glücklichsten Regionen Deutschlands. Ein signifikanter Unterschied zum südlichen Bayern (7,11) lässt sich nicht ausmachen. Besonders gut schneiden die Franken beim Familienleben (7,7) und bei ihrer Gesundheit (6,5) ab. Mit einer Arbeitslosenquote von 4,1 Prozent und einem Bruttoinlandsprodukt von über 32.000 Euro bleibt Franken zwar etwas hinter dem südlichen Teil Bayerns zurück, dennoch ist die Beschäftigungs- und Einkommenssituation im gesamtdeutschen Vergleich hervorragend.

Sowohl die objektive Kriminalitätsstatistik als auch das Sicherheitsempfinden deuten auf eine exzellente Sicherheitslage hin. Damit ist Franken besser als die restlichen Regionen im Süden Deutschlands. Ein eindeutiger Nachteil gegenüber dem Münchner Raum und dem Allgäu dürfte aber unverrückbar sein: Die touristische Attraktivität ist deutlich geringer.

Ähnlich wie im Rest des Freistaats Bayern ist die Zufriedenheit mit der Demokratie schwach ausgeprägt (5,1). Mit einem An-

Deutschlandweit einmalig:

Bayern erhält Rohstoff-Analytikzentrum

Rohstoff-TÜV stärkt Hof als High-Tech-Standort

Bayerns neues Rohstoff-Analytikzentrum am Landesamt für Umwelt ist einsatzbereit. Davon überzeugten sich Umweltminister Dr. Marcel Huber und Umweltstaatssekretärin Melanie Huml bei der offiziellen Inbetriebnahme im oberfränkischen Hof.

Huber: „Erstmals hat Bayern eine zentrale und hochtechnisierte Sammelstelle für Informationen und Proben bayerischer Böden und Gesteine. Sie dient als unabhängige Prüfstelle, die schnell und effizient Bayerns Bodenschätze analysiert. Dieser Rohstoff-TÜV hilft uns, Bayerns Ressourcen optimal zu nutzen.“

Unabhängige Schiedsbehörde

Laut Huber können heutzutage beispielsweise Quarzkiese als volkswirtschaftlich wichtiger als Gold sein. Diese filtern das Trinkwasser und liefern hochreines Silizium für Solarzellen und Mikrochips. Für sol-

teil von 4,4 Promille des Nettohaushaltseinkommens spenden die Franken laut eigenen Angaben mehr als die Bewohner der meisten anderen Regionen.

Ein eigenes Kapitel wurde in diesem Jahr der Lebenszufriedenheit in deutschen Großstädten gewidmet. Das Ranking zeigt auf, wie attraktiv die Metropolen aus Sicht ihrer Einwohner sind und an welchen Stärken und Schwächen dies liegt. Im Fokus standen dabei nicht nur harte Faktoren wie die „Attraktivität als Wirtschaftsstandort“ und die „Verkehrsinfrastruktur“, sondern auch weiche Faktoren wie Kultur oder Sport.

Städtezufriedenheit

Auf dem ersten Platz des Zufriedenheitsrankings liegt Hamburg, gefolgt von Düsseldorf und Dresden. Durch gute Bewertungen in nahezu allen betrachteten Lebensbereichen gehört München auf Platz fünf zu den zufriedensten Städten in Deutschland. Wichtig für die hohe Lebensqualität der Münchener sind vor allem die Verkehrsinfrastruktur, die Naherholungsmöglichkeiten und das Angebot an großen Sportveranstaltungen. Auch die wirtschaftliche Attraktivität, kulturelle Angebote, die allgemeine Sicherheitslage sowie die Qualität von Luft und Wasser beeinflussen durch ihre ausgezeichneten Bewertungen die Gesamtzufriedenheit positiv.

Münchner Sicht der Dinge

Mehrere soziale Indikatoren weisen eine unterdurchschnittliche Zufriedenheit auf. Dabei spielt die unmittelbare Nachbarschaft noch die geringste Rolle. Relevanter ist das mangelnde Zusammengehörigkeitsgefühl, das für die Münchener mit zu den wichtigsten Zufriedenheitsaspekten gehört. Verbesserungsbedarf sehen die Münchner vor allem bei den Angeboten für ältere Menschen, der Haushalts- bzw. Finanzlage und sogar der Qualität der öffentlichen Verwaltung.

„Die Ergebnisse des ‘Deutsche Post Glücksatlas 2012’ sind ermutigend“, bilanzierte Jürgen Gerdes, Mitglied des Konzernvorstands der Deutschen Post DHL, „denn selbst die Euro-Krise hat dem hohen Zufriedenheitsniveau der Deutschen bislang nichts anhaben können.“ Das Thema Glück besitzt größte gesellschaftliche Relevanz – „auch im Zuge der zunehmenden Diskussion über die Frage, wie wir Lebensqualität und Fortschritt messen.“ DK

GZ-Gewinnspiel:

Glück ist für mich ...

Die GZ möchte von Ihnen wissen: Was macht Sie glücklich? Eine Wanderung in der Natur, vielleicht mit der Familie, oder mit lieben Freunden? Sind es Ihre Kinder oder Enkel, deren Heranwachsen Sie erleben dürfen? Engagieren Sie sich in einem Verein? Erfreut Sie ein gutes Buch? Oder wenn Ihr Fußballverein gewinnt? Sind Sie gar aktiver Sportler? Möchten Sie reisen, ausspannen, ein tolles Auto fahren, ein dickes Bankkonto besitzen, Ihre Ansichten durchsetzen, Wahlen gewinnen?

Senden Sie uns Ihre Antwort bis Montag, 8. Oktober 2012, per Post an die Bayerische Gemeindezeitung, Stichwort „Glücksumfrage“, Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried oder per eMail an info@gemeindezeitung.de.

Unter allen Einsendern, egal wie glücklich sie sind, verlosen wir in Zusammenarbeit mit der Deutschen Post zwei mal je ein Verwöhnwochenende im Hotel Westerhof am Tegernsee. Enthalten sind jeweils zwei Übernachtungen für je zwei Personen in einer Suite, reichhaltiges Gourmet-Frühstücksbuffet, Fitness und Sauna-Nutzung, alle Vorzüge der Tegernsee-Card, ein romantisches Abendessen im Berggasthof Lieberhof, eine bayrische Brotzeit im Stüberl des Hotels Westerhof sowie pro Person je eine Teilmassage à 30 Minuten.

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeiter der GZ. □

Gelungener Auftakt zur Karpfensaison

Jetzt kehrt er wieder zurück, das „Lieblingstier der Franken“ – der Karpfen. Nur in den Monaten, die ein „R“ in ihrem Namen tragen, taucht er auf den Speisekarten landauf, landab auf.

Eröffnet wurde die diesjährige Karpfensaison des Fischerzeugerrings Mittelfrankens und der Teichgenossenschaft im Landkreis Fürth im Wilhermsdorfer Ortsteil Dürrfarnbach (Landkreis Fürth). Zusammen mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm (MdB), Günter Gabsteiger, Vorsitzender des Fischerzeugerrings, und Landrat Matthias Dießl stieg Bezirksstagspräsident Richard Bartsch in eine Wathose und holte die ersten Fische aus dem Weiher.

Gute Arbeit der Teichwirte

Günter Gabsteiger betonte, dass die mittelfränkischen Teichwirte gute Arbeit für die fränkische Heimat, die Fauna und Flora leisten würden. Sie habe sich schon lange auf diesen Termin gefreut, berichtete Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die allen für das meist ehrenamtliche Engagement dankte. Bezirksstagspräsident Richard Bartsch gab zu

bedenken, wie die Landschaft wohl ohne Weiher aussehen würde. Daher sei es besonders sinnvoll, denen zu helfen, die sie bewirtschaften.

Bezirk unterstützt Fischerzeugerring

Der Bezirk Mittelfranken unterstützt daher den Fischerzeugerring bereits seit 1985. In diesem Jahr wurden Finanzmittel in Höhe von 45.000 Euro bereitgestellt. Mit diesen Geldern fördert der Bezirk die Personalkostenerstattung des Fischerzeugerrings für die Ringassistenten an das Landeskuratorium der Erzeugerringe für tierische Veredelung in Bayern. Die Ringassistenten stehen der mittelfränkischen Teichwirtschaft mit Rat und Tat zur Verfügung. Einschließlich der 2012 bereits ausgezahlten Förderung wurden dem Fischerzeugerring seitdem insgesamt rund 1,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. □



Mit Wathosen im Weiher: Günter Gabsteiger, Vorsitzender des Fischerzeugerrings, Bezirksstagspräsident Richard Bartsch, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der Fürther Landrat Matthias Dießl (v. l.) holten frische Fische aus dem Wasser. Foto: Arnold

wändig durchgeführt werden. Rund drei Millionen Euro hat das deutschlandweit einmalige Analytikzentrum gekostet; jetzt stehen den Rohstoff-Geologen 15 hoch spezialisierte Laborgeräte zur Verfügung.

Notwendige Bohrungen

Kies und Sand sind mineralische Rohstoffe, die in Deutschland in einer Größenordnung von annähernd 240 Millionen Tonnen gebraucht werden. Aber erst mit einem Quarzgehalt von mindestens 80 Prozent wird daraus ein lukrativer und unersetzlicher

Rohstoff, etwa für Spezialglas, Trinkwasseraufbereitung und Computer-Chips. Um derartig wertvolle Bodenschätze aufzuspüren, sind häufig Bohrungen bis in größere Tiefen notwendig. Diese werden im Analytikzentrum untersucht und bei Bedarf für Rohstofffirmen, Ingenieurbüros und Forschungseinrichtungen zugänglich gelagert. Das Bohrkernarchiv besteht bereits heute aus 850 Bohrungen aus ganz Bayern. Aneinandergereiht sind das 70 Kilometer oder 1000 Tonnen Gestein, das hier aufbewahrt wird. Platz für die doppelte Menge ist vorhanden. □

Hier darf jeder mal in die Bütt

Kitzinger Museum mausert sich zum karnevalistischen Kulturzentrum

Kitzingen. Sie sorgten für einigen Verdruss, die Brandschützer, die kurz vor Weihnachten 2010 den Kitzinger Falterturm als nicht sicher einstufen. Was das Aus für diese Abteilung des Deutschen Fastnacht-Museums bedeutete. Letztlich entwickelte sich jedoch Gutes aus der damaligen Hiobsbotschaft, so Bernhard Schlereth aus Veitshöchheim (Kreis Würzburg), Vizepräsident des Bundes Deutscher Karneval. Denn so wurde der Weg für ein großes karnevalistisches Kulturzentrum in Kitzingen gebahnt.

Im November 2013 soll sich der Vorhang für das neue Museum öffnen, so der pensionierte Beamte, hinter dem eine aufreibende Zeit liegt. Knapp 4,5 Millionen Euro wird das neue Museum voraussichtlich kosten. Es besteht aus dem bisherigen Haupthaus in der Kitzinger Rosenstraße und einem schräg dahinter befindlichen, neu zugekauften Gebäude. Verbunden werden beide Häuser über die bisherige Grünfläche hinweg mit einem Flachbau. Aus dem Museum, das bisher bis zu 7.000 Besucher

val“ werden, für das Schlereth bis zu 15.000 Menschen pro Jahr begeistern will.

Bayernweite Bedeutung

Geldgebern gut zuzusprechen, hätte bei der Mitteleinwerbung für das neue Projekt nichts genutzt: Eine Anerkennung der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen war nötig, um an öffentliche Gelder zu kommen. Die Stelle bescheinigte der 1967 gegründeten Kultureinrichtung vor einem Jahr

Falterturms aus. Dort ist verbrieft, dass das Kitzinger Museum das offizielle Museum des Bundes Deutscher Karneval ist. Viele Anfragen haben dessen Bedeutung ebenfalls hervor: „Neulich kam sogar eine aus dem Louvre“, so Manfred Ruppert, der das Museum seit 13 Jahren hauptamtlich leitet.

Heikle Baustelle

Kurz nach Aschermittwoch dieses Jahres krepelten die Bauarbeiter die Ärmel hoch. Die Baustelle ist heikel, schließlich befindet sie sich mitten in der Altstadt, so Schlereth: „An jedem zweiten Tag erleben wir eine neue Überraschung.“ So tangieren die Arbeiter die 400 Jahre alten Gewölbekeller der Nachbargebäude. Rasch voran geht es hingegen mit der Umge-



Das insgesamt 60 Meter lange, neue „Kulturzentrum Fasching Fastnacht Karneval“, das bis November 2013 in Kitzingen entsteht, wird barrierefrei zugänglich sein und Veranstaltungsräume für Kulturevents beherbergen. Foto: Pat Christ

im Jahr anlockte, soll in den kommenden Monaten ein „Kulturzentrum Fasching Fastnacht Karne-

denn auch bayernweite Bedeutung. Die drückt sich außerdem in einer Urkunde im Eingang des

staltung des neu hinzugekauften Hauses hinter dem mit Narrengeschmückten Haupthaus

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München in Neubiberg:

Klimaschutz in der Bauleitplanung

Die Bedeutung der Klimaschutz-Klausel und von Klimaschutz-Konzepten für die Abwägung in der Bauleitplanung sowie kommunale Strategien zur Anpassung an den Klimawandel standen im Blickpunkt der jüngsten Sitzung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München in Neubiberg.

Wie Univ.-Prof. Dr.-Ing. habil. Stephan Mitschang von der TU Berlin hervorhob, werden durch den Begriff der Nachhaltigkeit in der städtebaulichen Entwicklung alle Belange des Umweltschutzes und damit auch solche des Klimaschutzes und der Energieeinsparung als Ziel der Bauleitplanung mittelbar angesprochen. Auch die langfristigen klimatischen und energetischen Auswirkungen von planerischen Entscheidungen seien Gegenstand einer dem Nachhaltigkeitsgebot verpflichteten Bauleitplanung.

Klimaschutz und Klimaanpassung, so Mitschang, seien durch die Bauleitplanung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern. Klimaschutz und Klimawandel fänden direkten Eingang in bauleitplanerische Planungsleitsätze.

Inhaltliche Reichweite

Was die inhaltliche Reichweite angeht, so werde die Fokussierung auf Solarenergie aufgegeben, erklärte Mitschang mit Blick auf die Baurechts-Novellen 2011 und 2012. Festsetzungskombinationen seien allerdings möglich, so zum Beispiel die Anbringung von Photovoltaikanlagen auf oder an Lärmschutzanlagen. Wie Mitschang zudem feststellte, werde nicht mehr nur auf die Erzeugung von Energie abgestellt, sondern auf die Erzeugung, Nutzung oder

Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung. Beides führe zu einem breiteren Festsetzungsspektrum. Neben bestimmten baulichen Maßnahmen können auch sonstige technische Maßnahmen festgesetzt werden.

Klimawandel in Regensburg

Joachim Buck vom Stadtplanungsamt Regensburg zufolge wird sich der Klimawandel in dicht bebauten Städten stärker auswirken als auf dem freien Land. Laut einer Prognose des Landesamtes für Umwelt wird das Thermometer in Regensburg bis 2050 kräftig steigen - und im Jahr an bis zu 19 Tagen die 30 Grad-Marke überschreiten. Auch die Zahl der so genannten Tropennächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad absinkt, wird zunehmen. Im Vergleich hierzu gab es zwischen 1971 bis 2000 durchschnittlich nur jeweils 9 Tage mit Höchsttemperaturen über 30 Grad.

In diesem Zusammenhang stelle sich, so Buck, die Frage, wie sich Stadtplanerinnen und Stadtplaner, Architektinnen und Architekten und Bauherren auf diese neue Lage einstellen. Welche „Luftleitbahnen“ sollten unbedingt freigehalten werden, damit nachts noch kühlende Luftmassen in die Stadt gelangen? Wo

werden - insbesondere ältere - Menschen und Kinder besonders dankbar für ein neu angelegtes schattiges Plätzchen, eine Allee oder Grünanlage sein, damit sie sich an Sommertagen noch im Freien aufhalten können?

Aspekte und Ziele

Als allgemeine und übergeordnete Aspekte und Ziele des Forschungsprojektes „Stadt Regensburg - Kommunale Strategien zur Anpassung an den Klimawandel“ nannte Buck die Schaffung von Bewusstsein und Sensibilisierung - insbesondere für die Temperaturerhöhung, die Kombination bzw. Implementierung von Teilprojekten mit bereits „laufenden“ Projekten, die administrative und politische „Verankerung“ des komplexen Themas Klimawandel sowie die Vorbereitung eines Fachplanes „Stadtklima Regensburg“.

Landkreis Fürstfeldbruck

Mit der Projektvorstellung „Klimaschutz, Verkehr und Siedlungsentwicklung im Landkreis Fürstfeldbruck“ von Kreisbaumeisterin Reinlinde Leitz schloss die Veranstaltung. Leitz zufolge haben der Landkreis Fürstfeldbruck und seine 23 Städte und Gemeinden beschlossen, ein gemeinsames integriertes Klimaschutzkonzept zu erstellen.

Das Klimaschutzkonzept soll sich sowohl auf Landkreisebene als auch auf Ebene der Städte und Gemeinden in folgende Hauptphasen gliedern: Bestands- und Potenzialanalysen: Energiebedarf,

in der Rosenstraße. Im November soll dorthin das Museumsbüro und die 3.000 Bände umfassende Bibliothek umziehen. Dann wird mit der barrierefreien Umgestaltung des bisherigen Hauptgebäudes begonnen.

Dass der Falterturm als bislang hervorragendste Attraktivität aus dem Standardprogramm des neuen Museums herausfallen wird, ist ein Gedanke, der Hans Driesel, dem fachlichen Museumsleiter, noch immer nicht gefällt. Immerhin tröstet ihn die Vorstellung, dass die Exponate künftig besser präsentiert werden können. Was ein Fastnacht-Museum alles beherbergt, könnten sich die meisten Menschen im Übrigen gar nicht vorstellen, so der 73-jährige Schweinfurter: „Viel mehr als Masken und Konfetti.“ Buchraritäten sowie aufwändig gestaltete Kostüme, zum Beispiel ein Aschaffenburger Ballkleid aus dem 19. Jahrhundert, zählen zu den Museumsschätzen.

Neueste Museumspädagogik

Besonders Interessierte sollen sich auch künftig in den Falterturm begeben können. Schüler etwa, die über einen kulturgeschichtlichen Aspekt des Themas „Fastnacht“ schreiben. Entschädigt werden alle, die dem Falterturm nachtrauern, außerdem mit neuen Veranstaltungsräumen. So wird es bei Kulturveranstaltungen in Zukunft möglich sein, den oft derben Texten zu lauschen, die das einfache Volk in der närrischen Zeit einstmals vergnügten. Neueste Museumspädagogik wird schließlich für mehr Amüsement sorgen, so Driesel: „Besucher dürfen auch einmal in die Bütt steigen.“ Auch wird es erstmals eine Werkstatt zur Aufbereitung von Kostümen geben.

Pat Christ

Kulturzentrum Fasching Fastnacht Karneval

Knapp 4,5 Millionen Euro kostet der Bau des neuen „Kulturzentrums Fasching Fastnacht Karneval“ in Kitzingen. Getragen wird es von der gleichnamigen Stiftung, die vom Fränkischen Fastnachtverbands und dem Bund Deutscher Karneval gegründet wurde. Beide Verbände investieren zusammen 1,15 Millionen in das Projekt. 1,2 Millionen Euro gibt es aus Mitteln der Städtebauförderung, fast eine Million Euro fließen von der EU nach Franken, die Bayerische Landesstiftung beteiligt sich mit 425.000 Euro. Auch der bayerische Kulturfonds, die Sparkassenstiftung und der Bezirk Unterfranken unterstützen das bayernweit bedeutsame Vorhaben. pat

Infrastruktur und Potenziale; Konzeptentwicklung; Energieeinsparung, Effizienzsteigerung, Erneuerbare Energien; Umsetzungsstrategien: Verantwortung, Zeithorizont, Meilensteine. Die Konzepterstellung soll flankiert werden durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit sowie verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger und Akteure (insbesondere die betroffenen Verwaltungseinheiten, ZIEL 21, Investoren, Energieversorger und Interessenverbände).

Klimaschutzkonzept

Das Klimaschutzkonzept bietet eine landkreisweite, fachliche Grundlage, die aufzeigen soll, wo der Landkreis Fürstfeldbruck mit seinen Bemühungen um den Klimaschutz aktuell steht, und welche Anstrengungen notwendig sind, um die gesteckten Ziele zur Energiewende zu erreichen. DK

Landshuter Kunstnacht:

Zwanglose Einblicke

Viel Zuspruch und Anerkennung erfuhr auch die siebte Landshuter Kunstnacht, eröffnet von Oberbürgermeister Hans Rampf. Galerien, Kunstvereine sowie private, städtische und staatliche Museen und Institutionen hatten vier Stunden lang für alle Interessierten ihre Türen bei freiem Eintritt geöffnet.

Die gut vernetzte Landshuter Kunstszene hat sich mehr und mehr vom Sonntagsvergnügen einiger weniger zum veritablen Standortfaktor des Gemeinwesens entwickelt, und Fragen zur Kunst bewegen inzwischen auch eine breite Öffentlichkeit. Das große Interesse an der Landshuter Kunstnacht ist sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung. Seit 2006 bietet sie allen Interessierten einen guten Überblick über die Angebote und das jeweilige Profil der beteiligten Kunstvereine, Galerien und Kunst-Institutionen.

Stadtresidenz Landshut öffnete nicht zugängliche Räume

Zur Kunstnacht öffnete beispielsweise die Stadtresidenz Landshut die sonst nicht ständig zugänglichen Räume im Erdgeschoss des Italienischen Baus der Residenz. Der Saal der Fortuna, der Ecksaal, das Arachnezimmer und das Latonazimmer sind mit ihrem reichen Bildprogramm, das Ludwig Refinger zugeschrieben wird, ein Glanzpunkt des ersten Renaissancepalastes nördlich der Alpen. Die Besucher konnten in aller Ruhe staunen und bewundern und erhielten kompetente Auskünfte.

Museum im Kreuzgang

Die Stadt als Bühne der Bilder: In Erweiterung der Ausstellung zur „Skulpturenstadt“ in der Heiliggeistkirche zeigten die Museen der Stadt Landshut im Museum im Kreuzgang ausgewählte Werke aus den Jahrzehnten nach 1960. Präsentiert wurden Bildwerke u. a. von Alfred Böschl, Valentin Goderbauer, Siegfried Kreitner, Renato Rill und Franz Weickmann. Zeichnungen von Michael Lange riefen darüber hinaus das Werk von Karl Reidel in Erinnerung. Fotografien von Hubertus Hierl vergegenwärtigten das Motiv der Vermisungen in der „Skulpturenstadt Landshut“.

Mehr als 350 Schauspiel-Inszenierungen fotografisch festgehalten

Am 5. Oktober 1952 gründeten die Städte Landshut, Passau und Straubing den „Zweckverband Niederbayerisches Städtebundtheater“, im Oktober 2012 feiern sie sein 60. Jubiläum. Mehr als 350 Schauspiel-Inszenierungen wurden in diesen Jahren fotografisch festgehalten, die Anzahl der archivierten Aufnahmen ist schwer zu schätzen. Die Galerie Litvai präsentierte eine kleine, aber dennoch repräsentative Auswahl aus den Arbeiten der Fotografen, die während der letzten sechs Jahrzehnte am Stadttheater Landshut tätig waren und durch ihre eigene Bildsprache das Gesicht des Hauses geprägt haben.

Plastisches und graphisches Werk von Fritz König

In den unterirdisch im Inneren des Landshuter Hofberges gelegenen Museumsräumen wurde in einer von Bildhauer Fritz König persönlich eingerichteten Ausstellung ein Überblick über sein gesamtes plastisches und graphisches Werk gegeben. In einem weiten, die 60-jährige Schaffenszeit umfassenden Bogen, wurden ausgewählte Kunstwerke ausge-

stellt, die die wesentlichen Motive im Werk umkreisen: Die Figuren des Menschen im Spannungsfeld seiner Existenz, das von Liebe, Tod und dem Bewusstsein der (eigenen) Vergänglichkeit bestimmt ist, stand dabei im Mittelpunkt. Der Film „Koenigs Kugel“ von Percy Adlon, der die Entstehung und Verwandlung dieses Kunstwerkes eindrucksvoll dokumentiert, wurde während der 7. Landshuter Kunstnacht durchgehend gezeigt.

Nächtlicher Rundgang

Auch in allen anderen an der Kunstnacht beteiligten Einrichtungen fanden über den ganzen Abend verteilt Ausstellungseröffnungen und besondere Aktionen statt. So bot sich jedem die Möglichkeit, bei einem nächtlichen Rundgang einen spannenden Einblick in die Landshuter Kunst- und Ausstellungswelt zu bekommen. DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2012

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Haßberge:

Auszeichnung für Bücherei

Lernort und Kommunikationspunkt

Haßfurt - Das Bibliotheks- und Informationszentrum (BIZ) wurde im Rahmen des bundesweit durchgeführten Bibliotheksindex BIX durch ein leserorientiertes Qualitätsmanagement bewertet. Dabei erzielte das BIZ dreieinhalb von vier möglichen Sternen und gehört zu den besten Büchereien der Republik.

„Im bundesdeutschen Vergleich ist das BIZ im oberen Leistungsdrittel anzusiedeln“, verkündete stolz Leiterin Anneliese Ebert vor Medienvertretern. Das BIZ hatte sich der freiwilligen Leistungsbeurteilung gestellt und erfolgreich abgeschlossen - Anlass für Landrat Rudolf Handwerker und Landratsamts-Geschäftsleiter Horst Hofmann, das Team des BIZ in den renovierten Räumen am Marktplatz der Kreisstadt zu besuchen und Dank auszusprechen. „Es gibt in Deutschland keinen aussagefähigeren Test“, betonte der Landrat, der sich über das „tolle Abschneiden“ freute.

Durch die Vernetzung über den Katalog-Verbund „MOE-WE“ ist der gesamte Landkreis mit der Bibliothek und ihren Außenstellen verbunden. Wer einen gültigen Bibliotheksausweis besitzt, kann im Internet mit einem Klick erfahren, wo ein gewünschter Titel im Bestand ist und kann ihn kostenlos per Fernleihe bestellen. Mehr als 100.000 Bücher und andere Medien sind das. Neben Printausgaben sind auf diese Weise auch Hörbücher, DVDs und Spiele erhältlich. Nach Eintreffen des Titels in der örtlichen Bibliothek wird der Leser benachrichtigt. Seit Februar können auch E-Books im PC herunter geladen werden. „Für alles muss man lediglich aktiver Leser sein“, sagte die Leiterin des BIZ. „Aktiv“ bedeutet in die-

sem Fall, die Jahresgebühr von zehn Euro muss entrichtet worden sein.

Begegnungsort

Die Haßfurter Bibliothek ist viel mehr als eine technische Ausleiheinrichtung. Im Treffpunkt und Kommunikationszentrum für Menschen aller Altersgruppen können sich die Besucher in eine Leseecke zurückziehen und gleich die ersten Seiten eines spannenden Romans lesen oder am PC-Arbeitsplatz einen Brief schreiben, den Kopierer nutzen oder die Zeitungen lesen. Dabei ergeben sich Gespräche, manchmal auch bei einer Tasse Kaffee. Und wer Fragen hat,

wird am Empfangstresen freundlich und informativ beraten.

Bücher auch im Dorfladen

Als Begegnungs-, Auskunfts- und Veranstaltungsort ist das BIZ mit zwei Standorten in der Kreisstadt sowie einer Außenstelle im Landkreis, dem Dorfladen in Riedbach, bestens aufgestellt. Dazu kommt die Verknüpfung mit den Bibliotheken in Ebern, Zeil, Hofheim, Knetzgau und Untermerzbach, die dazu noch untereinander vernetzt sind. Aus allen 26 Gemeinden des Landkreises gibt es aktive Leser in Haßfurt. Außerdem nutzen viele Leseratten aus der ländlichen Region regelmäßig die Möglichkeit, über den Verbund in der Kreisstadt zu bestellen. Mehr als 100.000 Medien, darunter Unterhaltungsromane, Ratgeber und Nachschlagewerke, stehen zur Verfügung. **sm**



Anneliese Ebert, Leiterin des BIZ Haßfurt, gemeinsam mit Landrat Rudolf Handwerker. Bild: Sabine Meißner

Bad Reichenhall:

Begegnung mit der „guten alten Zeit“

(gsp) Bad Reichenhall liegt in einem weiten Talkessel und sein mildes Klima in geschützter Lage sind die Säulen einer über 150-jährigen Tradition als Kur- und Badeort. Dabei hat das kleine Städtchen am Rande des Alpennationalparks es verstanden, diese Tradition behutsam zu bewahren und fortzuführen.

Die reiche Geschichte der Stadt symbolisieren die alten Villen aus der Gründerzeit in den Kurvierteln, die als verkehrsberuhigte Bereiche nahe der Innenstadt Raum für eine aktive Entschleunigung des Alltags geben. Weit in die Geschichte der Salzstadt reicht die Tradition der Alten Saline und symbolisiert mit der Neuen Saline gleichermaßen den Aufbruch in die Neuzeit. Sie ist Quelle und Namensgeber für das alte keltische Wort „Hall“, das in Bad Reichenhall noch die Auszeichnung „Reich an“ erhalten hat.

Das Lebendige und Moderne erlebt der Besucher in der zwei Kilometer langen Fußgängerzone, die sich vom Rathaus bis zum Bahnhof erstreckt und damit fast die ganze Innenstadt durchzieht. 37 Brunnen sprudeln in ihr, ein

kleiner Stadtbach, zwei große Parks und viele „nette Ecken“ mit Hotels, Restaurants, Cafés, kleinen und großen Geschäften, hunderten Ruhebänken und liebevoll angelegten Pflanzungen der Kur- und Stadtgärtnerei sind ein inspirierendes und abwechslungsreiches Refugium für ausgedehnte Spaziergänge.

42 Baumarten

Nichts aber bietet dem Naturliebhaber und erholungssuchenden Gast und Einheimischen mehr, als der alte Königliche Kurgarten, die Wiege des Staatsbades. Eingerahmt wird er vom Königlichen Kurhaus, Kurmittelhaus, Wandelhalle und Gradiertwerk. Gern wird er auch als „Garten der Heilung“ bezeichnet und häufig für kulturelle Veran-

staltungen genutzt. Die Bad Reichenhaller Philharmonie mit einer klassischen Orchesterkultur (40 hauptamtliche Musiker) hat hier ihren Stammsitz mit wöchentlich mehrfachen Auftritten. Im Kurgarten sind aber auch 42 Baumarten und Ausstellungen von Künstlern zu finden. Ja, in ihm sei der Mikrokosmos des gesamten Kurortes zu spüren, ist sich die Kurdirektorin sicher. Ei-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Habt ihr im Fernsehen das glückliche Gesicht des jungen Burschen gesehen, der als einer der Ersten ein iPhone 5 bekommen hat? Wie kann man sich nur für ein bisschen Plastik und Elektronik in so eine Euphorie hineinsteigern!“

Mein Chef, der Bürgermeister, schüttelte den Kopf angesichts der fast religiösen Inbrunst, die einem zugegebenermaßen angesagten Smartphone entgegengebracht wird. Seine Vorstellung vom Glück ist nämlich eine ganz andere: Ohne Telefon und mit einem halben Dutzend Krimis im Gepäck im Sommer auf einer Berg- hütte abseits der Wanderwege ein Wochenende verbringen, mit prall gefülltem Kühlschrank und einem Weinkeller, in dem ein paar erstklassige Tropfen lagern. Herrlich. Wobei man zugehen muss, dass sich der Apple-Apologete trotz mehrtägigen Campens vor dem Shop leichter tat, seinen Traum vom Glück zu erfüllen, als es



reich Bhutan im Himalaya, das sogar so etwas wie ein „Bruttoglücksprodukt“ als Ergänzung zum „Bruttoinlandsprodukt“ eingeführt hat. Das klingt zwar zunächst wie eine esoterische Spielerei aus einem buddhistischen Kleinstaat abseits der Zivilisation. Aber der Grundgedanke findet weltweit in der Wissenschaft und der Politik mehr Anhänger: Wie kann neben dem quantitativen auch ein qualitatives Wachstum in die Wohlstandsberechnung einfließen? Etwas platt gesagt: Quantitatives Wachstum wäre, wenn wir zwei statt eines Schnitzels zum Abendessen kaufen, qualitatives, wenn das Schnitzel saftiger und wohlschmeckender wäre sowie von einer natürlich gemästeten Sau stammte.

Damit begeben wir uns übrigens keinesfalls auf den Weg in den Ökosozialismus. Denn Produkte, die uns zufriedener machen, geben dann ja auch wieder einen Kaufanreiz, der einen höheren Preis rechtfertigt, wie wir an unseren florierenden Bioläden sehen. Wer dort kauft, gibt zwar mehr für eine Mahlzeit aus, ist aber gleichfalls zufriedener und – man kann auch sagen – glücklicher, weil er das Gefühl hat, für sich und seine Familie die richtige Kaufentscheidung getroffen zu haben.

Denn auch das kann Glück bedeuten: Mit sich im Reinen sein und zu wissen, dass man alles tut, was man subjektiv vermag, damit es denen, für die man Verantwortung fühlt, gut geht. So gesehen kann auch Politik, zumal Kommunalpolitik, glücklich machen, wenn man erfahren darf, was man bewirkt und wie positiv es sich auf die Bürgerinnen und Bürger ausgewirkt hat.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist so gesehen, ein glücklicher Mann auch ohne seine Almhütte. Aber er bleibt dabei: Glück ist etwas sehr Subjektives. Er zweifelt, ob man es je wird messen oder vergleichen können. Wer ist glücklicher? Derjenige, der eine schwere Krankheit überwunden hat und geheilt ist oder derjenige, der noch nie schwer krank war? Vielleicht hat auch der französische Schriftsteller Jules Renard Recht, dessen Ausspruch ich dem Chef aufs (nicht ganz so coole) Handy schicke: „Das Glück ist die Suche danach.“

Was ist Glück?

dies für den Chef wäre, würde er es denn überhaupt ernsthaft angehen.

Das brachte uns also zu der philosophischen Frage: Was ist Glück? Ist es ein dauerhafter Zustand der Zufriedenheit und des inneren Ausgleichs, den zum Beispiel eine harmonische Ehe uns geben kann? Ist es der rauschhafte Zustand der vollkommenen Wunscherfüllung? Dafür stünde die Faustsche Formel „Werd ich zum Augenblicke sagen: Verweile doch! du bist so schön!“ Jedenfalls ist Glück relativ, denn vor zehn Jahren hat der Chef jedes Wochenende als Glück angesehen, das er mit seiner Familie verbringen durfte. Heute subsumiert er darunter durchaus auch die Wochenenden, an denen sein Sohn mit der Jugendgruppe unterwegs ist und er von dessen pubertierendem Terror verschont bleibt.

Zudem hat Glück ja nicht nur eine persönliche, sondern durchaus auch eine gesellschaftliche Komponente. In Deutschland wird gefragt, wo die glücklichsten Menschen leben und weltweit gibt es Bestrebungen, das Glück, also einen durchaus nichtmateriellen, subjektiven Indikator, zur Messung des Wohlstandes heranzuziehen. Vorreiter auf diesem Gebiet ist das kleine König-

the
Sabrina



Die Alte Saline erinnert bis heute an die lange Tradition der Salzgewinnung in Bad Reichenhall. Die Alpensole verkauft sich auch heute als Imagerträger und Impulsgeber bestens im Staatsbad. Im Hintergrund der Predigtstuhl mit der ältesten, original erhaltenen Großkabinenseilbahn weltweit. Bild: Gerd Spranger

Krumbach erhält zentrale Finanzkasse

„Ich freue mich, dass eine neue zentrale Finanzkasse für die Finanzämter Augsburg Land, Augsburg Stadt, Dillingen, Günzburg, Neu Ulm und Nördlingen mit Außenstelle Donauwörth in Krumbach ihren Dienst aufnehmen wird“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer bei der Unterzeichnung des Mietvertrags für die neuen Räume in Krumbach fest.

Die neue zentrale Finanzkasse wird eine Dienststelle des Finanzamts Günzburg, teilte Pschierer mit. Im Endausbau werden voraussichtlich mehr als 50 Arbeitsplätze in Krumbach entstehen. Die derzeit noch von der Firma NEODON genutzten Räume in der Nordstraße in Krumbach werden für die Zwecke der Finanzverwaltung umgebaut. Die modernen Büros werden voraussichtlich Anfang kommenden Jahres für die neue Finanzkasse zur Verfügung stehen. Sobald in der Folge weitere Räume frei werden, erfolgt der stufenweise Ausbau der zentralen Finanzkasse.

„Für die personelle Ausstattung der 1. Stufe liegen ausreichend Versetzungsanträge von anderen Finanzämtern nach Krumbach vor“, merkte Pschierer an. „Die Ziele der Organisationsreform der Finanzkassen sind: Lebensfähige Organisationseinheiten zu schaffen, eine gleichmäßigere Auslastung der Mitarbeiter sicher zu stellen und Personal effektiver einzusetzen.“ Der Freistaat Bayern bringe damit Arbeitsplätze in die Region und stärke den ländlichen Raum.

Bislang verfügte jedes Finanzamt über eine eigene Kasse. Allerdings sind nur drei der 80 Finanzkassen in Bayern groß genug, dass mit deren Führung ein Kassenleiter oder eine Kassenleiterin ausgelastet ist. Das Konzept für eine Neustrukturierung der Finanzkassen sieht deshalb vor, die Finanzkassen an 19 Standorten zu zentralisieren, teilte Pschierer mit. Für den Regierungsbezirk Schwaben sind Krumbach und Kaufbeuren als Standorte der zentralen Finanzkassen vorgesehen. **□**

führt ein breiter, überdachter Rundweg direkt an den 100.000 Schwarzdornbüscheln vorbei, über die täglich 400.000 Liter Alpensole aus einer Höhe von 13 Meter herabrieseln. Es entsteht ein besonderes Klima, wie man es sonst nur von einer Meeresküste mit aufbrausender Brandung her kennt. Eine belebende Frische, die das Atmen erleichtert und die Immunkräfte stärkt.

Inseln der Ruhe

Besonders Senioren schätzen diese Mischung aus bewahrter und gepflegter Natur mit den klei-

nen Inseln der Ruhe. Die für Geist und Seele heilende und beruhigende Ausstrahlung führt täglich viele Gäste aus den umliegenden Kliniken und der Reichenhaller Tagespflege in den alten Königlichen Kurgarten. Als „Garten der Heilung“ ist er auch ein beliebtes Ausflugsziel für die umliegenden Seniorenwohnheime. Zentral gelegen ist er bestens in die Innenstadt eingebunden. Schlägt in der Alten Saline das Herz der Salinenstadt mit ihrer über 1000-jährigen Tradition, so schlägt im Kurgarten das Herz der Kurstadt, die mit dem Aufbruch in die Neuzeit hier ihren Anfang nahm. **□**



Neue Röntgenanlage im König-Ludwig-Haus

Würzburg. Rund 700.000 Euro hat die Orthopädische Klinik König-Ludwig-Haus (Würzburg) jetzt in eine neue Röntgenanlage investiert. „Damit profitieren unsere Patienten von den aktuellen Fortschritten in der radiologischen Diagnostik“, betonte der Ärztliche Direktor der Orthopädie-Klinik, Professor Maximilian Rudert, bei der Vorstellung der neuen Anlage. Das von der renommierten Firma Philips entwickelte Gerät sei für die gesamte Thorax- und Skelettdiagnostik geeignet. Das Bildfeld des digitalen Flachdetektors verfüge über eine Bildmatrix von neun Millionen Pixels und könne 16.000 Graustufen darstellen, erläuterte Rudert die Vorzüge der neuen Anlage. Im Bild begutachten Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel und der Ärztliche Direktor des König-Ludwig-Hauses, Professor Maximilian Rudert, die neue Röntgenanlage. **□**

Spende der VR-Bank Schweinfurt eG:

5.000 Euro für das Antonia-Werr-Zentrum

Landkreis Schweinfurt. Auf Vorschlag von Landrat Harald Leitherer hat die VR-Bank Schweinfurt eG aus den Erträgen des Gewinnsparens 5.000 Euro an das Antonia-Werr-Zentrum in St. Ludwig gespendet.

Das Geld soll für ein neues Internetcafé in der heilpädagogischen Jugendhilfeeinrichtung sowie für die Anschaffung zweier weiterer Fahrräder für die jüngeren Mädchen verwendet werden, berichten die Mitglieder des Luit-Rates, Vanessa und Lara.

Heilpädagogik

Das Antonia-Werr-Zentrum ist eine gemeinnützige heilpädagogisch-therapeutische Einrichtung für Mädchen und junge Frauen.

Trägerin des Antonia-Werr-Zentrums ist die Kongregation der Dienerinnen der heiligen Kindheit Jesu vom Dritten Orden des heiligen Franziskus in Oberzell.

Ausbildung

Neben Schule, sozial- und heilpädagogischer Betreuung wird im Antonia-Werr-Zentrum auch großen Wert auf die Ausbildung in den Berufszweigen Hauswirtschaft, Damenschneiderei und Gartenbau gelegt. Wich-

tigstes Ziel dabei ist, die Auszubildenden als Menschen zu sehen, ihre Individualität mit allen Stärken und Schwächen anzunehmen und sie entsprechend zu fördern.

Medienpädagogisches Internetcafé

Mit der großzügigen Spende werden Internet & Co. künftig im neuen Internetcafé medienpädagogisch begleitet. □



Im Bild (v. l.): die Luit-Rat-Mitglieder Vanessa und Lara, VR-Bank-Direktor Peter Oppolzer, Gesamtleiterin Schwester Agnella Kestler, Landrat Harald Leitherer und Fachdienstleiter Alois Schöberl. Bild: Wozniak/Landratsamt Schweinfurt

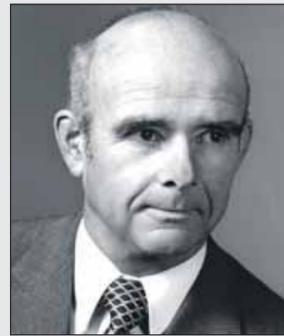
Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 11. Oktober 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Umweltschutz · Abfall und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge

Trauer um Ernst-Günther Zumach

Ansbach trauert um Ehrenbürger Dr. Ernst-Günther Zumach, der am 11. September 2012 im Alter von 85 Jahren nach längerer Krankheit verstarb. Von 1971 bis 1990 war er Oberbürgermeister der Regierungshauptstadt von Mittelfranken, viele Jahre auch Vizepräsident des Bezirkstages. Seit 1968 war der Verstorbene Mitglied der CSU und hier in zahlreichen führenden Funktionen tätig. Nach der Wende half der



rührige, vielseitige und versatile Jurist und Kommunalpolitiker tatkräftig beim kommunalen Aufbau in den neuen Ländern. Für seine vielfältigen Leistungen erhielt Dr. Zumach das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche weitere Auszeichnungen.

Mit ihm verlor die Familie ihren Mittelpunkt, die Region einen herausragenden Politiker und die CSU einen treuen Freund. pm

Sanierung des Bergermoors

Etwa einen Kilometer östlich von Peiß, in der Gemeinde Aying liegt das knapp vier Hektar große Bergermoor. Es gehört zu den wertvollsten Hochmoorgebieten im Landkreis München. Nun wird das vorentwässerte und teilabgetorfte Eiszeitrelik durch die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamtes Münchens hydrologisch saniert. Finanziert werden diese Maßnahmen aus Mitteln des Klimaprogramms Bayern 2020.

Zur Bekämpfung der Hauptsachen des Klimawandels hat der Freistaat Bayern das „Klimaprogramm Bayern 2020“ aufgelegt. Seit dem Jahr 2008 wird aus dem dafür eigens eingerichteten Finanztopf auch die hydrologische Sanierung wertvoller Moore finanziert. Im Landkreis München konnte in den Jahren 2010/2011 bereits das Deininger Moor erfolgreich renaturiert werden.

Der abwechslungsreiche, stark bewegte Raum östlich der Linie Miesbach-Aying- Kirchseeon ist besonders reich an vermoorten Toteislöchern. Bei Peiß liegt ein besonders großes und wertvollstes Hochmoor in einem knapp vier Hektar großen abflusslosen Kessel – das Bergermoor. Um seine Nutzung zu ermöglichen, wurden Gräben durch das Moor gezogen, bis in die 1970er Jahre wurde Torf gestochen. In der Folge konnte auf den eigentlich gehölzarmen Torfen ein mitunter dichter Wald

aufwachsen, der dem Moor zusätzlich Wasser entzieht.

Nun soll das Bergermoor wieder wachsen dürfen. Mit Zustimmung der Grundeigentümer werden derzeit die nicht standortgerechten „moorschädlichen“ Fichten und Laubgehölze entnommen. Anschließend sollen alle vorhandenen Gräben und Senken, über die Wasser aus dem Moor abfließt, mit Dämmen verschlossen werden. Kehrt dass wertvolle Nass ins Moor zurück, können Torfmoose wieder verstärkt wachsen und die Freisetzung der klimaschädlichen Spurengase wird unterbunden – ein wichtiger Beitrag nicht nur zur Entlastung des Klimas. Durch die Maßnahme verbessern sich auch die Lebensbedingungen der stark spezialisierten Tier- und Pflanzenarten der Hochmoore. Damit leistet die Moorsanierung auch einen enorm wichtigen Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt im Landkreis München. □



Notfallstationsübung in Donauwörth

Im Landkreis Donau-Ries hat am Gymnasium Donauwörth eine Notfallstationsübung stattgefunden. Notfallstationen sind zur Feststellung und Beseitigung von radioaktiven Kontaminationen an Personen sowie zur Ermittlung der Strahlenbelastung nach einem Kernkraftwerk-Unfall aufzubauen und zu betreiben. Betrieben wird die Notfallstation durch die ABC-Einheit aus den Landkreisen Günzburg und Neu-Ulm mit Unterstützung von Organisationen aus dem Landkreis Donau-Ries. An der Übung nahmen ca. 150 Einsatzkräfte und 60 Mimen teil. Das ehrenamtliche Engagement aller Übungsteilnehmer wurde im Rahmen der Übung wiederholt angesprochen und anerkannt hervorgehoben. Im Bild Landrat Stefan Rößle (links) im Gespräch mit dem Leiter der Notfallstation Thomas Käußl. □

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nussler Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder

PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

Tel. 087 32/92 10-663 · Fax 087 32/92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARADE
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (027 73)82218
Telefon: (027 73)82256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL **BENZ** SPORT

Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Urkunden, Diplome, Zertifikate

Urkunden Atelier eU
Wertschätzung & Anerkennung

Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
0 53 26 / 5 02-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DALW
REINIGUNGS-UND WARTUNGSDIENST

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühle str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Wächter Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!